

Erinnerung, Streetart und alternative Energien

Sammelband der VII. Konferenz «Welt und Wissenschaft» 2021

**Julia Pasko, Evgenija Uspenskaja,
Martin Beisswenger,
Christian Fröhlich, Dirk Meissner, Petr
Rezvykh (Hrsg.)**



Sammelband der VII. Internationalen Konferenz für Studenten und
Doktoranden
»Welt und Wissenschaft« vom 12. April 2021 an der
National Research University Higher School of Economics in Moskau

Erinnerung, Streetart und alternative Energien

Julia Pasko, Evgenija Uspenskaja, Martin Beisswenger,
Christian Fröhlich, Dirk Meissner, Petr Rezvykh (Hrsg.)

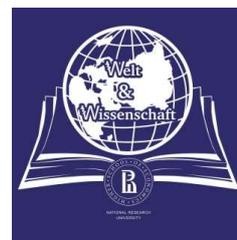
1. Auflage der elektronischen Version, 5. Mai 2022

Anthology of the VII. International Conference for Students and
Doctoral Students
»World and Science« held on 12 April 2022 at the
National Research University Higher School of Economics in Moscow

Memory, street art and alternative energies

Julia Pasko, Evgenija Uspenskaja, Martin Beisswenger,
Christian Fröhlich, Dirk Meissner, Petr Rezvykh (eds.)

Edition of the electronic version, 5 May 2022



Inhaltsverzeichnis

I. Vergangenheit und Gegenwart	5
1. Die schwierige Eingewöhnung in das Nachkriegsleben in Selbstzeugnissen ehemaliger sowjetischer Kriegsgefangener - <i>Anna Deriugina</i>	6
2. Der Historikerstreit nach 35 Jahren und die deutsche Erinnerungskultur: Vergangenheit, die dennoch vergehen soll? - <i>Filipp Fomitschjow</i>	16
3. Die Transformation der deutschen „Ostpolitik“ in einer europäischen Perspektive - <i>Maxim Schustrow</i>	31
II. Fühlen, Denken, Ausdrücken	42
4. Johannes Ittens Farbstudien als spirituelle Praxis - <i>Renata Adnabaewa</i>	43
5. Streetart im Stadtraum von Russland und Deutschland - <i>Daria Smirnowa</i>	54
6. Eine Diskussion über die schlechteste und die bestmögliche Welt - <i>Natalia Tschepelewa</i>	62
III. Soziologie	71
7. Das Problem der staatsbürgerlichen Identität in der Bundesrepublik Deutschland – <i>Kamila Minichairowa</i>	72
8. Russlanddeutsche als ethno-linguistische Gemeinschaft: Geschichte und aktueller Stand der jugendlichen Altersgruppe in Moskau - <i>Darja Rjasanzewa</i>	78
IV. Wirtschaft und Gesellschaft	94
9. Die Auswirkungen des EU CO2-Anpassungsmechanismus auf die Weltwirtschaft - <i>Natella Agikyan, Anastasia Sedowa</i>	95
10. Einfluss der politischen und wirtschaftlichen Struktur Deutschlands auf die	



Entwicklung erneuerbarer Energien - <i>Anna Loginowa</i>	105
11. Schwächen der Europäischen Währungsunion - die Bedrohung der Eurozone in Krisensituationen - <i>Walerija Owtschinnikowa</i>	114
V. Die Herausgeberinnen und Herausgeber	127
12. Die Herausgeberinnen und Herausgeber	128



I. Vergangenheit und Gegenwart



1. Die schwierige Eingewöhnung in das Nachkriegsleben in Selbstzeugnissen ehemaliger sowjetischer Kriegsgefangener - *Anna Deriugina*

Anna Deriugina, RGGU, Fakultät für Dokumentar- und Archivwissenschaften. Sie erreichen die Autorin unter der E-Mail-Adresse: anka.derugina@yandex.ru

Der Große Vaterländische Krieg ist eine der wichtigsten Komponenten des historischen Gedächtnisses im modernen Russland. Eine seiner tragischen Seiten, wie in jedem Krieg, war die Gefangenschaft. Trotz neuer Quellen und einer beträchtlichen Anzahl von Studien, die sich mit verschiedenen Aspekten des Schicksals der sowjetischen Kriegsgefangenen befassen, hat die Diskussion über diese Frage nicht nachgelassen. In gemeinsamen deutsch-russischen Projekten werden die Namen und Biografien von Kriegsgefangenen erfasst, es erscheinen neue Publikationen. Die wissenschaftlichen Arbeiten zu diesem Thema betreffen jedoch größtenteils die rechtliche und organisatorische Seite der Repatriierung, also der Rückführung der Gefangenen in ihre Heimat.

Der vorliegende Beitrag hingegen ist den alltäglichen und psychischen Problemen bei der Repatriierung und Wiedereingliederung der früheren Gefangenen in die sowjetische Gesellschaft gewidmet.

Am 11. Februar 1945 unterzeichneten die alliierten Staatschefs während der Konferenz von Jalta Kollektivverträge über die Rückführung der Kriegsgefangenen und Zivilisten in ihre jeweiligen Heimatländer (Sbornik dokumentov 1979: 282). Auf der sowjetischen Seite war für die Organisation der Rückkehr das Amt für Rückführung zuständig. Es wurde am 4. Oktober 1944 durch eine Entscheidung des Rats der Volkskommissare der UdSSR gegründet und befasste sich mit der Suche, Zählung, Verteilung und dem Transport in die Heimat derjenigen Sowjetbürger, die in den Jahren des Krieges auf feindliches Territorium gelangt waren. Für deren Aufnahme wurden in den Grenzgebieten der UdSSR sogenannte Prüf- und Filtrationslager eingerichtet, in denen über das weitere Schicksal der Rückkehrer entschieden wurde.

Die offizielle Position der sowjetischen Regierung den Kriegsgefangenen gegenüber kann man einem Interview entnehmen, dass der Beauftragte für Repatriierung, F.I. Golikow,



im November 1944 einem Korrespondenten der sowjetischen Nachrichtenagentur TASS gegeben hatte.

Die befreiten Gefangenen sollten in der UdSSR als „Söhne des Vaterlandes“ aufgenommen werden. Dabei sollten auch solche Personen, die im Widerspruch zu den Interessen der Sowjetunion gehandelt hatten, nicht strafrechtlich verfolgt werden, wenn sie nach der Rückkehr ihre Pflicht ehrlich erfüllten (Repatriacija sovetskich graždan 1945: 6). Die sowjetische Regierung sollte alle nötigen Maßnahmen ergreifen, um den „heißen Wunsch“ ihrer Bürger zu verwirklichen, in ihr Heimatland zurückzukehren (ebd.: 3).

In Wirklichkeit jedoch war das Verhältnis der Sowjetregierung zu den Kriegsgefangenen problematisch. Die Ursprünge der negativen Haltung des Staates zu Kriegsgefangenen liegen in der sowjetischen Innenpolitik vor und während des Krieges. Einige Forscher sehen die Gründe für die negative Einstellung gegenüber den gefangenen Soldaten in Stalins persönlichen Vorstellungen von Militärpflicht und Ehre (Arzamaskin 2015: 9). Das negative Verhältnis zur Gefangenschaft spiegelt sich im Paragraph über „Vaterlandsverrat“ von 1934 im Strafgesetzbuch der RSFSR, das auch in den Jahren des Großen Vaterländischen Krieges gültig war, wider (Galickij 1990: 124-130). Es sollte jedoch angemerkt werden, dass keineswegs alle ehemaligen Kriegsgefangenen nach ihrer Rückkehr der „höchsten Maßnahme des sozialen Schutzes, der Hinrichtung mit der Beschlagnahme des Eigentums“ unterzogen wurden (Senjavskaia 1999: 3).

Es gibt weiterhin auch die falsche Annahme, dass in der sowjetischen Zeit das Problem der Gefangenschaft vertuscht wurde. Wenn man sich näher mit der sowjetischen Geschichtsschreibung befasst, wird diese Darstellung entkräftet. Eine Vertuschung war sowohl im Zusammenhang mit den Helden unter den Kriegsgefangenen (wie zum Beispiel dem sowjetischen General D.M. Karbyshev, dem 1946 postum der Titel des Helden der Sowjetunion verliehen wurde), als auch wegen der beträchtlichen Zahl der Repatrianten unmöglich.

Die Mitglieder des Politbüros hielten es infolge mehrerer Faktoren für unangemessen, Massenrepressionen auf Repatrianten anzuwenden. Vor allem in der offiziellen sowjetischen Propaganda der ersten Nachkriegsjahre galten Menschen, die in „faschistische Gefangenschaft“ gelangt waren, als schuldlose Opfer. Selbst der Gedanke, dass die Sowjetunion ihre gefangenen Bürger vergessen habe, wurde als „ungeheuerliche Lüge“ bezeichnet. Die Befürchtung, dass die Kriegsgefangenen bei der Rückkehr verfolgt wurden,



sah man als „lächerlich“ an.¹ Darüber hinaus erforderte der Wiederaufbau des Landes Arbeitskräfte, weshalb massive Repressionen wirtschaftlich unpraktisch wären (Kulagina 2012: 759).

Wahrscheinlich hat die übermäßige Zunahme der Zahl der Kriegsgefangenen die Einstellung zur Gefangenschaft als Verrat verändert (Arzamaskin 2015: 10). Dennoch haben die ehemaligen Kriegsgefangenen Misstrauen bei den Behörden hervorgerufen, da sie für lange Zeit dem sowjetischen soziokulturellen und ideologischen Einfluss entkommen waren. Obwohl Kriegsgefangene tatsächlich intensiven ideologischen Einflüssen durch die Nazi-Propaganda ausgesetzt waren, war die Wirkung dieser Einflüsse jedoch unwesentlich. Die sowjetischen Bürger waren trotzdem über ihr Schicksal im Falle der Rückkehr in die UdSSR besorgt. Es wurde angenommen, dass Probleme bei der Untersuchung der Zeit ihres Aufenthalts im Ausland und der Umstände ihrer Gefangenschaft entstehen könnten. Angesichts der negativen und misstrauischen Haltung der herrschenden Kreise gegenüber allem Ausländischen fürchteten die Rückkehrer, möglicherweise nicht mehr in die Heimat zurückkehren zu dürfen. In Wirklichkeit waren diese aber Ängste unbegründet. Aufgrund großer menschlicher Verluste war die Sowjetunion an der Rückkehr von Kriegsgefangenen und internierten Bürgern sehr interessiert (Zemskov 2013: 104).

Während der Massenrückführung, die hauptsächlich bis Februar 1946 durchgeführt wurde, wurden mehr als 5 Millionen Menschen in die Sowjetunion entsandt, also ein Großteil der ehemaligen Kriegsgefangenen und Ostarbeiter aus den alliierten und der sowjetischen Besatzungszonen. Während dieser Zeit weigerten sich nur 451.000 Menschen, in die Sowjetunion zurückzukehren (Kulagina 2012: 761). Dieses Verhältnis unterstreicht einmal mehr, dass ein Großteil der ehemaligen Kriegsgefangenen die Rückkehr in ihre Heimat anstrebte. Diese Position entspricht der offiziellen Version der freiwilligen Rückkehr aus der „faschistischen Gefangenschaft“, die in der Sowjetzeit vorherrschte.

Aufgrund der großen Anzahl der Rückkehrwilligen kann die Tatsache der freiwilligen Rückkehr nicht ignoriert werden. Die Entdeckung neuer Quellen in den 1990er Jahren ermöglichte es jedoch, auch das Thema Zwangsrückführung und die Arbeit der Prüf- und Filtrationslager näher zu erforschen. Nach der Befreiung aus der Gefangenschaft und ihrer Überprüfung gerieten viele sowjetische Soldaten in sowjetische Lager (Ševčenko 2010: 6). So wurden von den bis Oktober 1945 identifizierten 1.624.365 ehemaligen Kriegsgefangenen

¹ „Interv’ju upolnomočennogo sovnarkoma SSSR“. S.5.



nur 5,7 % direkt an den Wohnort geschickt, 76 % kamen zu der Roten Armee und 18,3 % zu den Organen des NKWD.²

Eine Überprüfung durch den NKWD und SMERSH erwartete die Rückkehrer unabhängig von der Haltung der Behörden und den Wünschen der Bürger selbst. Bei dieser Kontrolle konnten die ehemaligen Kriegsgefangenen mit einer missbilligenden Haltung konfrontiert werden. Natürlich beeinflusste dies die Stimmung der Repatrianten.

Das Fehlen eines klaren rechtlichen und sozialen Status und die Unsicherheit über ihr weiteres Schicksal lösten unter den Rückkehrern Fragen und Zweifel aus. Die Probleme der ehemaligen Kriegsgefangenen endeten keineswegs, nachdem sie die Erlaubnis zur Rückkehr an ihren früheren Wohnort oder an einen anderen Ort erhalten hatten. Wie die in die Heimat zurückgekehrten Frontsoldaten, standen auch die Rückkehrer vor einer ganzen Reihe von weiteren Schwierigkeiten des alltäglichen Lebens.

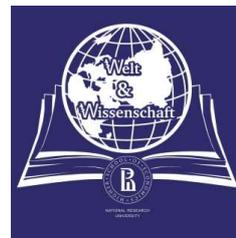
Erstens standen die ehemaligen Kriegsgefangenen nach der Rückkehr vor einem Problem, das die gesamte Nachkriegsgesellschaft betraf – der Suche nach einer Wohnung oder deren Wiederherstellung. Nach den unerträglichen Bedingungen der Konzentrationslager hofften die ehemaligen Häftlinge auf eine Rückkehr zu einem mindestens minimalen Lebensstandard. Doch die Nachkriegslage ermöglichte es nicht immer, Wohnungsfragen schnell zu lösen.

Die Unfähigkeit, einen ordentlichen Wohnraum zu bekommen, löste bei den Rückkehrern ein Gefühl des Grolls aus. Dabei war ein Teil der Kriegsgefangenen bereit gewesen, „mit Geringem zufrieden zu sein“. So beschreibt zum Beispiel der ehemalige Kriegsgefangene P.G. Roschkow seine Lebensbedingungen in einem Brief an den Schriftsteller S.S. Smirnov folgendermaßen: „Ich bekomme jetzt 45 Rubel Rente, lebe derzeit in der Wohnung meiner Frau und ihrer Mutter in einem alten, verfallenen Haus, ohne Toilette, ohne Wasser, das alles befindet sich in 100 Metern Entfernung vom Haus. ... Zumindest jetzt möchte ich menschenwürdig leben, ich habe in den Gefängnissen und in den Lagern genug gelitten“.³

Zu den Schwierigkeiten bei der Wohnungsfrage kamen Probleme bei der Arbeitssuche hinzu. Bei der Einstellung musste ein obligatorischer Fragebogen ausgefüllt werden, von dem eine der Fragen den Aufenthalt in Gefangenschaft betraf. Erstaunlicherweise wurde diese Frage erst 1992 aus diesen Fragebögen entfernt (Minc 2015: 164). Das Ausfüllen dieser Zeile führte zu Verdächtigungen, die es erschwerten, eine Arbeitsstelle zu bekommen. „Warum

² Gosudarstvennyj archiv Rossijskoj Federacii, Moskau (GARF). F. P-9526 Op. 1 D. 301 l. 216.

³ Rossijskij gosudarstvennyj archiv literatury i iskusstva, Moskau (im Folgenden: RGALI). F. 2528 Op. 6. D. 431 L. 78-79.



verhält man sich so abschätzig zu den Fragebögen, wenn der Punkt ‚war in Gefangenschaft‘ ausgefüllt ist? Wenn er ausgefüllt ist – wird man sofort abgelehnt“, beklagte V.I. Sharonov, ein anderer früherer Kriegsgefangener.⁴

Selbst eine Anstellung garantierte noch kein ausreichendes Lohnniveau. Daher finden sich in den Erinnerungen ehemaliger Kriegsgefangener oft Fälle, in denen das Entgelt kaum für Nahrung reichte. Es ist jedoch nicht zu vergessen, dass es auch positive Beispiele gab, in denen Rückkehrer eine gute Stelle bekommen konnten, ohne mit Misstrauen oder Herablassung der Kollegen konfrontiert zu werden.

Die Arbeitssuche konnte durch den körperlichen Zustand der ehemaligen Kriegsgefangenen zusätzlich erschwert werden. Aus der Gefangenschaft kamen die Menschen meistens mit einer Reihe von körperlichen Verletzungen oder Krankheiten zurück. Gemäß einer allgemeinen Vorschrift mussten sie sich einer medizinischen Prüfung durch eine ärztliche Sachverständigenkommission unterziehen, um eine kriegsbedingte Behinderung feststellen zu lassen. Ziemlich widersprüchlich ist dabei die Frage der Objektivität der Einschätzungen dieser Kommissionen. In den Erinnerungen der Kriegsgefangenen gibt es eine Reihe von Fällen, in denen ein ehemaliger Kriegsgefangener zwar als versehrt anerkannt wurde, allerdings nicht aufgrund des Krieges. Dies reduzierte nicht nur die Höhe der Zahlungen, sondern verletzte auch sein Selbstbewusstsein. „Bis 1957 galt ich als Kriegsinvalide, aber dann stellte man bei mir eine allgemeine Krankheit als Grund der Arbeitsunfähigkeit fest... Jetzt bin ich ein Invalide der 2. Kategorie. Aber es tut mir leid, dass ich meine Gesundheit an der Front verloren habe. Ich leide seit 20 Jahren und bin trotzdem nur als [gewöhnlicher] Arbeitsunfähiger anerkannt“, beschreibt einer der versehrten Kriegsgefangenen seine Gefühle über die Entscheidung der ärztlichen Kommission.⁵

Unter anderem fühlten sich die Kriegsversehrten ungerechterweise vergessen. Besonders tragisch wurden Fälle wahrgenommen, in denen ein Soldat schwer verletzt und ohne die Fähigkeit zum Widerstand gefangen genommen wurde. Solche Leute konnten keine heldenhafte Flucht unternehmen oder sich dem Feind ernsthaft widersetzen. Dennoch versuchten sie, sich nach eigenen Einschätzungen als anständige Menschen zu präsentieren, und schon die Tatsache ihres Überlebens sollte Respekt hervorrufen. „...Versehrte lebten auch patriotisch, sie verteidigten soweit als möglich die Ehre des russischen Kriegers, sie verloren den Mut nicht. All dies kann natürlich nicht mit Massenausbrüchen und dem Kampf in

⁴ RGALI. F. 2528 Op. 6 D. 437 L. 29.

⁵ Ebd. D. 417 L. 3.



Partisaneneinheiten verglichen werden, aber dennoch waren Versehrte in der Gefangenschaft auch Soldaten [des Krieges, wenn auch] eines kleinen Krieges!“ So bewertet die Situation der versehrte Kriegsgefangene V.F. Baranov.⁶ Die in ihre Heimat zurückgekehrten versehrten ehemaligen Kriegsgefangenen wurden jedoch oftmals lediglich als depressive, hilflose Behinderte wahrgenommen.

Nicht nur die Versehrten, sondern auch die übrigen ehemaligen Kriegsgefangenen empfanden die Haltung der Gesellschaft ihnen gegenüber schmerzlich. Die Rückkehrer mussten sich mit missbilligenden Verhältnissen und Beleidigungen auseinandersetzen. Diese Beleidigungen konnten ziemlich hart und demütigend sein. So drückt diese Seite des Nachkriegslebens M.P. Parshin aus: „Vor dem Krieg warst du, sagen sie, ein Mensch, und jetzt bist du keinen Heller wert“.⁷

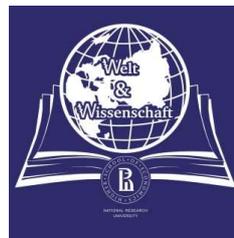
Die unfreundliche Haltung der staatlichen Stellen gegenüber den Kriegsgefangenen erschwerte nicht nur die Lösung der Alltagsprobleme, sondern verschärfte auch seelische Leiden. Die gefühllose Haltung der Beamten bei der Lösung von Fragen der Beschäftigung, Unterkunft, medizinischen Behandlung oder Wiederaufnahme in die Kommunistische Partei vervielfachte das psychische Trauma ehemaliger Kriegsgefangener. „...Sogar nach der Überprüfung, als die volle Unschuld bewiesen wurde, hatte man zu uns kein Vertrauen, man beleidigte uns sehr oft ungestraft als ‚Vaterlandsverräter‘. Und für einen Menschen gibt es nichts Demütigenderes, als Misstrauen zu erfahren. All das musste ich ertragen: Beleidigung, Misstrauen und ungerechten Groll“, so beschreibt die moralischen Herausforderungen D.A. Saverchenko, ein ehemaliger Häftling des Konzentrationslagers Buchenwald.⁸ In der späten Stalinzeit führte die Erwähnung eines Aufenthalts in der Gefangenschaft sogar dazu, dass ehemalige Freunde sich von dem Gefangenen abwandten. Und einige Kriegsgefangene sahen sich sogar gezwungen, ihre Vergangenheit ganz zu verbergen.

Die ständige Konfrontation mit Misstrauen und Vorurteilen verursachte eine verschärfte nervliche Reaktion. Die ehemaligen Kriegsgefangenen, die sozusagen aus ihrem normalen Lebenslauf herausgeworfen waren, begannen Schuldgefühle zu empfinden darüber, dass sie überlebt hatten. Zum Beispiel schreibt F. Bantuchin, dass ehemalige Kriegsgefangene „beschämt ihren Kopf einzogen“, wenn sie mit beleidigenden Worten als Verräter oder

⁶ Ebd. D. 415 L. 23.

⁷ Ebd. D. 428 L. 64.

⁸ Ebd. D. 432 L. 2.



Faschist beschimpft wurden, während sie doch „nur daran Schuld hatten, dass sie noch lebten, dass sie vom Tod verschont wurden, den sie nicht fürchteten und dem sie entgegentraten“.⁹

Das Misstrauen von Beamten oder Kollegen ihnen gegenüber nahmen die Kriegsgefangenen als eine weitere Prüfung und als eine ungerechtfertigte Demütigung wahr. Daher betrachteten sie die den Umbruch in der Staatspolitik, der mit der Kritik an Stalins „Personenkult“ begann, als vollständige Rehabilitierung.

Da die Teilnahme am Krieg einen großen Einfluss auf ihr Bewusstsein hatte, war der Übergang zum friedlichen Leben für die ehemaligen Soldaten meistens mit posttraumatischen Belastungsstörungen verbunden (Senjavskaia 1999: 83). Das in der Gefangenschaft Gesehene und Erlebte hinterließ eine bedeutende Spur in ihrer Psyche. Einige, die mit solchen Erfahrungen nicht umgehen konnten, wurden psychisch krank und mussten in psychiatrische Kliniken eingewiesen werden. Das Erlebte wurde nicht aus dem Gedächtnis verbannt und zwang die Kranken ständig dazu, in Erinnerungen und Träumen zu ihren traumatischen Erfahrungen zurückzukehren: „Alles kann ich sehr detailliert erzählen. In der Erinnerung bleibt alles präsent. [Das Lager] ‚Pustkov‘ kann ich bis auf das letzte Detail zeichnen, auch diese Rutsche mit den verbrannten Körpern der Gefangenen und der erschossenen Patrioten. Aber ich habe keine Zeit. Das Leben, die Arbeit und die alltägliche Hektik. Und ich wollte diese Hölle vergessen. Aber jetzt habe ich verstanden, dass es nie vergessen sein wird...“, schreibt G.N. Kolesnikov mehr als ein Dutzend Jahre nach seiner Befreiung aus dem Lager.¹⁰ Die Schwäche ihres Nervensystems führte bei den früheren Kriegsgefangenen oft zu einer ziemlich schmerzhaften Wahrnehmung ihrer Lebensbedingungen. Dies konnte sowohl zu einem verschärften Gefühl von Groll als auch zu Selbstmordversuchen führen.

Die Menschen, die diese schweren traumatischen Erfahrungen überlebten, stießen auf Unverständnis seitens der Gesellschaft. Im Massenbewusstsein waren sie nicht Teil der Gemeinschaft der Frontsoldaten, was dazu führte, dass sie sich unterschätzt fühlten. Unter den ehemaligen Kriegsgefangenen kam die Idee auf, ihnen den besonderen Status der „Gefangenen faschistischer Konzentrationslager“ zuzuteilen, damit „nicht nur diejenigen, die an den Fronten kämpften, sondern auch diejenigen, die hinter den feindlichen Linien kämpften, und diejenigen, die bereits zum Tode verurteilt wurden und dennoch für den Sieg, für das Leben kämpften“, ein Recht hatten, den Sieg mitzufeiern.¹¹ Obwohl viele Kriegsgefangene sich nicht für Helden hielten, war es ihnen dennoch wichtig, als Teil der

⁹ Ebd. D. 415 L. 69.

¹⁰ RGALI. F. 2528 Op. 6 D. 422 L. 51.

¹¹ Ebd. D. 434 L. 30



Generation der Sieger anerkannt zu werden. Im Laufe der Zeit wurden sie mit Fragen ihrer eigenen Kinder über ihre militärische Vergangenheit konfrontiert, was bei ihnen ein Gefühl der Scham darüber hervorrief, dass sie aufgrund ihrer Gefangenschaft ihre militärischen Erfahrungen und Karrierechancen nicht voll realisieren konnten.

Vereint durch ihr gemeinsames tragisches Schicksal strebten die ehemaligen Kriegsgefangenen danach, miteinander in Kontakt zu treten. Solche Kommunikation war in den ersten Nachkriegsjahren aufgrund der Beobachtung durch staatliche Sicherheitsbehörden oft schwierig. Die ehemaligen Kriegsgefangenen versuchten, sich selbst oder ihre Kameraden nicht verdächtig zu machen, versuchten jedoch auch, nach Adressen zu suchen, in Korrespondenz zu treten, und ehemalige Haftorte zu besuchen. Diese Kommunikation war eine Art Kompensationsmechanismus für die Unmöglichkeit der vollen Integration in die sowjetische Nachkriegsgesellschaft.

Um sich rasch an die Bedingungen der Nachkriegszeit anzupassen, bemühten sich viele Kriegsgefangene nach dem Krieg, so schnell wie möglich eine Arbeit aufzunehmen, und präsentierten sich als fleißige Bürger. Ein wichtiger Faktor für sie war es, verschiedene Dankesbezeugungen auf der Arbeit zu erhalten, denn solche Anerkennungen bedeuteten für sie ein Recht, in das gesellschaftliche Leben wiederaufgenommen zu werden.

Dennoch wurde die Gefangenschaft selbst bei einer erfolgreichen Wiedereingliederung in die Nachkriegsgesellschaft von den Repatrianten als Makel in ihrer Biografie wahrgenommen. Die Tatsache der Gefangenschaft hing über den ehemaligen Häftlingen wie ein Damoklesschwert. „Wie lange wird über den Menschen die Scham der Gefangennahme lasten, als ob diese durch eine Chlorvergiftung verursacht wurde! Als ob er die Faschisten nicht geschlagen hätte, Sevastopol nicht verteidigt hätte, und nicht verwundet worden wäre!“, ruft der ehemalige Kriegsgefangene A.S. Vinogradov noch zweiundzwanzig Jahre nach Kriegsende empört aus.¹²

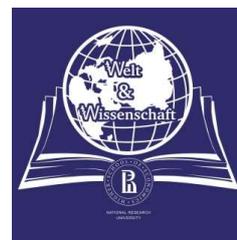
Zusammenfassend kann man sagen, dass die ehemaligen Kriegsgefangenen in ihrer Heimat mit einer großen Reihe von äußerlichen Alltags- und inneren psychologischen Problemen konfrontiert waren. Diese Probleme wurden durch eine Kombination von Faktoren verursacht: die Widersprüchlichkeit der staatlichen Politik gegenüber den Gefangenen, die allgemeinen Lebensumstände der Nachkriegszeit in einem zerstörten Land, die Veränderungen in der Psyche durch traumatische Erfahrungen und andere soziale Faktoren.

¹² Ebd. D. 431 L. 78



Bibliografie

1. Arzamaskin, Jurij: *Tajny sovetskoj repatriacii*. Moskva 2015.
2. Galickij, Vladimir: „Problema voennoplennyh i otnošenie k nej Sovetskogo gosudarstva“. In: *Sovetskoe gosudarstvo i pravo* 4 (1990), S. 124-130.
3. Gosudarstvennyj archiv Rossijskoj Federacii (GARF). F. P-9526 Op. 1 D. 301 l. 216.
4. „Interv’ju upolnomočennogo sovarkoma SSSR po delam repatriacii sovetskich graždan iz Germanii i okkupirovannyh eju stran general-polkovnika Golikova.“ In: *Repatriacija sovetskich graždan*. Moskva 1945.
5. Kulagina, Viktorija: „Sozdanie i osnovnye napravlenija dejatel’nosti organov repatriacii v SSSR v gody vtoroj mirovoj vojny“. In: *Izvestija PGU im. V.G. Belinskogo* 27 (2012), S. 759-763.
6. Minc, Michail: „Veterany Otečestvennoj vojny. (Svodnyj referat)“. In: *Istorija Rossii. Serija analitičeskich obzorov i sbornikov*, 1 (2015), S. 157-168.
7. Rossijskij gosudarstvennyj archiv literatury i iskusstva (RGALI). F. 2528 Op. 6. D. 431 L. 78-79.
8. Rossijskij gosudarstvennyj archiv literatury i iskusstva (RGALI). F. 2528 Op. 6 D. 437 L. 29.
9. Rossijskij gosudarstvennyj archiv literatury i iskusstva (RGALI). F. 2528 Op. 6 D. 417 L. 3.
10. Rossijskij gosudarstvennyj archiv literatury i iskusstva (RGALI). F. 2528 Op. 6 D. 415 L. 23.
11. Rossijskij gosudarstvennyj archiv literatury i iskusstva (RGALI). F. 2528 Op. 6 D. 428 L. 64.
12. Rossijskij gosudarstvennyj archiv literatury i iskusstva (RGALI). F. 2528 Op. 6 D. 432 L. 2.
13. Rossijskij gosudarstvennyj archiv literatury i iskusstva (RGALI). F. 2528 Op. 6 D. 415 L. 69.
14. Rossijskij gosudarstvennyj archiv literatury i iskusstva (RGALI). F. 2528 Op. 6 D. 422 L. 51.
15. Rossijskij gosudarstvennyj archiv literatury i iskusstva (RGALI). F. 2528 Op. 6 D. 434 L. 30.
16. Rossijskij gosudarstvennyj archiv literatury i iskusstva (RGALI). F. 2528 Op. 6 D. 431 L. 78.



17. Senjavskaja, Elena: *Psichologija vojny v XX veke: istoričeskij opyt Rossii*. Moskva 1999.
18. Ševčenko, Vladimir: *Dejatel'nost' lagerej special'nogo naznačeniya NKVD SSSR v 1941 - 1946 godach: avtoreferat diss. ... kandidata istoričeskich nauk*. Volgograd 2010.
19. *Sovetskij Sojuz na meždunarodnyh konferencijach perioda Velikoj Otečestvennoj vojny 1941 - 1945 gg.: Sbornik dokumentov*. Bd. 4. Moskva 1979.
20. Zemskov, Viktor: „Vozvraščency' i ‚Nevozvraščency' (o sud'be sovetskich peremeščennyh lic v 1944 – 1956 gg.)“. In: *Izvestija Samarskogo naučnogo centra RAN*, 1-1 (2013), S. 103-113.



2. Der Historikerstreit nach 35 Jahren und die deutsche Erinnerungskultur: Vergangenheit, die dennoch vergehen soll? - Filipp Fomitschjow

Filipp Fomitschjow, MPGU, Historische Fakultät. Sie erreichen den Autor unter der E-Mail-Adresse: Philip.fomichev@gmail.com

Einleitung

Trotz vieler Triumphe und Heldentaten steht die deutsche Geschichte heutzutage in dem riesigen Schatten des Dritten Reiches. Der deutsche „Sonderweg“ endete im Jahre 1945 und hinterließ ein zersplittertes Land. Später begann in der Bundesrepublik ein einzigartiger Prozess der Aufarbeitung der eigenen Vergangenheit, der zur Festsetzung eines Schuld narrativs nicht nur auf der öffentlichen, sondern auch auf der staatlichen Ebene geführt hat. Trotzdem sind linke Intellektuelle und Aktivisten nach wie vor überzeugt, dass der Umerziehungsprozess der deutschen Gesellschaft eine Nacharbeit erfordert. In diesem Artikel wird ein Versuch unternommen, Antworten auf die Fragen zu geben, was eigentlich solche Befürchtungen der linken Öffentlichkeit verursacht haben könnte, und ob es in Deutschland wirklich Kräfte gibt, die den Deutschen ein positiveres Bild ihrer zweitausendjährigen Vergangenheit geben wollen.

Das Jahr 2021 wurde zu einem der wichtigsten Meilensteine in der Geschichte der Bundesrepublik. Angela Merkel hatte im Voraus angekündigt, dass sie sich um das Amt der Kanzlerin nicht mehr bewerben würde, aber dennoch wird ihr Abtritt eine gewisse Belastung für Deutschland bedeuten. Zusammen mit der ersten Bundeskanzlerin wird symbolisch eine ganze Generation der Vergangenheit angehören. Diesbezüglich taucht immer häufiger die Sorge der Deutschen um ihre Zukunft auf – die Zukunft des Landes, die Zukunft der Bevölkerung, die Zukunft der Ökologie, die Zukunft der Vergangenheit. Die Vergangenheit, laut der deutschen Forscherin A. Assmann, sei heute nicht nur einfach die Geschichte, sondern ein integraler Kulturbestandteil der kollektiven Identität und der menschlichen Existenz (Assmann 2017: 237). Der Umgang mit der eigenen Geschichte steht längst im Mittelpunkt der Kulturpolitik der Bundesrepublik. Wie der russische Historiker Oleg Plenkov behauptet,



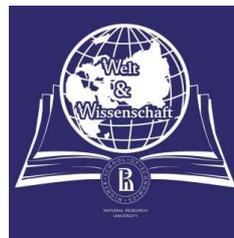
wurde die Vergangenheitsbewältigung zu einer Form der Existenz Deutschlands (Plenkov 2019: 74).

Sofort nach Kriegsende wurde in den westlichen Besatzungszonen eine Diskussion über die Ursachen des Nationalsozialismus geführt, die aber mit der Gründung der BRD und dem Beginn des Kalten Krieges beendet wurde. Gerade dies war ein sehr wichtiger Grund für die Akzeptanz von Massenamnestien durch die westlichen Verbündeten und für die Integration ehemaliger Nationalsozialisten in die westdeutsche Gesellschaft. Gleichzeitig zog der erste westdeutsche Bundeskanzler Konrad Adenauer unzweideutig eine klare Linie zwischen der Bundesrepublik und dem Dritten Reich. Die Deutschen selbst betrachteten das Geschehene als eine persönliche Tragödie, ohne irgendwelche Kollektivschuld zu empfinden.

Die ersten Zeichen für eine Veränderung im Umgang mit der deutschen Vergangenheit können in den späten 1950er Jahren festgestellt werden. Im Jahr 1958 fanden die ersten Gerichtsverfahren gegen ehemalige Nationalsozialisten statt, die teilweise sogar bis heute andauern.¹³ Mit besonderer Aufmerksamkeit verfolgten Westdeutsche den Eichmann-Prozess in Jerusalem (1961) und den Frankfurter Auschwitz-Prozess (1963-1965) (Dann 2003: 328). Währenddessen und im Gefolge der Westernisierung der deutschen staatlichen Institutionen amerikanisierte sich auch die neue deutsche Generation – die Generation der Protestkultur, die in den 1960er Jahren zu einem radikalen Widerstand gegen die bestehenden bürgerlichen Lebens- und Moralgrundlagen führte. Diese Stimmungen erstreckten sich auch auf die historische Literatur und Belletristik, wo die Autorität des Staates, des Kapitalismus und der Familie zunehmend angeklagt und angegriffen wurden (Franc 2007: 275).

Im nächsten Jahrzehnt kam eine Wende: die tektonischen soziokulturellen Veränderungen, die die gesamte westliche Welt erschütterten, wurden auch in der Geschichte der Bundesrepublik zu einer Zäsur. Laut dem Soziologen Jürgen Habermas sei dies der erste Stoß einer „Fundamentalliberalisierung“ gewesen (ebd). Aleida Assmann hält diesen „Aufstand der Kinder“ für den größten Schock der Nachkriegszeit – bis dahin waren die Beziehungen zwischen Vätern und Kindern durch Hierarchie und Traditionsbewusstsein gekennzeichnet, aber im Lauf der Modernisierung sei ein tragischer „Zerfall der Zeitverbindung“ erfolgt (Assmann 2017: 115). Der Historiker Otto Dann definierte diesen Generationenbruch als ein „Ende der Reichsnation“ (Dann 2003: 330, 334-337). Gleichzeitig sind die 1960er Jahre eine Zeit der ersten politischen Krisen, die mit dem Rücktritt von

¹³ Deutsche Welle. <https://clck.ru/WHV6j> (zuletzt eingesehen am 20. Juli 2020), Deutsche Welle. <https://clck.ru/PqDZv> (zuletzt eingesehen am 20. Juli 2020).



Adenauer im Jahre 1963 und einer drastischen Linksentwicklung der ganzen Gesellschaft zu tun hatten (Franc 2007: 273). Die von der „68er-Generation“ gefundenen angeblichen Kontinuitätslinien zwischen dem Dritten Reich und dem Westen wurde immer mehr bestätigt: die Isolationspolitik der DDR gegenüber, der Vietnamkrieg, monopolisierte Medien, Militarisierung, Autoritarismus und Patriarchat der familiären und gesellschaftlichen Institutionen – dies alles, wie auch vieles andere, hätte auf einen geheimen Faschismus hingewiesen. Dass im Jahre 1966 mit Kurt Georg Kiesinger ein ehemaliges NSDAP-Mitglied und früherer Mitarbeiter von Josef Goebbels Propagandaministerium Bundeskanzler wurde, goss nur noch mehr Öl ins Feuer (Plenkov 2019: 260). Eine der wichtigsten politischen Folgen davon war die Kanzlerschaft von Willy Brandt (SPD) ab 1969, während derer das Element der Reue und eine permanente Reflexion über die NS-Vergangenheit erstmals ein fester Bestandteil der deutschen politischen Kultur wurden, als deren Symbol der Kniefall Brandt in Warschau vor dem Ghetto-Ehrenmal bezeichnet werden kann (ebd.: 259).

In den 1970-80er Jahren verwandelten sich die Deutschen von Opfern Hitlers zu Teilnehmern der Verbrechen, und nach der Wiedervereinigung hatte sich das Schuld-narrativ im deutschen Selbstbewusstsein und in der Geschichtspolitik völlig festgesetzt (Assmann 2016: 160). Ebendann wurde die öffentliche Diskussion schließlich zum beherrschenden zentralen Thema der Erinnerungspolitik. Ein wichtiges Ereignis in diesem Zusammenhang war die Ausstrahlung der amerikanischen Fernsehserie „Holocaust“ (1979), wodurch dieses historische Verbrechen zu einem Medienereignis von größter Wichtigkeit wurde (König 2012: 129).

Die Debatten über die nationale Identität der westdeutschen Gesellschaft wurden in den frühen 1980er Jahren nach dem Regierungsantritt von Helmut Kohl als Bundeskanzler wieder fortgesetzt (Peter 1995: 38). Die politischen Eliten stellten sich die Aufgabe, führende Positionen innerhalb der Europäischen Gemeinschaft zu erreichen, was aber aufgrund des deutschen „Schattens der Vergangenheit“ schwierig war (Rulinskij 2013: 47). Im Jahre 1982 begann Kohl, von einer „geistig-moralischen Erneuerung der Nation“ zu sprechen, womit er eigentlich zwei Ziele verfolgte: die Wiedergeburt des verlorenen Nationalstolzes durch die Kultivierung der positiven Momente deutscher Geschichte und dadurch auch eine „Normalisierung“ der NS-Zeit (Plenkov 2019: 306-307; Kindtner 2018: 4). Darin erfuhr der Kanzler viel Unterstützung sowohl von Parteifreunden als auch von einem gewissen Kreis konservativer Intellektueller. Der Ministerpräsident von Bayern und CSU-Vorsitzende Franz Josef Strauß behauptete, die Deutschen könnten nicht länger an der Klagemauer stehen und



sollten sich endlich vom dem erdrückenden Schatten Hitlers befreien. Alfred Dregger – Vorsitzender der CDU/CSU-Fraktion im Bundestag – forderte öffentlich alle Deutschen auf, aus diesem Schatten Hitlers herauszutreten (Peter 1995: 47). Der Philosoph Hermann Lübbe sprach auf einem Kongress zum 50. Jahrestag der Machtübernahme Hitlers von einer allgemeinen Vertuschung der NS-Vergangenheit als Bürgerpflicht und erklärte den Antifaschismus zum einzigen und wichtigsten Feind Deutschlands (Rulinskij 2013: 47). Im Jahre 1984 versuchte Helmut Kohl durch eine Rede in der Knesset, dem israelischen Parlament, eine Linie der Abgrenzung zwischen den deutschen Generationen zu ziehen, was sowohl in Israel als auch in der deutschen linken Öffentlichkeit einen Sturm der Unzufriedenheit auslöste (Kindtner 2018: 5).

Den Höhepunkt in diesem Prozess stellten die Ereignisse des 5. Mai 1985 dar, als Helmut Kohl und US-Präsident Ronald Reagan nach der Gedenkstätte im ehemaligen Konzentrationslager Bergen-Belsen auch den Soldatenfriedhof in Bitburg besuchten, wo sich unter anderem die Gräber von 49 SS-Männern befanden (Plenkov 2019: 307). Diese Veranstaltung, die laut dem Politikwissenschaftler Jürgen Peter so symbolisch sei wie der „Tag von Potsdam“, löste sehr kontroverse Reaktion in der deutschen Gesellschaft aus (Peter 1995: 48). Am 8. Mai 1985 hielt der damalige Bundespräsident Richard von Weizsäcker vor dem Bundestag seine berühmte Rede, in der er den 8. Mai 1945 erstmals als „Tag der Befreiung“ und nicht als Kapitulation bezeichnete. Richard von Weizsäcker – Vertreter einer Familie, die seit Generationen in der deutschen Politik aktiv teilgenommen hatte, der Sohn des Staatssekretärs im Außenministeriums des Dritten Reiches, ein Offizier des elitären Potsdamer Infanterieregiments 9 – sei jetzt die Personifizierung, wie der Historiker Heinrich August Winkler schrieb, „des langen deutschen Weges nach Westen“ (Plenkov 2019: 338). Die Erinnerungspolitik von Helmut Kohl kann somit als Vergangenheitsbewältigung bezeichnet werden, von Weizäckers Rede jedoch umgekehrt – als Vergangenheitsbewahrung (Assmann 2019: 338).

In diesem Zusammenhang fand im Jahre 1986 wahrscheinlich eine der wichtigsten historischen Diskussionen in der Geschichte der Bundesrepublik statt – der sogenannte „Historikerstreit“. Der Politikwissenschaftler Helmut König glaubt, dass diese Diskussion ein Höhepunkt in der öffentlichen Vergangenheitsbewältigung sei (König 2012: 30). Einer der führenden Erforscher dieser Kontroverse, Reinhard Kühnl, schrieb, dass es im Rahmen dieser Diskussion „um die politische Zukunft der Bundesrepublik, ihren inneren Zustand und die außenpolitischen Orientierungen“ ginge (Rulinskij 2013: 46). Dabei ist die Bemerkung Oleg

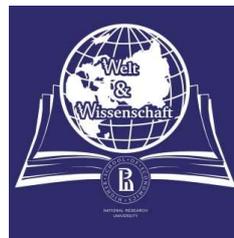


Plenkows sehr präzise, dass dieser Streit keine wissenschaftliche Diskussion sei, sondern eine Debatte über die Neuordnung der Akzente in der historischen Wissenschaft, und zwar so, dass sie den Bedürfnissen der linksliberalen Politik entsprechen würden (Plenkow 2019: 290-291).

Auslöser des Historikerstreites war der Berliner Historiker Ernst Nolte. Alle seine Thesen, die er in seinem umstrittenen Artikel „Vergangenheit, die nicht vergehen will“ (Piper 1987: 39-47) zum Ausdruck brachte, hatte Nolte bereits mehrmals in früheren Arbeiten verteidigt (Kindtner 2018: 2), aber die scharfe Reaktion auf diesen Artikel zeigte eindeutig eine Spaltung der Gesellschaft (ebd.: 3). Während des Historikerstreits sammelten sich um Nolte prominente Historiker, wie Klaus Hildebrand, Michael Stürmer und andere. Die Sichtweise der Kritiker Noltens wurde vom dem Philosophen Jürgen Habermas, dem Historiker Hans Mommsen und anderen vertreten. Diese Polemik zählte nicht weniger als 35 Artikel.

Die Position Noltens läuft darauf hinaus, dass der Nationalsozialismus eine Reaktion auf den Bolschewismus wäre, dass der Gulag und der Klassenterror Auschwitz und dem Rassenterror vorhergingen. Der Historiker behauptete auch, dass die Judenvernichtung kein Ereignis von größter Bedeutung wäre, und Hitlers „asiatische Taten“ nur dadurch diktiert wurden, dass er sich selbst und die deutsche Gesellschaft als potenzielle Opfer der „asiatischen Taten“ der Bolschewiki sah. Die Kollektivschuld der Deutschen verglich Nolte mit der Kollektivschuld der Juden. So kam Nolte zu dem Schluss, dass, erstens, das Dritte Reich und seine Taten nicht besonders einzigartig gewesen seien, weil sie eine Antwort auf den Bolschewismus und dessen Terror gewesen wären. Zweitens meinte er, dass das Thema der Kollektivschuld aus politischen Gründen ausgenutzt werde, was auch unakzeptabel sei. Drittens müsse man aufhören, die NS-Zeit zu dämonisieren, und sollte diese stattdessen einfach als eine Seite in die Geschichte des Landes einschreiben (Peter 1995: 101). Noltens Unterstützer Andreas Hillgruber schrieb in seinen Artikeln, dass der Holocaust kein zentrales Element des Zweiten Weltkrieges gewesen sei, dass die Alliierten die Zerstörung Deutschlands ursprünglich für eines ihrer Kriegsziele hielten, und dass nur das Dritte Reich die Interessen Europas gegen den Bolschewismus verteidigt habe (Plenkow 2019: 297; Peter 1995: 103; Rulinskij 2013: 49). Darauf wiederum folgte die mehr als harte Antwort des „Spiegel“-Verlegers Rudolf Augstein in einem Artikel „Die neue Auschwitz-Lüge“, in dem Hillgruber als „konstitutioneller Nazi“ bezeichnet wurde (Piper 1987: 196-205).

Die bedeutendste Reaktion auf Noltens Thesen erfolgte durch Jürgen Habermas in seinem Artikel „Eine Art Schadensabwicklung. Die apologetischen Tendenzen in der deutschen Zeitgeschichtsschreibung“ (ebd.: 62-76). Seiner Meinung nach lag die



Verantwortung für die NS-Verbrechen nicht nur bei Hitler, sondern bei der ganzen deutschen Gesellschaft. Und diese Verantwortung müsse von einer Generation zur anderen weitergegeben werden. Er war zudem überzeugt, dass die Relativierung des Nationalsozialismus unakzeptabel sei. Ein ebenso wichtiger Gedanke von Habermas spricht davon, dass das neue deutsche Nationalbewusstsein nur auf einer widerspruchslosen Zugehörigkeit der Bundesrepublik zum Westen und auf dem „Verfassungspatriotismus“ aufgebaut werden solle (Peter 1995: 39). Nur dieser Verfassungspatriotismus, der eine ethnische Definitionen der Deutschen ersetze, könne laut Habermas „die einzige verlässliche Basis der Verbindung mit dem Westen“ erhalten (Rulinskij 2013: 51).

Der konzeptuelle Inhalt dieser Diskussion ist schließlich in den Artikeln „Die Sache auf den Kopf gestellt“ (Ernst Nolte) (Piper 1987: 223-231) und „Vom öffentlichen Gebrauch der Historie“ (Jürgen Habermas) (ebd.: 243-255) resümiert worden, in denen jeder bei seiner ursprünglichen Position blieb. Kurz darauf veröffentlichte Nolte seine Monographie „Der europäische Bürgerkrieg 1917–1945. Nationalsozialismus und Bolschewismus“ (Nolte 1997), in der viele Forscher eine umfassende Antwort auf den „Historikerstreit“ sehen (Zemljanoj 2003: 518). Aber man kann zweifellos behaupten, dass Nolte und seine Unterstützer diese Diskussion politisch verloren – alle Flügelschläge der Zeit: die neue Protestgeneration, die linke Vorrangstellung in den Medien und im kulturellem Bereich und die Zustimmung der einflussreichsten deutschen Politiker zu der Position von Habermas weisen darauf hin, dass die deutsche Gesellschaft begann, die Geschichte des Nationalsozialismus auf eine neue Weise zu sehen.

Kurz nach von Weizsäckers Rede zum Kriegsende und dem „Historikerstreit“ wurde der Aufbau von Gedenkstätten und Kultureinrichtungen intensiviert, die die Erinnerung an den Nationalsozialismus repräsentieren sollten. Der „lange Schatten der Vergangenheit“ kehrte aber bereits in den Jahren 1989-1990 wieder zurück. Die von der Zunahme des Nationalstolzes usw. begleitete Wiedervereinigung Deutschlands löste viele Hoffnungen und noch mehr Ängste aus. Linke Intellektuelle hatten Angst vor der Wiedergeburt des deutschen Militarismus und Revanchismus, der Stärkung der Nationalmythen und einem Abschließen mit der NS-Vergangenheit (König 2012: 122-124). Habermas fügte hinzu, dass es unzulässig sei, alle „progressiven“ Ideen der DDR zu entwerten, die in der kapitalistischen Bundesrepublik aufgelöst wurden (ebd.: 47-48). Viele linke Intellektuelle sahen einen direkten Zusammenhang zwischen dem Holocaust und der Teilung Deutschlands. So erklärte der Schriftsteller Günter Grass beispielsweise im Januar 1990, dass der Holocaust ein



vereinigtes Deutschland unmöglich mache. Der frühere Kanzler Willy Brandt sagte auch, dass die nationale Schuld durch die Teilung des Landes nicht abgebußt werden könne, was seiner Meinung nach aber durch die Wiedervereinigung möglich und sogar wahrscheinlich wäre (Assmann 2019: 246-249).

Aber eine „Annullierung“ der Vergangenheit ist nicht erfolgt, obwohl Helmut Kohl und die Unterstützer der „Normalisierung“ auch weiterhin versuchten, den Nationalsozialismus zu relativieren, indem sie ein inklusives Opferbild erschufen, das den Begriff des Opfers ausdehnte und damit der Frage über die eigentlichen Verbrecher aus dem Weg ging (Assmann 2016: 163). Laut Oleg Plenkov sind die Schuld- und Verhaltensfragen zur eigenen Vergangenheit kurz nach der Wiedervereinigung in das politische System der Bundesrepublik integriert und ins Zentrum des politischen Bewusstseins gestellt worden, was auch bisher keiner Revision unterworfen worden ist (Plenkov 2019: 359). Und trotz der Zunahme der zeitlichen Distanz wurde das Dritte Reich für die Deutschen kein Gegenstand einer „normalen“ historischen Analyse. Das Dritte Reich und die Erinnerung daran wurden ständig politisiert und dadurch immer relevanter. Sie wurden dem ehemaligen Außenminister Joschka Fischer zufolge „die einzige demokratische Basis des modernen Deutschlands“ (ebd.: 485). Die NS-Vergangenheit erschien immer als ein Argument für und gegen die gleichen Dinge, wenn z.B. die Frage der Aufnahme Deutschlands in die Vereinten Nationen oder der Teilnahme des Landes an NATO-Militäroperation in Jugoslawien diskutiert wurde (Peter 1995: 33).

Aus den 1990er Jahren sind einige Meilensteine hervorzuheben, die für die hier dargelegte Frage grundlegend wichtig sind. Im Jahr 1995 erschütterte Deutschland der „Fall Schneider-Schwerte“, der ein charakteristisches Beispiel eines nach dem Krieg in die Grundlagen der Bundesrepublik gelegten „doppelten Spieles“ war (ebd.: 91). Der Literaturwissenschaftler Hans Schneider war Mitglied des NS-Ahnenerbes und SS-Offizier mit einer erfolgreichen akademischen Karriere im Dritten Reich. Nach Kriegsende fälschte er seine Dokumente und lebte unter dem Namen Hans Schwerte über 50 Jahre lang unbehelligt in der Bundesrepublik. Schneider-Schwerte machte in seinem „neuen Leben“ nochmals eine glänzende akademische Karriere und wurde sogar Träger des Bundesverdienstkreuzes. Die Wahrheit über sein „Vorleben“ kam erst Mitte der 1990er Jahre ans Licht.

Zur gleichen Zeit wurde in Deutschland eine den Verbrechen der Wehrmacht gewidmete Fotoausstellung eröffnet. Trotz erwiesenermaßen zahlreicher fälschlicher Zuschreibungen von Fotografien schlug diese Ausstellung wie eine Bombe ein (Plenkov 2019:



407). Nicht weniger heftige Resonanz erfuhr auch das Buch des amerikanischen Politikwissenschaftlers Daniel Goldhagen „Hitlers willige Vollstrecker“ (1996), in dem die Thesen von der Kollektivschuld und der breiten Mitwirkung der Deutschen bei den Verbrechen des NS-Regimes entwickelt wurden (Kauganov 2015: 189). Trotz zahlreicher Proteste und Aussagen von Historikern ist dieses Buch zu einem echten Bestseller geworden. Dabei ist zu bemerken, dass Goldhagen bereits im Jahr 1997 in einer Rede die Bundesrepublik als vorbildlichen Staat bezeichnete (Plenkov 2019: 406). Somit habe dieses Buch laut Aleida Assmann in gewisser Weise einen „Kathartischen Effekt“ bewirkt (Kauganov 2015: 192). Am 27. Januar 1997 projizierte der Künstler Horst Hoheisel auf das Brandenburger Tor ein Bild des Lagertors des Konzentrationslagers Auschwitz. Hoheisel sagte später, damit habe er diese zwei Gestalten für immer zusammengeschlossen (Assmann 2014: 8). Außerdem tauchte in den 1990er Jahren das Thema der NS-Vergangenheit immer öfter in den Medien und im Kino auf, zahlreiche neue Gedenkstätten wurden eröffnet (ebd.: 303). Zusammenfassend darf man sagen, dass diese Wende in der deutschen Erinnerungskultur, die in der Ablösung der Praxis der „Nichtanerkennung“ durch die „Anerkennungspolitik“ der Vergangenheit ausgedrückt ist, ausschließlich aufgrund der Veränderungen im Bewusstsein der westlichen Gesellschaft unter dem Einfluss der Kulturrevolution der 1960er Jahre geschah (Assmann 2017: 239-240). Heute fußt die deutsche Geschichtspolitik auf historischen Traumata, nicht aber auf den positiven Momenten der Nationalgeschichte – die Selbstbehauptungspolitik wurde durch die Buße ersetzt (ebd.: 240, 246-247). In der Merkel-Epoche sind all diese bisherigen Tendenzen verstärkt worden, was sich auch in zahlreichen Gedenkfeiern und Äußerungen von Politikern widerspiegelte.

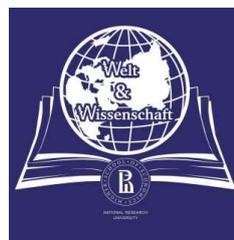
Im Jahre 2015 kam es in der Bundesrepublik zu einer migrationspolitischen Krise, da die Kanzlerin in diesem Notzustand ohne „demokratische“ Verfahren oder parlamentarische Debatten die Entscheidung traf, in Ungarn gestrandete Migranten aufzunehmen. Viele Medien und Aktivisten freuten sich über die Ankunft dieser Migranten. Thüringens Ministerpräsident Bodo Ramelow („Die Linke“) begrüßte die Flüchtlinge am Bahnhof mit Tränen in den Augen und rief sogar in ein Megaphon „*In schā' Allāh*“ (von Arabisch „so Gott will“) (Plenkov 2019: 441). Später sprach Ramelow davon, die deutsche Vergangenheit mithilfe der Flüchtlinge zu überwinden. Merkel wiederholte diese These mehrmals (ebd.: 442), und ihr Selfie mit Migranten hatte keine geringere Wirkung als der Warschauer Kniefall von Willy Brandt. Es wurde zum Symbol der sogenannten „Willkommenskultur“, wie auch die Aussage der Kanzlerin „Wir schaffen das!“. Oleg Plenkow zufolge sollten diese politischen Entscheidungen,



die mit den Migrationswellen nach Deutschland verbunden sind, hauptsächlich im Zusammenhang mit der Vergangenheitsbewältigung betrachtet werden (ebd.: 441-442).

Jürgen Habermas ist davon überzeugt, dass eben diese allseitige Offenheit der Bundesrepublik zum Westen eine der wichtigsten intellektuellen Errungenschaften Nachkriegsdeutschlands sei (ebd.: 503-504). Zum 30. Jahrestag der deutschen Einheit veröffentlichte Habermas einen Artikel, in dem er eine Linie zog, die die Wiedervereinigung des Landes, die Erfolge und Misserfolge der europäischen Integration, die Zunahme des Rechtspopulismus und die Corona-Pandemie verband. Er behauptete, dass die Gegenwart einen Wendepunkt darstelle (Habermas 2020). Außerdem wies er nochmals auf die enorme Relevanz für die heutige EU und Deutschland jener Thesen hin, die er schon im „Historikerstreit“ verteidigt hatte: „Verfassungspatriotismus“, widerspruchslöse Zugehörigkeit der Bundesrepublik zum Westen und die Zulässigkeit einer nur auf diesen Prinzipien aufgebauten nationalen Identität. Habermas behauptete, die deutsche und europäische Einheit seien in Wirklichkeit nur vermeintliche Erscheinungen, und jetzt bekomme man wegen der Pandemie und der Zunahme des Rechtspopulismus eine neue Chance, diese Einheit auch tatsächlich zu verwirklichen. Die Pandemie zeigte laut Habermas die Schwäche der EU, die durch die Halbherzigkeit der Integration verursacht wurde. Sogar bei früheren Wirtschaftskrisen (2008 und 2010) stellte sich das exportorientierte Deutschland heftig gegen die Vergemeinschaftung der europäischen Staatsschulden, wodurch weitere Schritte zur europäischen Integration blockiert wurden. Diesbezüglich bewertete Habermas das gemeinsame deutsch-französische Programm, hilfsbedürftigen europäischen Staaten langfristige Kredite aus dem EU-finanzierten Wiederaufbaufonds zu vergeben (meistens in Form von nicht erstattungsfähigen Subventionen), positiv. Obwohl Merkel auch hier für ihre „Politik der kleinen Schritte“ kritisiert wird, sieht Habermas in solchen gesamteuropäischen Initiativen einen wichtigen Schritt, der aber gleichzeitig auch die wesentlichste Veränderung der politischen Landschaft Deutschlands in den letzten Jahren verursachte: „zum ersten Mal [konnte sich] in der Geschichte der Bundesrepublik rechts von der Union eine erfolgreiche Partei etablieren, die die Europakritik mit einem bisher unbekannt radikalen, nicht länger verstohlenen, sondern nackt auftretenden, ethnozentrisch gefärbten Nationalismus verbindet.“

Hier geht es natürlich um die Partei „Alternative für Deutschland“ (AfD), deren Aufstieg im Jahre 2015 erfolgte, wenn sie, so Habermas, „auch dank ihrer in der alten Bundesrepublik verwurzelten, gegen den Geist von ‘68 mobil gemachten Mentalität [...] in den ostdeutschen



Ländern stärker Fuß fasste und sich dort mit den autochthon entstandenen Motiven einer inzwischen verbreiteten Kritik an der Vereinigungspolitik verband. Die Europakritik diene bei dieser, nun zusätzlich durch Flüchtlingskrise und Fremdenhass beschleunigten Amalgamierung von west- und ostdeutschen Protestwählern als Katalysator“. Hier treffen laut Habermas innerdeutsche und gesamteuropäische Probleme und Integrationsinteressen zusammen – die zunehmende Popularität der AfD sei nicht nur ein ostdeutsches Problem. Natürlich hätten die Wahlerfolge der Rechtspopulisten im Beitrittsgebiet ihre Gründe, unter denen das Fehlen einer öffentlichen Vergangenheitsbewältigung in der DDR hervorgehoben wird, die durch einen von oben aufgezwungenen staatlichen Antifaschismus blockiert worden sei. Die Selbstidentifizierung der Westdeutschen mit ihrer demokratischen Rechtsordnung und dem ganzen liberalen gesellschaftlichen Modell wurde erst Ende der 1990er Jahre gefestigt, trotzdem, so Habermas, „muss angesichts einer ganz neuen Situation der Lernprozess weitergehen [...] Jene Überzeugungen und Motive, von denen auch das NS-Regime gezehrt hat, gehören nicht mehr einer in Jahreszahlen wohl umschriebenen Vergangenheit an, sie sind mit dem radikalen Flügel der AfD – bis in den Wortlaut hinein – in den demokratischen Alltag zurückgekehrt“.

Die Regierungskrise in Thüringen 2020, als die CDU versuchte, die Wiederwahl von Bodo Ramelow um jeden Preis zu verhindern, was schließlich dazu führte, dass Thomas Kemmerich (FDP) zum Thüringer Ministerpräsidenten mithilfe auch der Stimmen der AfD gewählt wurde, zeigte laut Habermas, wie ungeschickt die CDU wirkte, indem sie vom Gleichstellungsprinzip von Linksradikalismus und Rechtsradikalismus ausging. Die zahlreichen in den Sicherheitsdiensten und in der Bundeswehr entdeckten „Rechtsradikalen“ bestätigen, so Habermas, lediglich die Tatsache, dass die unzureichende Vergangenheitsbewältigung ein Problem nicht nur des ostdeutschen Beitrittsgebietes ist. Durch den Kampf gegen Rechtsradikalismus biete sich eine Gelegenheit, die innerdeutsche Vereinigung und die europäische Integration endlich zu vollenden und gleichzeitig die schwer vorhersehbaren Folgen von Pandemie und Rechtspopulismus zu überwinden.

Im Großen und Ganzen würde niemand in der AfD seine negative Haltung gegenüber der jetzt vorherrschenden Erinnerungspolitik leugnen. In Paragraph 7.4 ihres politischen Programms fordert die Partei, „die aktuelle Verengung der deutschen Erinnerungskultur auf die Zeit des Nationalsozialismus“ zu beenden und „zugunsten einer erweiterten Geschichtsbetrachtung aufzubrechen, die auch die positiven, identitätsstiftenden Aspekte



deutscher Geschichte mit umfasst“.¹⁴ Auf eine gewisse ideologische Kontinuität der Thesen von Ernst Nolte und der Rhetorik der AfD weisen zahlreiche Autoren hin.¹⁵ Aleida Assmann bezeichnete in einem Interview im Januar 2021 diese Partei als die einzige ernsthafte politische Kraft in Deutschland, die „die Geschichtspolitik um 180 Grad umdrehen“ wolle.¹⁶ Der Publizist Richard Herzinger wiederum glaubt, dass dieser Blick auf die Geschichte charakteristisch sei für eine Welle der „Renationalisierung der Geschichte“, die aus Osteuropa gekommen sei.¹⁷ Die Position der AfD in der Frage der Erinnerungspolitik lässt sich jedoch nicht so einfach auf einen gemeinsamen Nenner bringen, obwohl sich prominente Vertreter der Partei recht klar zu diesem Thema geäußert haben.

So veröffentlichte beispielsweise die Co-Vorsitzende der AfD-Bundestagsfraktion im Bundestag, Alice Weidel, einen Artikel auf Twitter, in dem sie über die von der Roten Armee geflüchteten Deutschen als von Opfern schrieb.¹⁸ Der andere Co-Vorsitzende, Alexander Gauland, ist für seine Aussagen bekannt, dass „Hitler und die Nazis nur ein Vogelschiss in über 1000 Jahren erfolgreicher deutscher Geschichte“ seien (Meščerjakov 2020: 280-288), und dass die Deutschen das Recht hätten, „stolz auf die Leistungen deutscher Soldaten in zwei Weltkriegen“ zu sein.¹⁹ In einem Interview erklärte Gauland seine negative Einstellung zu Hitler damit, dass dieser „den Deutschen das Rückgrat gebrochen“ habe, weshalb viele Dinge heute politisch inakzeptabel geworden seien, beispielsweise der Nationalstolz.²⁰

Aber den skandalträchtigsten Ruf in dieser Hinsicht hat Björn Höcke – der Thüringer AfD-Vorsitzende und Leiter einer inzwischen aufgelösten Gruppierung innerhalb der Partei, des sogenannten „Flügels“. In seiner Dresdner Rede im Januar 2017, die hauptsächlich dem Verhältnis zur deutschen Vergangenheit gewidmet war, attackierte Höcke die gegenwärtige Geschichtspolitik und die Rede Richard von Weizsäckers aus dem Jahre 1985. Höcke sagte, dass dies eine Rede gegen das eigene Volk gewesen sei. Höcke erklärte die alliierten Luftangriffe auf Dresden und andere deutsche Städte zu Kriegsverbrechen, wodurch man die deutsche „kollektive Identität rauben“ und „unsere Wurzeln roden“ wollte, und dass man dies

¹⁴ Das Parteiprogramm der AfD, 01. Mai 2016. <https://www.afd-bgl.de/parteiprogramm/> (zuletzt eingesehen am 20. Juli 2020), 7.4.

¹⁵ The left Berlin. Ernst Nolte, the Holocaust and the AfD, undatiert. <https://www.theleftberlin.com/post/ernst-nolte-the-holocaust-and-the-afd> (zuletzt eingesehen am 20. Juli 2020).

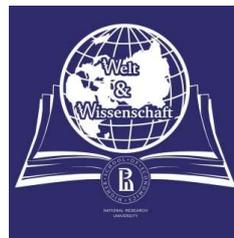
¹⁶ ARD-Audiothek. Keine Holocaust-Zeitzeugen mehr? Was dann? 27. Januar 2021. <https://clck.ru/WHFPC> (zuletzt eingesehen am 20. Juli 2020).

¹⁷ Welt. Er sagte zuerst, was die AfD jetzt denkt, 06. Mai 2016. <https://www.welt.de/kultur/article155985562/Er-sagte-zuerst-was-die-Afd-jetzt-denkt.html> (zuletzt eingesehen am 20. Juli 2020).

¹⁸ Deutsche Welle. <https://clck.ru/WHcb7> (zuletzt eingesehen am 20. Juli 2020).

¹⁹ Deutsche Welle. <https://clck.ru/WHcb7> (zuletzt eingesehen am 20. Juli 2020).

²⁰ Die Zeit. "Hitler hat den Deutschen das Rückgrat gebrochen". Ein Gespräch mit dem AfD-Politiker Alexander Gauland, 14. April 2016. <https://clck.ru/WH4fh> (zuletzt eingesehen am 20. Juli 2020).



nach dem Krieg durch eine „systematische Umerziehung auch fast geschafft hat“. Schon in der Schule, so Höcke, werde bei deutschen Kindern eine extrem negative Einstellung zur eigenen Geschichte kultiviert, und um dies zu überwinden, sei es notwendig, eine „erinnerungspolitische Wende um 180 Grad“ zu machen.²¹ In dieser Rede fielen auch die bekanntesten Worte Höckes, mit denen er der das Berliner Holocaust-Mahnmal als ein „Denkmal der Schande“ bezeichnete.²² Darüber hinaus kritisierte er auch die militärische und vor allem kulturelle Abhängigkeit der „Bonner Republik“ von den USA scharf, indem er unzweideutig die traditionelle deutsche Kultur über die amerikanische stellte. Er sprach auch von einer demografischen Bedrohung der Existenz des deutschen Volkes und forderte die Jugendlichen im Sinne des konservativen Publizisten Oswald Spengler auf, nach den „preußischen Tugenden“ zu streben. Seine eigene Partei bezeichnete Höcke als „letzte evolutionäre, friedliche Chance“ für Deutschland.

Die Leitfigur des „Flügels“ ist davon überzeugt, dass die historische Mission seiner Partei die Befreiung Deutschlands vom „Schimmelpilz des Totalitarismus der politischen Korrektheit“ sei (Kemper 2016: 17). Noch vor der Migrationskrise sagte Höcke, dass die Frage der Identität im 21. Jahrhundert zentral sei, und dass die Familie als die Primärzelle der Gesellschaft durch die moderne Weltwirtschaft und die „Dekadenz des Gender-Mainstreamings“ zerstört werde.²³ Das „revolutionäre Erwachen der Nation“ verknüpft der Politiker direkt mit einer Änderung der Vergangenheitspolitik und mit der Erziehung mithilfe der auf dem „Dienstethos basierenden ewigen preußischen Tugenden“.²⁴ Insgesamt weist Björn Höcke auf die „Asymmetrie“ in der deutschen Erinnerungspolitik hin, in der alles ausschließlich auf die negativen Aspekte der NS-Zeit konzentriert werde.²⁵ In seiner Rede im Thüringer Landtag am 23. Juli 2021 stellte der AfD-Politiker erneut eine Reihe von Fragen zu den Ursachen des „Niedergangs“ Deutschlands, insbesondere über den „Geist von ‘68“, gegen dessen Zerstörungspotenzial bereits Helmut Kohl gekämpft habe. Höcke zufolge führten die philosophischen Grundlagen der Philosophen Theodor Adorno, Max Horkheimer, Michel Foucault, Judith Butler, usw., auf denen größtenteils die heutige Politik in Deutschland stehe,

²¹ Der Tagesspiegel. "Gemütszustand eines total besiegten Volkes". Höcke-Rede im Wortlaut, 19. Januar 2017. <https://www.tagesspiegel.de/politik/hoেকে-rede-im-wortlaut-gemuetszustand-eines-total-besiegten-volkes/19273518.html> (zuletzt eingesehen am 20. Juli 2020).

²² „Wir Deutschen – und ich rede jetzt nicht von euch Patrioten, die sich hier heute versammelt haben – wir Deutschen, also unser Volk, sind das einzige Volk der Welt, das sich ein Denkmal der Schande in das Herz seiner Hauptstadt gepflanzt hat“. ebd.

²³ ebd. S. 58-59.

²⁴ ebd. S. 64, 69, 99.

²⁵ ebd. S. 19.



das Land in die Katastrophe, und die Linksparteien „beseitigen Deutschland“ vor den Augen der widerstandslosen CDU/CSU und FDP.²⁶

Natürlich ist es nicht so, dass alle Parteigenossen Höcke zustimmen, aber für die gesamte geschichtspolitische Richtung der AfD können dennoch ziemlich enge Grenzlinien gezogen werden. Die AfD trachtet nach einer positiven Darstellung deutscher Geschichte, ohne sich auf das Dritte Reich zu konzentrieren. Auch fordert diese Partei die Abkehr vom Verstehen des Holocausts als dem zentralen Element des Geschichtsgedächtnisses des deutschen Volkes. Das ist natürlich eine fundamentale Herausforderung gegenüber der heute üblichen Sicht auf die deutsche Vergangenheit (Meščerjakov 2020: 286). Dies ist genau das, was Habermas und viele andere eigentlich befürchten, umso mehr, als diese Frage durch das zunehmende Fehlen von Holocaust-Zeitzeugen mehr und mehr aktuell wird. Immer öfter werden in den Medien und in öffentlichen Diskussionen Fragen aufgeworfen, die mit diesem Thema verbunden sind. So veröffentlichte beispielsweise der öffentlich-rechtliche Rundfunkverbund ARD im Januar 2021 eine Podcast-Diskussion zum Thema Holocaust-Erinnerungen ohne Zeitzeugen.²⁷ Diesbezüglich ist sogar ein Projekt geplant, wo man die Möglichkeit hätte, mit digitalen Klonen der Holocaust-Überlebenden zu sprechen. Insgesamt aber werde der Holocaust laut Aleida Assmann trotzdem und auf Dauer im Zentrum des deutschen Geschichtsbewusstseins verankert bleiben wegen der entsprechenden Erinnerungspolitik (ebd.).

Zusammenfassend ist es hervorzuheben, dass die Ängste von Habermas zwar übertrieben erscheinen, aber auch nicht ganz grundlos sind. Auch kann man nicht behaupten, dass momentan eine neue Welle des Historikerstreits zu beobachten ist, obwohl die Position der AfD tatsächlich viel mit den Thesen Noltes zu tun hat. Für die Mehrheit der Deutschen ist die heutige Geschichtspolitik mehr als akzeptabel und die immer präsente Aktualität des Dritten Reiches kann man anhand der Beispiele von Merkel und Steinmeier nachvollziehen, die 2021 einige Aussagen zu diesem Thema machten.²⁸ Die Bemerkung des deutschen Publizisten Johannes Gross, „der Widerstand gegen Hitler nimmt jeden Tag zu“ (Plenkov 2019: 75), entspricht heutzutage Tag den Tatsachen voll und ganz. Und deshalb will diese Vergangenheit auch noch nicht vergehen.

²⁶ Misstrauensantrag der AfD gegen Ministerpräsident Ramelow im Thüringer Landtag. 23.07.2021. https://www.youtube.com/watch?v=gGxnIBSRk_U (zuletzt eingesehen am 26. Juli 2021). 63 Min.

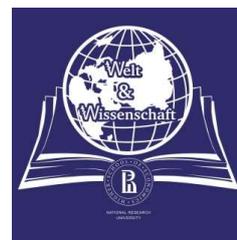
²⁷ ARD-Audiothek. Keine Holocaust-Zeitzeugen mehr? Was dann?

²⁸ TASS. <https://tass.ru/obschestvo/10563639> (zuletzt eingesehen am 20. Juli 2021)., Tagesschau. <https://clck.ru/WHcpa> (zuletzt eingesehen am 20. Juli 2021).

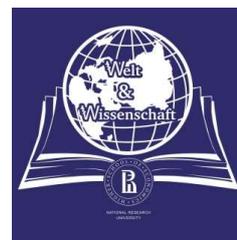


Bibliografie

1. ARD-Audiothek. *Keine Holocaust-Zeitzeugen mehr? Was dann?* 27. Januar 2021. <https://clck.ru/WHFPC> (zuletzt eingesehen am 20. Juli 2021).
2. Assmann, Aleida: *Zabvenie istorii – oderžimost' istoriej*. Moskva 2019.
3. Assmann Aleida: *Dlinnaja ten' prošlogo: Memorial'naja kul'tura i istoričeskaja politika*. Moskva 2014.
4. Assmann, Aleida: *Novoe nedovol'stvo memorial'noj kul'turoj*. Moskva 2016.
5. Assmann, Aleida. *Raspalas' svjaz' vremen? Vzlet i padenie temporal'nogo režima Moderna*. Moskva 2017.
6. Augstein, Rudolf u. a.: *Historikerstreit: die Dokumentation der Kontroverse um die Einzigartigkeit der nationalsozialistischen Judenvernichtung*. München 1987.
7. Dann, Otto: *Nacii i nacionalizm v Germanii 1770-1990*. Sankt Petersburg 2003.
8. *Das Parteiprogramm der AfD*, 01. Mai 2016. <https://www.afd-bgl.de/parteiprogramm/> (zuletzt eingesehen am 20. Juli 2021).
9. *Die Tagesschau*. <https://clck.ru/WHcpa> (zuletzt eingesehen am 20. Juli 2021).
10. *Der Tagesspiegel*. "Gemütszustand eines total besiegten Volkes". Höcke-Rede im Wortlaut, 19. Januar 2017. <https://www.tagesspiegel.de/politik/hoecke-rede-im-wortlaut-gemuetszustand-eines-total-besiegten-volkes/19273518.html> (zuletzt eingesehen am 20. Juli 2021).
11. *Deutsche Welle*. <https://clck.ru/WHV6j>; <https://clck.ru/PqDZv>; <https://clck.ru/WHcb7> (zuletzt eingesehen am 20. Juli 2021).
12. Franc, Monika: „Tribunal detej – literaturnye vzgljady pokolenija 68-go goda v FRG.“ In: Bonveč, Brendt und Aleksandr Vatlin (Hg.): *Poslevoennaja istorija Germanii. Rossijsko-nemeckij opyt i perspektivy*. Moskva 2007, S. 271-278.
13. Habermas, Jürgen: *30 Jahre danach: Die zweite Chance, 30. September 2020*. <https://www.blaetter.de/ausgabe/2020/september/30-jahre-danach-die-zweite-chance> (zuletzt eingesehen am 20. Juli 2021).
14. Kauganov, Evgenij: „Spor Gol'dhagena': reaktualizacija problemy viny v kontekste nacional'noj identičnosti FRG v 1990-e gody.“ In: *Vestnik Permskogo universiteta. Serija Istorija* 4 (31) (2015), S. 188-195.
15. Kemper, Andreas: *„Die neurotische Phase überwinden, in der wir uns seit siebzig Jahren befinden“*. *Zur Differenz von Konservativismus und Faschismus am Beispiel der „historischen Mission“ Björn Höckes*. Jena 2016.



16. Kindtner, Martin: *Nachwort zum Artikel von E. Nolte, 24. Juli 2018.*
<https://clck.ru/WHFVz> (zuletzt eingesehen am 20. Juli 2021).
17. König, Helmut: *Budušće prošlogo: nacional-socializm v političeskom soznanii FRG.* Moskva 2012.
18. Meščerjakov, Dmitrij: „Istorija Germanii skvoz' prizmu vzgljadov partii ‚Al'ternativa dlja Germanii““. In: *Političeskaja nauka* 2 (2020), S. 280-288.
19. *Misstrauensantrag der AfD gegen Ministerpräsident Ramelow im Thüringer Landtag.* 23.07.2021. https://www.youtube.com/watch?v=gGxnIBSRk_U (zuletzt eingesehen am 26. Juli 2021). 63 Min.
20. Nolte, Ernst: *Der europäische Bürgerkrieg 1917–1945. Nationalsozialismus und Bolschewismus.* München 1997.
21. Peter, Jürgen: *Der Historikerstreit und die Suche nach einer nationalen Identität der achtziger Jahre.* Frankfurt / M. 1995.
22. Plenkow, Oleg: *Čto ostalos' ot Gitlera? Istoričeskaja vina i političeskoe pokajanie Germanii.* Sankt-Peterburg 2019.
23. Rulinskij, Vasilij: „Spor istorikov' v Germanii: problema otvetstvennosti za nacistские prestuplenija.“ In: *Vestnik slavjanskich kul'tur* 27 (2013), S. 46-56.
24. TASS. <https://tass.ru/obschestvo/10563639> (zuletzt eingesehen am 20. Juli 2021).
25. *The left Berlin. Ernst Nolte, the Holocaust and the AfD,* undatiert.
<https://www.theleftberlin.com/post/ernst-nolte-the-holocaust-and-the-afd> (zuletzt eingesehen am 20. Juli 2021).
26. *Die Zeit.* "Hitler hat den Deutschen das Rückgrat gebrochen". Ein Gespräch mit dem AfD-Politiker Alexander Gauland, 14. April 2016. <https://clck.ru/WH4fh> (zuletzt eingesehen am 20. Juli 2021).
27. *Welt.* Er sagte zuerst, was die AfD jetzt denkt, 06. Mai 2016.
<https://www.welt.de/kultur/article155985562/Er-sagte-zuerst-was-die-AfD-jetzt-denkt.html> (zuletzt eingesehen am 20. Juli 2021).
28. Zemljanoj, Sergej: „Spor istorikov' v FRG i ‚Evropejskaja graždanskaâ vojna' E. Nol'te.“ In: Nol'te, Ernst: *Evropejskaja graždanskaja vojna (1917-1945). Nacional-socializm i bol'shevizm.* Moskva 2003, S. 516-527.



3. Die Transformation der deutschen „Ostpolitik“ in einer europäischen Perspektive - *Maxim Schustrow*

Maxim Schustrow, Lomonossow-Universität, Fakultät für Weltpolitik. Sie erreichen den Autor unter der E-Mail-Adresse: shustrov20002401@mail.ru.

Einleitung

Die Relevanz meines Forschungsthemas besteht darin, dass die Rolle der deutschen „Ostpolitik“ im Kontext der Entwicklung der Aktivitäten der EU gegenüber ihren östlichen Nachbarn stetig zunimmt. „Ostpolitik“ war stets Teil der vorrangigen Interessen der BRD. Für die BRD war „Ostpolitik“ nicht nur eine der außenpolitischen Richtungen, sondern auch ein wichtiger Bestandteil ihrer Geschichte. Die Grundlagen der heutigen deutschen „Ostpolitik“ reichen bis in die Nachkriegszeit zurück, als Deutschland noch geteilt war.

Deutschland spielt heute eine große Rolle in der Europäischen Union und kann daher die EU-Politik beeinflussen. Darüber hinaus ist hervorzuheben, dass Deutschland ein großes Interesse an der Entwicklung der Außenpolitik im Osten Europas hat, hin zur Erweiterung des Einflussbereichs der Europäischen Union. Ein wichtiges Projekt für Deutschland ist derzeit die Östliche Partnerschaft der EU. Dieses Projekt ist ein Teil der Europäischen Nachbarschaftspolitik. Das Hauptziel der Östlichen Partnerschaft ist die Entwicklung der Beziehungen zwischen der Europäischen Union und sechs Ländern der ehemaligen UdSSR: Aserbaidschan, Armenien, Georgien, Moldau, Ukraine, Belarus (bis 2021).²⁹ Obwohl Polen und Schweden die eigentlichen Initiatoren dieses Projekts waren, bleibt Deutschland führend in der östlichen Richtung und ändert die Ostpolitik der EU, basierend auf den Erfahrungen der früheren eigenen „Ostpolitik“ der BRD.

Ziel meiner Arbeit ist es, die Transformation der „Ostpolitik“ der BRD von der Entwicklung des Konzepts bis zur Entstehung des gesamteuropäischen Projekts im Osten („Östliche Partnerschaft“) zu analysieren. Die Arbeit identifiziert dabei drei Phasen in der Gestaltung der Ostpolitik.

²⁹ Am 28. Juni 2021 verkündete Belarus, dass es seine Teilnahme an der Östlichen Partnerschaft der EU als Folge deren Sanktionspolitik aussetzte.



Geteiltes Deutschland

Die erste Phase (1949-1966) bei der Gestaltung der deutschen Ostpolitik ist mit den Aktivitäten zweier Kanzler - Konrad Adenauer (1949-1963) und Ludwig Erhard (1963-1966) - verbunden. Diese Ausrichtung der deutschen Außenpolitik könnte man in dieser Phase durch die Nichtanerkennung der DDR als souveränen und vollwertigen Staat gekennzeichnet sehen, den die westdeutschen Kanzler nur als sowjetische Besatzungszone wahrnahmen. Die Haltung der BRD gegenüber der DDR und den Ländern Osteuropas wurde durch die sogenannte „Hallstein-Doktrin“ bestimmt, die in erster Linie darauf abzielte, die DDR zu isolieren, indem sie diplomatische Beziehungen zu Ländern verweigerte, die solche mit der DDR hatten.³⁰ Trotzdem sah die politische Elite der Bundesrepublik Deutschland die Wiedervereinigung Deutschlands als vorrangiges Ziel an. Die Verwirklichung der Einheit wurde auch in der Präambel des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland 1949 festgehalten.³¹

Somit kann man die Hauptmerkmale der ersten Phase der Bildung der Ostpolitik hervorheben: Nichtanerkennung der DDR und der Länder Osteuropas als eigenständige Staaten; Isolierung der DDR in der internationalen Arena durch die „Hallstein-Doktrin“; Machtpolitik gegenüber der UdSSR mit dem Ziel der Wiedervereinigung Deutschlands.

Außenpolitischer Kurswechsel

Die zweite Phase (1966-1990) der Entwicklung der „Ostpolitik“ der BRD ist mit der Politik von Kurt Georg Kiesinger und Willy Brandt verbunden. Diese Politiker führten die „Große Koalition“ von CDU/CSU und SPD an, die von 1966 bis 1969 in der BRD an der Macht war.

Die Große Koalition hat die außenpolitischen Prioritäten der BRD gravierend verändert. Der Wandel der außenpolitischen Doktrin geht auf die erste Rede von Bundeskanzler Kiesinger zurück. In seiner Regierungserklärung vom 13. Dezember 1966 sagte er, dass die Bewahrung des Friedens Vorrang vor der Wiedervereinigung habe. Folglich wurde das Leitprinzip der BRD „Entspannung durch Wiedervereinigung“ in

³⁰ 1955: Die Hallstein-Doktrin. <https://www.bundesarchiv.de/DE/Content/Virtuelle-Ausstellungen/1955-Die-Hallstein-Doktrin/1955-die-hallstein-doktrin.html> (zuletzt angesehen am 25. August 2021).

³¹ Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland, 23.05.1949. <http://www.gesetze-im-internet.de/gg/GG.pdf> (zuletzt angesehen am 31. Januar 2020).



„Wiedervereinigung durch Entspannung“ geändert. Von diesem Moment an beginnt die „Wende“ der BRD nach Osten. So äußerte Kiesinger in der Regierungserklärung auch den Wunsch der „Großen Koalition“, der Ostpolitik der BRD neue Impulse zu geben. Die Kiesinger-Regierung hat in ihrer außenpolitischen Strategie mit der ursprünglich von Jakob Kaiser entwickelten sogenannten „Brückenkonzption“ die These aufgestellt, wonach Westdeutschland ein Verbindungselement zwischen den Ländern Ost- und Westeuropas werden soll.³²

Dank der Änderung der außenpolitischen Prioritäten hat die BRD während der Kiesinger Kanzlerzeit die „Hallstein-Doktrin“ fast aufgegeben. Im Januar 1967 erkannte die BRD Rumänien diplomatisch an, und im Januar 1968 wurden die diplomatischen Beziehungen zu Jugoslawien wiederhergestellt.

Nach der Änderung der „Hallstein-Doktrin“ entstand in der BRD die sogenannte „Geburtsfehlertheorie“. Diese Theorie wurde von Außenminister Willy Brandt entwickelt. Nach diesem Konzept waren die Staaten Osteuropas auf Druck der UdSSR gezwungen, diplomatische Beziehungen zur DDR aufrechtzuerhalten (Kronenberg 2009). Allerdings hat die BRD-Regierung in ihrer Theorie darauf hingewiesen, dass der Wunsch der BRD, diplomatische Beziehungen zu den Ländern Osteuropas aufzunehmen, so groß ist, dass die BRD bereit ist, deren Kooperation mit der UdSSR und der DDR zu tolerieren.

Trotz einer gewissen „Erwärmung“ der Beziehungen zwischen der BRD und dem Osten blieb das Hauptproblem, der Dialog mit der UdSSR und der DDR, ungelöst. Deutschland verfolgte weiterhin eine Politik der Nichtanerkennung der DDR. Ende der 1960er Jahre wurden jedoch die Veränderungen in den Beziehungen zwischen der BRD und den Ländern des Ostblocks immer deutlicher.

Mit Bundeskanzler Willy Brandt (1969-1974) begann sich die „Ostpolitik“ der BRD noch dynamischer zu entwickeln. Bereits in einer Rede vom 17. Januar 1958 hatte er einen neuen außenpolitischen Kurs eingeschlagen und betont, das Ziel seiner Außenpolitik sei die „Zusammenarbeit mit dem Westen“ und die „gegenseitige Verständigung mit dem Osten“. Er sagte: „die deutsche Außenpolitik steht seit 1949 auf einem Bein [...] Aber da lauert nun die

³² 13. Dezember 1966 Regierungserklärung von Bundeskanzler Kurt Georg Kiesinger.
https://www.kas.de/c/document_library/get_file?uuid=9d53505a-4e53-d998-0fe9-2d8f836b0571&groupId=252038
(zuletzt angesehen am 27. August 2021).



andere Aufgabe, nicht im Gegensatz dazu [...] doch auch das andere Bein - und das heißt Ostpolitik – herunterzusetzen“.³³

Das neue Konzept der Außenpolitik wurde vom Berater des Bundeskanzlers der Bundesrepublik Deutschland, Egon Bahr, entwickelt. Dieser prägte 1963 das Schlagwort vom „Wandel durch Annäherung“, dessen Kern darin bestand, die Beziehungen zwischen Ost und West zu überarbeiten.

In Bezug auf die „Ostpolitik“ verfolgte die neue Bundesregierung drei Hauptziele:

1. Verbesserung der Beziehungen zur UdSSR;
2. Normalisierung der Beziehungen zu den Ländern Osteuropas;
3. Bewahrung des modus vivendi zwischen der BRD und der DDR.

Laut Willy Brandt sei die „neue Ostpolitik“ dazu aufgerufen, die „deutsche Frage“ wieder auf die Tagesordnung zu setzen, deren Lösung eine Konsequenz des Entspannungsprozesses sei. Im Mai 1969 wandte er sich an die Regierung der DDR und verkündete die Bereitschaft der BRD, auf der Grundlage der Gleichberechtigung zu verhandeln. Er verstand jedoch, dass die Teilung Deutschlands noch nicht überwunden werden konnte und daher die Hauptaufgabe darin bestand, die Grenzen zwischen der BRD und der DDR durchlässiger zu machen.

Brandt betonte immer, dass die „Ostpolitik“ der BRD nicht nur auf die Beziehungen zur UdSSR reduziert werden dürfe. Er verstand die Komplexität der laufenden außenpolitischen Veränderungen im Osten und konzentrierte sich daher auf die Interaktion mit den Ländern, die ihre Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit der BRD am deutlichsten zum Ausdruck brachten. Brandt wies darauf hin, wie wichtig es sei, sich auf eine „gemeinsame europäische Perspektive“ zu konzentrieren. In seinem Konzept einer „europäischen Friedensordnung“ sprach er von der Notwendigkeit, ein neues, vereintes Europa zu schaffen, das zu einem Schlüsselement einer neuen Weltordnung werden sollte. Von einer gemeinsamen europäischen Perspektive sprechend, verstand er darunter die enge Zusammenarbeit der damaligen Europäischen Gemeinschaften (EG) mit der UdSSR und den Ländern Osteuropas³⁴.

³³ Rede des Bürgermeisters Willy Brandt vor der Steuben-Schurz-Gesellschaft in Berlin, 17. Januar 1958 https://www.willy-brandt-biografie.de/wp-content/uploads/2019/09/WB_Rede_Steuben_Schurz_1958.pdf (zuletzt angesehen am 30. Dezember 2021).

³⁴ Vortrag des Bundeskanzlers Willy Brandt zum Thema „Friedenspolitik in unserer Zeit“ in der Universität Oslo am 11. Dezember 1971 anlässlich der Verleihung des Friedensnobelpreises. https://www.willy-brandt-biografie.de/wp-content/uploads/2019/09/WB_Rede_Nobelpreis_1971.pdf (zuletzt angesehen am 30. Dezember 2021).



Ein wichtiges Ergebnis des neuen außenpolitischen Kurses war der Abschluss des „Vertrags über die Grundlagen der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik“, der am 21. Dezember 1972 unterzeichnet wurde. Er dokumentierte die gegenseitige Anerkennung der BRD und der DDR, die Ablehnung von Gewalt, die Unverletzlichkeit der deutsch-deutschen Grenze.³⁵ Damit einher ging eine völlige Absage an die „Hallstein-Doktrin“, die das Grundkonzept der Nachkriegsordnung dargestellt hatte.

Zusammengefasst kann man sagen, dass Willy Brandts Regierung die deutsche Außenpolitik modernisierte und sich dem Osten zuwandte. Die Beziehungen der BRD zu den Ländern Osteuropas und der UdSSR wurden dadurch normalisiert.

Unter der Kanzlerschaft von Helmut Schmidt (1974-1982) entwickelte sich die Politik im Osten nicht so rasant wie unter Bundeskanzler Willy Brandt. Schmidt war ein „Atlantiker“ und „Pragmatiker“, deshalb schlug er einen Kurs ein, die deutsch-amerikanischen Beziehungen zu intensivieren und die wirtschaftliche Komponente der Außenpolitik zu stärken. Er wandelte Willy Brandts „Ostpolitik“ in eine realistische Entspannungspolitik um. In dieser Zeit gab es deutliche Veränderungen in den deutsch-deutschen Beziehungen und in der „Ostpolitik“. Die grundlegende Änderung bestand darin, dass nun die Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten getrennt von den Beziehungen zwischen Ost und West betrachtet wurden.

Die Beziehungen zwischen der UdSSR und der BRD jedoch entwickelten sich weiter. In den Jahren der Perestroika wurde ein neuer Durchbruch in den Beziehungen erzielt. Die engen Kontakte zwischen Helmut Kohl (1982-1998) und Michail Gorbatschow trugen wesentlich zur Vereinigung Deutschlands bei. Die strategischen Kalkulationen der BRD zur Vereinigung, genauer gesagt zum Beitritt der DDR, waren berechtigt. Am 9. November 1989 fiel die Berliner Mauer, was jedoch noch keine vollständige Lösung des deutsch-deutschen Problems bedeutete. Die deutsche Frage wurde schließlich durch den sogenannten „Zwei-plus-Vier-Vertrag“ gelöst, der am 12. September 1990 in Moskau unterzeichnet wurde.³⁶ Dem Abkommen zufolge wurde Deutschland ein souveräner und unabhängiger Staat.

³⁵ Vertrag über die Grundlagen der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik [„Grundlagenvertrag“], 21. Dezember 1972 https://www.1000dokumente.de/index.html?c=dokument_de&dokument=0023_gru&object=pdf&st=&l=de (zuletzt angesehen am 23. April 2021).

³⁶ Vertrag über die abschließende Regelung in Bezug auf Deutschland vom 12. September 1990. Zwei-plus-Vier-Vertrag. <https://www.auswaertiges-amt.de/blob/243466/2851e102b97772a5772e9fdb8a978663/vertragstextoriginal-data.pdf> (zuletzt angesehen am 27. August 2021).



Deutschland erreichte das Hauptziel – Wiedervereinigung – und die Zeit des Kalten Krieges endete auf der internationalen Bühne. Deutschland richtete die „Ostpolitik“ darauf aus, die Spaltung sowohl in Deutschland als auch in Europa zu überwinden. Damit bewies die Außenpolitik der BRD, dass deutsche und europäische Interessen ineinandergreifen.

Zusammenfassend kann man die folgenden Hauptmerkmale der zweiten Phase der Transformation der „Ostpolitik“ hervorheben: die Bildung des Begriffs der „Ostpolitik“ und die Wende der BRD nach Osten; das Bewusstsein von der Rolle Deutschlands als Verbindungselement zwischen West und Ost; die Orientierung an einer gemeinsamen europäischen Perspektive.

Europäische Ostpolitik

1990 wurde Deutschland also wieder vereint. Es ist jedoch ein Fehler anzunehmen, dass zu diesem Zeitpunkt ein Niedergang der „Ostpolitik“ stattgefunden hätte. Wie schon vor der Vereinigung verfolgte Deutschland auch weiterhin eine aktive Außenpolitik im Osten. Deutschland ist in all den Jahren seines Bestehens nicht nur ein geographischer Zwischenstaat zwischen Ost und West, sondern auch eine Art „Brücke“ in Wirtschaft und Politik geworden.

Seit den 1990er Jahren hat die deutsche Ostpolitik begonnen, die Prozesse in der EU aktiv zu beeinflussen. Die Entwicklung europäischer Integrationsprozesse ist derzeit eng mit der „Ostpolitik“ Deutschlands verknüpft.

Der Zusammenbruch des Sozialismus in den Ländern Mittel- und Osteuropas und dann in der UdSSR veränderte den Lauf der Geschichte. Die Ereignisse der 1980er - 1990er Jahre haben eine günstige Grundlage für die Entwicklung der europäischen Integration und ihre Ausbreitung auf die ehemaligen Länder des sozialistischen Blocks geschaffen. So wurde am 7. Februar 1992 der Vertrag über die Europäische Union (Vertrag von Maastricht) unterzeichnet, wonach die Gemeinschaft auch einen neuen Namen erhielt – die Europäische Union. Eine der Hauptprioritäten der Außenpolitik der Union seit Anfang der 90er Jahre ist die östliche Richtung, da der Zusammenbruch der UdSSR dazu führte, dass die EU nun an einen „neuen Osten“ grenzte. Das Ergebnis dieser Politik war der Abschluss von Assoziierungsabkommen mit zehn Staaten im europäischen Osten zwischen 1992 und 1996.³⁷ Tatsächlich war dies der erste Schritt zur Einbeziehung dieser Staaten in den Prozess der europäischen Integration.

³⁷ Bulgarien, Ungarn, Lettland, Litauen, Polen, Rumänien, Slowakei, Slowenien, Tschechien, Estland.



Für Deutschland und sein Konzept der „Ostpolitik“ begann eine neue Zeit, in der Deutschland als eine der Lokomotiven der EU eine Schlüsselposition bei der Gestaltung der EU-Ostpolitik einnahm. Von diesem Punkt an kann man über den Einfluss der deutschen „Ostpolitik“ auf die Politik der EU sprechen. Damit begann eine neue, *dritte Phase* in der Entwicklung der deutschen „Ostpolitik“ (1991 - bis heute), die auf eine gemeinsame europäische Perspektive ausgerichtet ist.

2004 fand die „große Erweiterung“ der EU statt. Dies war das insgesamt ehrgeizigste Projekt, neue Mitglieder in die EU aufzunehmen. Die deutsche „Ostpolitik“ hatte erneut Erfolg. Laut der russischen Politologin L.M. Vorobieva hat es Deutschland mit Hilfe der EU-Osterweiterung geschafft, seine Interessen auf die europäische Ebene zu übertragen (Vorob'ëva 2000).

Mit der EU-Osterweiterung waren jedoch die Möglichkeiten zur Aufnahme neuer Mitglieder in die EU vorerst ausgeschöpft. Dann begannen die EU-Staaten, die Europäische Nachbarschaftspolitik (ENP) zu bilden, um freundschaftliche Beziehungen zu ihren neuen Nachbarn außerhalb der Union aufzubauen.

Die Europäische Nachbarschaftspolitik war zwar erfolgreich, hatte aber auch Nachteile. Das Hauptproblem der ENP war die Zahl der Teilnehmer und die Abdeckung der Regionen. Im Laufe der Entwicklung der Europäischen Nachbarschaftspolitik erweiterte sich der geografische Geltungsbereich dieses Projekts. 2002 wurde beschlossen, nicht nur die östlichen, sondern auch die südlichen Nachbarn in die ENP aufzunehmen; 2004 beschloss die Europäische Kommission, Transkaukasien ebenfalls in das Projekt einzubeziehen. 2004 wurde der geografische Geltungsbereich der ENP endgültig festgelegt. Infolgedessen umfasste sie 16 Länder, darunter sowohl südliche als auch östliche Nachbarn Europas.³⁸ Eine solche Vielfalt von Mitgliedsländern erschwerte die Verwirklichung der ENP, da es unmöglich war, in Bezug auf alle 16 Länder eine einheitliche Politik zu verfolgen.

Deutschland legte unter Angela Merkels Kanzlerschaft eine wichtige Initiative zur weiteren Umsetzung der „Ostpolitik“ im Rahmen der Europäischen Union vor. 2006 formulierte Deutschland ein Reformprojekt der Europäischen Nachbarschaftspolitik („ENP Plus“). Besonderen Wert legte das Land in diesem Vorschlag auf die Intensivierung der

³⁸ Algerien, Ägypten, Israel, Jordanien, Libanon, Libyen, Marokko, Palästina, Syrien, Tunesien, Armenien, Aserbaidshan, Belarus, Georgien, Moldau, Ukraine.



Beziehungen zum Osten.³⁹ „ENP Plus“ stellt einen neuen Versuch Deutschlands dar, den östlichen Vektor von der allgemeinen ENP geographisch zu unterscheiden. Gegen den Wunsch deutscher Politiker wurde dieses Konzept allerdings nicht umgesetzt, da es in mehreren EU-Ländern auf Ablehnung stieß.

Die EU hat jedoch mittlerweile mit der Arbeit an einem separaten Projekt im Osten begonnen. Als Ergebnis wurde 2008 das Projekt „Östliche Partnerschaft“ ins Leben gerufen. Die Östliche Partnerschaft der EU ist eine gemeinsame Initiative zur Intensivierung und Vertiefung der Beziehungen zu sechs östlichen Nachbarn der EU: Armenien, Aserbaidschan, Georgien, Moldau, Ukraine und Belarus (bis 2021).

Deutschland beteiligt sich aktiv an der Gestaltung dieses Projekts. Die Verbindung der traditionellen deutschen Ostpolitik mit der Östlichen Partnerschaft hob der deutsche Außenminister Heiko Maas hervor. In seiner Rede „Mut zu Europa“ sagte er, dass Europa eine „neue europäische Ostpolitik“ brauche.⁴⁰ 2019 verkündete die Bundesregierung, dass „Ostpolitik“ nicht nur eine nationale Strategie sei, sondern eine europäische sein müsse.⁴¹ Die europäische Ostpolitik soll die gemeinsame Politik der EU gegenüber den Nachbarn stärken. Darüber hinaus umfasst sie die Östliche Partnerschaft der EU.

Abschlussbemerkungen

Die deutsche „Ostpolitik“ hat einen langen Weg zurückgelegt: von einer Politik zur Verbesserung der Beziehungen Westdeutschlands zur DDR und zur UdSSR hin zu einem auf die Länder Osteuropas ausgerichteten Konzept. Derzeit hat Deutschland seine nationalen Interessen auf die europäische Ebene verlagert. Damit spielt das Land eine wichtige Rolle im Projekt der Östlichen Partnerschaft, indem es seine historischen Erfahrungen und die Grundlagen der ostpolitischen Konzepte nutzt.

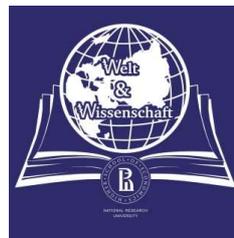
³⁹ Berlin entwickelt neue Nachbarschaftspolitik für die EU. 2009. 28. August.

<https://www.faz.net/aktuell/politik/europaeische-union/europaeische-union-berlin-entwickelt-neue-nachbarschaftspolitik-fuer-die-eu-1354215.htm> (zuletzt angesehen am 13. Juni 2020).

⁴⁰ Rede von Außenminister Heiko Maas: „Mut zu Europa – #EuropeUnited“ <https://www.auswaertiges-amt.de/de/newsroom/maas-europeunited/2106420> (zuletzt angesehen am 13. Juli 2020).

⁴¹ Antwort

der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Renata Alt, Alexander Graf Lambsdorff, Grigorios Aggelidis, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP – Drucksache 19/6804. Deutscher Bundestag 19. Wahlperiode. <https://dserver.bundestag.de/btd/19/072/1907229.pdf> (zuletzt angesehen am 06. Juli 2020).

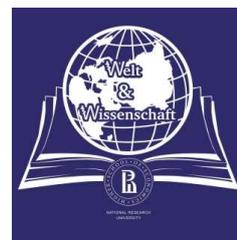


Bibliografie

1. 13. Dezember 1966 Regierungserklärung von Bundeskanzler Kurt Georg Kiesinger. https://www.kas.de/c/document_library/get_file?uuid=9d53505a-4e53-d998-0fe9-2d8f836b0571&groupId=252038 (zuletzt angesehen am 27. August 2021).
2. 1955: *Die Hallstein-Doktrin*. <https://www.bundesarchiv.de/DE/Content/Virtuelle-Ausstellungen/1955-Die-Hallstein-Doktrin/1955-die-hallstein-doktrin.html> (zuletzt angesehen am 25. August 2021).
3. *Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Renata Alt, Alexander Graf Lambsdorff, Grigorios Aggelidis, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP – Drucksache 19/6804*. Deutscher Bundestag 19. Wahlperiode. <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/19/072/1907229.pdf> (zuletzt angesehen am 06. Juli 2021).
4. Avdeenko, Elena: "Konceptija evropejskogo mirnogo porjadka V. Brandta". In: *Vestnik Čeljabinskogo gosudarstvennogo universiteta* 36 (2013), S. 73-79.
5. *Berlin entwickelt neue Nachbarschaftspolitik für die EU*. 2009. 28. August. <https://www.faz.net/aktuell/politik/europaeische-union/europaeische-union-berlin-entwickelt-neue-nachbarschaftspolitik-fuer-die-eu-1354215.html> (zuletzt angesehen am 13. Juni 2021).
6. Böttger, Katrin: "Deutschland, die Östliche Partnerschaft und Russland". In: *Handbuch zur deutschen Europapolitik*. Bonn, 2017. S. 407-420.
7. Čech, Lubomir: "Foreign policy of the 'Small coalition' in the Federal Republic of Germany during 1974-1976 period: Moving from idealism towards political and economic pragmatism". In: *Nowyj istoričeskij vestnik* 2 (2016), S. 146-161.
8. *Das Ende der Doktrin?* <https://www.zeit.de/1969/23/das-ende-der-doktrin/seite-2> (zuletzt angesehen am 27. August 2021).
9. *Die Grenzen des Realismus. Außenpolitischer Realist*. <https://www.zeit.de/2018/46/helmut-schmidt-bundesrepublik-aussenpolitik-moralisierung-staerke-schwaecher/seite-3> (zuletzt angesehen am 23. April 2021).
10. *European Parliament Report on 'Wider Europe – Neighbourhood: A New Framework for Relations with our Eastern and Southern Neighbours': A5-0378/2003*. 2003. November 5. <https://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?language=EN&objRefId=31192> (zuletzt angesehen am 06. Juni 2021).
11. Fedorcev, Vasilij: "Vostočnoe napravlenie evropejskoj politiki sosledstva: osobennosti



- stanovljenija i razvitija". In: *Meždunarodnaja politika. Problemy nacional'noj strategii* 2 (2012), S. 27-48.
12. *Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland, 23.05.1949*. <http://www.gesetze-im-internet.de/gg/GG.pdf> (zuletzt angesehen am 31. Januar 2021).
13. Kronenberg, Volker: *Grundzüge deutscher Außenpolitik 1949-1990*, 07.Dezember 2009. <https://www.bpb.de/izpb/7892/grundzuege-deutscher-aussenpolitik-1949-1990> (zuletzt angesehen am 22. April 2021).
14. *Partnership and Cooperation Agreement between the European Communities and their Member States, and Ukraine - Protocol on mutual assistance between authorities in customs matters - Final Act - Joint Declarations* 19.2.1998. <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/?uri=CELEX%3A21998A0219%2802%29> (zuletzt angesehen am 06. Juni 2020).
15. *Rede des Regierenden Bürgermeisters Willy Brandt vor der Steuben-Schurz-Gesellschaft in Berlin, 17. Januar 1958*. https://www.willy-brandt-biografie.de/wp-content/uploads/2016/01/Rede_Steuben_Schurz_1958.pdf (zuletzt angesehen am 27. August 2021).
16. Rede von Außenminister Heiko Maas: „Mut zu Europa – #EuropeUnited“ <https://www.auswaertiges-amt.de/de/newsroom/maas-europeunited/2106420> (zuletzt angesehen am 13. Juli 2020).
17. Sorokin, Aleksej: "Konrad Adenauer i germanskij vopros". In: *Vestnik Permskogo Universiteta*. Istorija 38 (2017), S. 127-137.
18. *Vertrag über die abschließende Regelung in Bezug auf Deutschland vom. 12. September 1990. Zwei-plus-Vier-Vertrag*. <https://www.auswaertiges-amt.de/blob/243466/2851e102b97772a5772e9fdb8a978663/vertragstextoriginal-data.pdf> (zuletzt angesehen am 27. August 2021).
19. *Vertrag über die Grundlagen der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik [„Grundlagenvertrag“], 21. Dezember 1972*. https://www.1000dokumente.de/index.html?c=dokument_de&dokument=0023_gru&object=pdf&st=&l=de (zuletzt angesehen am 23. April 2021).
20. Vor einer neuen Phase der Ostpolitik. Rede des Bundesministers des Auswärtigen, Brandt, in Hamburg am 7. Mai 1969. In: *40 Jahre Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland: Eine Dokumentation*. Bonn, 1989. S. 206-208.



21. Vorob'ëva, Ludmila: *Vnešnjaja politika FRG na poroge XXI veka*. Moskva 2000.
22. *Vortrag des Bundeskanzlers Willy Brandt zum Thema „Friedenspolitik in unserer Zeit“ in der Universität Oslo am 11. Dezember 1971 anlässlich der Verleihung des Friedensnobelpreises.* https://www.willy-brandt-biografie.de/wp-content/uploads/2019/09/WB_Rede_Nobelpreis_1971.pdf (zuletzt angesehen am 30. Dezember 2021).
23. *Willy Brandts Regierungserklärung, 28. Oktober 1969.* https://www.1000dokumente.de/index.html?c=dokument_de&dokument=0021_bra&object=facsimile&pimage=1&v=100&nav=&l=de (zuletzt angesehen am 31. Januar 2021).



II. Fühlen, Denken, Ausdrücken



4. Johannes Ittens Farbstudien als spirituelle Praxis

- Renata Adnabaewa

Renata Adnabaewa, HSE, Fakultät für Geisteswissenschaften. Sie erreichen die Autorin unter der E-Mail-Adresse: adnabaewa@gmail.com.

Farbstudien als ein eigener Bereich des humanwissenschaftlichen wie des praktischen Wissens sind heute besonders beliebt. Die Internationale Vereinigung der Farben (AIC), die Beachtung der Farbankündigungen des Jahres durch das Pantone-Institut, die große Popularität der Monografien über die Farbe von Michel Pasturo in Europa und Russland, die weit verbreitete Praxis der Farbtypisierung und der Farbtherapie in der Mode, schließlich die Bedeutung der Figur Goethes nicht nur als Dichters, sondern auch als Farbforschers – all das zeigt, wie groß die Bedeutung des Farbstudiums heute ist.

Die Grundlage für dieses Interesse am Phänomen Farbe wurde von den Künstlern des zwanzigsten Jahrhunderts gelegt, unter denen solche Namen wie Johannes Itten, Wassily Kandinsky, Mikhail Matyushin, Alexander Rodchenko und Lyubov Popova besonders wichtig sind. Die Abhandlungen über Farbstudien beschäftigten sich meist mit der Lösung der Probleme der revolutionären künstlerischen Propädeutik.

Unter den Kunstschulen, die die Farbwissenschaft systematisch betrieben haben, sind das Bauhaus und die VKhUTEMAS hervorzuheben. Sie haben im Gegensatz zu den akademischen Designschulen nicht nur Künstler, sondern auch künstlerische Arbeiter hervorgebracht, die Probleme in der Möbel-, Keramik-, Textil- und Hüttenindustrie zu lösen gesucht haben. Ganz zurecht bezeichnet man die Sowjetunion und Deutschland als die Zentren der Farbstudien zu Beginn des zwanzigsten Jahrhunderts, da es eben die Länder sind, mit denen Bauhaus und VKhUTEMAS in Verbindung gebracht werden. Unter den Studien der Farbe, die zu einem kohärenten theoretischen System geformt und in Büchern festgehalten wurden, ist bis heute das Werk von Johannes Itten „Kunst der Farbe“ das einflussreichste.

Deshalb werden wir uns in unserer kleinen Studie auf die wichtigsten Merkmale von Ittens Farbenlehre beschränken und uns dabei der formalen und stilistischen Analyse, der Met (Dvořák 2001) oder der Kennerschaft (ebd.) und der visuellen Psychologie (Arnheim 1974) bedienen.



Der Wendepunkt im Leben des Schweizer Mathematik- und Physiklehrers Johannes Itten war der Besuch einer Ausstellung des Sonderbundes in Düsseldorf (1912), die 650 Werke des Jugendstils und der Avantgardekunst umfasste. Beeindruckt von Paul Cézanne, dem Postimpressionismus von Paul Gauguin und Vincent Van Gogh, dem Symbolismus von Edvard Munch, Paula Modersohn Becker, Erich Heckel, Ferdinand Hodler, Oskar Kokoschka und Egon Schiele, dem Expressionismus von Ernst Barlach, August Macke, Wilhelm Lehmbruck, Emil Nolde, Franz Marc, Max Clarenbach, Ernst Ludwig Kirchner, den abstrakten Experimenten von Wassily Kandinsky, Alexej von Jawlensky, dem französischen Modernismus von Pablo Picasso, Georges Braque und Aristide Maioll, war Itten überwältigt und beschloss, eine Kunstausbildung zu machen. Das akademische System empfand er jedoch schnell als steif und so kehrte er kurzzeitig in den Bereich der Schuldidaktik zurück und fand seine Lehrer in der künstlerischen Bohème.

In Genf wird er unter der Anleitung des Schweizer Künstlers Eugène Gilliard erstmals mit den Elementen der geometrischen Form und den Kontrasten vertraut gemacht (Semenova 2012: 36-39).

Die nächsten drei Jahre, von 1913 bis 1916, waren für Itten entscheidend.⁴² Anschließend zieht er nach Baden-Württemberg und studiert bei Adolf Hölzel an der Staatlichen Akademie der Bildenden Künste Stuttgart, wo er übrigens seinen späteren Kollegen und revolutionären Kunstlehrer am Bauhaus, Oskar Schlemmer, kennenlernt.

Sicherlich hatten Hölzel und sein Schülerkreis einen enormen Einfluss auf die Ausbildung der Grundgedanken von Ittens Farbenlehre (Semenova 2012: 36-39). Der Lehrer war für Itten ein Revolutionär und Entdecker vieler Konzepte, denn er führte die allgemeine Theorie des Kontrasts und damit die Theorie des Farbkontrasts ein, außerdem die Praxis der Bildanalyse, das Experimentieren mit abstrakten Collagen (insbesondere die Technik der Montage), gymnastische Übungen und das sogenannte automatische Zeichnen.

So wird Ittens Offenheit für die spirituellen Praktiken der Mazdaznan-Anhänger verständlich, bei denen auch spezielle Meditationen, experimentelle Gymnastik praktiziert wurden, ergänzt durch die Befreiung des Gedankens und des Körpers (in Verbindung mit automatischem Zeichnen), sowie eine besondere Suche nach dem Wesen der Dinge durch Vorbereitung von Geist und Körper (Rohkost, Entleerung des Geistes). Im deutschsprachigen Raum wurde Mazdaznan zu einer reformistischen Religion, die der Lebensreform am

⁴² Sidelnikowa, Anna: Johannes Itten, undatiert. https://artchive.ru/artworkers/851~Iogannes_Ippen (zuletzt angesehen am 10. September 2021).



nächsten stand. Sie ist vielleicht die einzige Religion, deren Bibel ein Ernährungsratgeber und Kochbuch ist. Und mit dieser eher trivialen Art der Ratgeberliteratur wurde Mazdaznan auch im Bauhaus erfolgreich (Droste 2008: 25).

Im Rahmen seines im Herbst 1919 begonnenen Kurses, hat Itten seine Schüler einer disziplinarischen Schulung in der Mazdaznanschen Atemlehre mit ihren rhythmischen Lockerungs- und Konzentrationsübungen unterzogen, deren Ziel war, den geistig erweiterten Einzelkörper als Teil eines verbindlichen Gesamterlebnisses ins Gleichgewicht zu bringen: Bernd Wedemeyer-Kolwe weist darauf hin, dass das Bauhaus die erste Kunstschule war, die künstlerische Gymnastik in ihren Lehrplan aufgenommen hat (Wedemeyer-Kolwe 2005: 187–19).

Laut Oskar Schlemmer nutzte Itten ab 1921 auch die Bauhaus-Kantine zur Verbreitung der Mazdaznan-Ideen durch seinen „Assistenten“, den Bauhaus-Lehrer Georg Mucha, der Leiter des Küchengartens und Vorsitzender des Bauhaus-Küchenausschusses war. Die allgemeine Fleischknappheit als Folge der Nachkriegs-Wirtschaftskrise und die Auferlegung einer vegetarischen Mazdaznan-Diät haben zu einer Allianz geführt. Nicht nur die Art der Zubereitung der Speisen, sondern auch die Einbeziehung bestimmter „reinigender“ und „heilender“ Lebensmittel - wie Knoblauch oder Zwiebeln zur Darmreinigung – haben die Bauhaus-Kantinenkost gekennzeichnet. Im Dezember 1921 wurde eine schriftliche Abstimmung unter den Kantinenbenutzern durchgeführt, ob sie für oder gegen die Aufnahme von Zwiebeln als Hauptzutat waren. Gropius war auf der Liste als Zwiebelgegner eingetragen; ein kleines, aber offensichtliches Zeichen, dass die Wege von Itten und Gropius sich zu trennen begonnen haben. Nichtsdestotrotz zeigt die detaillierte Analyse der damals für den Bauhausgarten bestellten Samen den Sieg der Mazdaznan-Diät (Rauth 2017: 217-232). Der Kauf von Hunderten Lilapflanzen zum Beispiel ist logisch, wenn man weiß, dass sowohl Veilchenblüten als auch Veilchenwurzel als Zutaten in der mazdasnanischen Küche vorkommen (Linse 2001: 14).

Im frühen zwanzigsten Jahrhundert war eine solche Suche nach dem Spirituellen, sowohl in der Kunst als auch im Leben, besonders typisch für die Schweiz (Marxer 2017: 18-23). Man erinnere sich etwa an Rudolf Steiner, der als Kind eine Begegnung mit der Jenseit gehabt hat, an Sebastian Kneipp, der Theologie und die Praxis der Hydrotherapie studierte, oder an Karl Wilhelm Diefenbach, der ebenfalls ein Leben nach den Gesetzen der Natur und eine völlige Rückkehr zum Natürlichen predigte. Im Kanton Tessin – in Ascona – hatte der Hügel Monte Verità (aus dem Italienischen „Berg der Wahrheiten“) eine besondere Bedeutung



gehabt, der zum großen Teil gerade wegen der politischen und kulturellen Ereignisse im Zusammenhang mit der Lebensreform bekannt wurde.⁴³ Zugleich war die Schweiz auch für die politisch engagierten Intellektuellen attraktiv (z.B. lebte Lenin vom Februar 1916 bis April 1917 in Zürich), so dass die Suche nach einer neuen Lebensgestaltung manchmal auch politische Dimension gewinnen konnte. So kann man sagen, dass die künstlerische Elite jenes Jahrhunderts das „naturnahe Leben“ mit dem Studium von den radikalen politischen Denkern wie etwa Bakunin verbunden hat.

Das Bauhaus entstand nach dem Ersten Weltkrieg in Weimar und hatte das Ziel, den zerstörten Alltag mit Hilfe von experimentell ausgebildeten Architekten, Designern und Künstlern schnell, kostengünstig und effektiv wiederaufzubauen. Ein weitgehend utopischer und unerfüllter Traum, der aber formal und stilistisch die Ästhetik des gesamten deutschen Designs des XX. Jahrhunderts geprägt hat, bis hin zur Hochschule für Gestaltung Ulm, die tatsächlich den Stil der Marke „Braun“ gebildet hat, vor allem dank Dieter Rams, aber auch anderer Designer wie Otl Eicher und Hans Gugelot, sowie dank der Studenten der Schule.

Itten wurde zu einem Vorkurs ans Bauhaus eingeladen, weil die Ausbildung nach einem besonderen Prinzip aufgebaut war (Droste 2008: 16). Der Vorkurs, den Itten für die Studenten der revolutionären Kunstschule entwickelt hat, war anders als der übrige Unterricht der elementaren Grundlagen der Kunst in der Welt.

Die Besonderheit des Kurses bestand zum einen darin, dass der Beginn des Unterrichts immer mit der Meditation und anderen spirituellen Praktiken begleitet wurde, die Itten aus seinem Hobby in den Kurs einbrachte. Er legte einen großen Wert darauf, die spirituellen Qualitäten der Schüler zu entwickeln, ihre Rückbesinnung auf ihr inneres Selbst zurückzuführen, er lehrte die Schüler auf sich selbst und auf die Natur zu hören. Er ließ jedoch auch keine Gesetze und Regeln, die er ebenfalls für ein Pflichtwissen für jeden Künstler hielt, außer Acht. Auf der anderen Seite hatte sein Kurs auch viele andere Besonderheiten, die damit zusammenhingen, dass Itten einen großen Wert auf die natürliche Individualität des Schülers legte. In seinen Büchern gibt er viele Beispiele, die auf dem natürlichen Äußeren der Schüler beruhen. Laut Itten kann der Farbtyp eines Künstlers eine direkte Beziehung zu den Farben haben, die er für seine Arbeit wählt. Aber er verwendet auch einen solchen Begriff wie „Charakter“ in Bezug auf die Farbe. Und hier kann man sich eine große Bandbreite an Möglichkeiten vorstellen, die Kompatibilität eines Farbcharakters mit dem natürlichen

⁴³ Kirchgraber, Renate Foitzik: Lebensreform und Künstlergruppierungen um 1900, https://edoc.unibas.ch/671/1/DissB_6566.pdf (zuletzt angesehen am 15. August 2021).



Aussehen eines Bauhaus-Schülers zu erkennen. Laut Itten hängt der Charakter einer Farbe von bestimmten Eigenschaften ab. Dazu gehören Temperatur, Helligkeit und Kontrast (Itten 2020: 15).

Die Besonderheit von Ittens Interpretation der Farbe als spirituelle Praxis besteht darin, dass er in seinem Werk "Kunst der Farbe" gerade der subjektiven, individuellen Farbwahrnehmung eine große Bedeutung zuschreibt. Laut Itten ist die Farbe praktisch wie ein Lebewesen, das den Charakter hat, die Stimmung und die Fähigkeiten, die auf eine oder andere Weise auf den Betrachter einwirken können.

Auch führt Johannes Itten ein solches Konzept wie psychophysische Realität der Farbe ein, dies ist nach seiner Auffassung die Farbwirkung. Wie bereits erwähnt, handelt es sich um eine Symbiose aus zwei polaren Farbtheorien – einer psychologischen und einer physisch, und zwar so, dass die beiden spirituell und praktisch miteinander verbunden werden.

Johannes Itten betrachtet auch drei Arten der Einstellung zu Farben und damit drei Arten der Persönlichkeit:

1) Epigonen - Künstler/Studenten, die häufiger die Farbe ihrer Lehrer übernehmen und nicht auf ihre individuellen Veranlagungen eingehen;

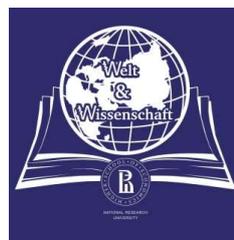
2) Originale – sie werden ausschließlich von ihrem subjektiven Geschmack geleitet, auch wurde es von Itten betont, dass alle ihre Werke oft in der gleichen Farbpalette ausgeführt werden können.

3) Universalien – die Künstler, die das von den Lehrern erhaltene Wissen mit ihren persönlichen Vorlieben kombinieren können und wissen, wie sie es tun, weil sie die objektiven Gesetze der Farbe berücksichtigen (ebd.: 28).

Neben dem Wissen um die individuellen Fähigkeiten betonte der Schweizer Kolorist auch die Bedeutung der Farbkraft und den Wunsch nach Ausgewogenheit zwischen Form und Farbe, die sich gegenseitig unterstützen sollten.

Ittens Kurs der Farblehre und Farbinterpretation kann man mit der Methode seines Zeitgenossen Wassily Kandinsky vergleichen. Wassily Kandinsky, der später als Itten zum Bauhaus kam, hat dennoch auch die Herausbildung der Farb- und Formtheorie des Schweizer Künstlers beeinflusst. Das Buch des russischen Künstlers "Über das Geistige in der Kunst" wurde nämlich 1912 veröffentlicht. Es besteht kein Zweifel, dass auch Itten damit vertraut war.

Kandinskys Beitrag zum Vorkurs bestand aus zwei Teilen, der analytischen



Zeichnung und der theoretischen Betrachtung von der Farbe und der Form. Dies wurde auf eine sorgfältig strukturierte, fast wissenschaftliche Weise getan. Farbe und Form wurden zunächst isoliert betrachtet, dann in der Relation zueinander und schließlich in Bezug auf den Grund, auf die Fläche, worauf alle zweidimensionalen Bilder erscheinen. Kandinskys Farbenlehre, die aus Goethes Theorie durch die Analyse des Anthroposophen Rudolf Steiner synthetisiert wurde, verwendete die „Temperatur“ der Farben – ihre Wärme oder Kühle – und ihren Ton – ihre Helligkeit oder Dunkelheit – als grundlegende Unterscheidungen. So entstand das, was Kandinsky synthetisch als die vier Grundtöne definierte: warm und hell, warm und dunkel, kalt und hell, kalt und dunkel. Die Temperatur wird durch eine Tendenz einer beliebigen Farbe zu Gelb (absolute Wärme) oder Blau (absolute Kälte) definiert. Jede Farbe hat jedoch nicht nur eine Temperatur, sondern auch eine Bedeutung. „Gelb — typische Erdfarbe“, während „Blau — typische Himmelfarbe“ (Kandinsky 1952: 96). Gelb schreitet voran, geht darüber hinaus, ist aggressiv, aktiv, sprunghaft; Blau hingegen zieht sich zurück, bleibt im Inneren, ist schüchtern und passiv. Gelb ist hart und scharf, Blau ist weich und verformbar. Gelb schmeckt scharf, während Blau an den Geschmack von frischen Feigen erinnert und daher weich und anhaltend süß ist. Die Pfeifen sind gelb, die Orgeln sind blau (ebd.: 98).

Ittens Theorie war eine ungleiche Mischung aus objektiver Beobachtung und subjektiver Behauptung. Darin ähnelten sie den viel komplexeren und detaillierteren Theorien Kandinskys, bei denen es ebenfalls um die Formulierung einer elementaren Bildsprache ging. Kandinsky wusste schon früh, dass er die Synästhesiegabe besaß: wenn einer seiner Sinne stimuliert wurde, reagierte der andere. Er konnte einen Ton hören, wenn er eine Szene betrachtete oder eine Farbe beobachtete, oder er konnte eine Farbe sehen, wenn er Musik hörte. Was er hörte oder sah, war ganz spezifisch: zum Beispiel eine bestimmte Note, gespielt auf einem bestimmten Instrument. Farben und Klänge riefen auch ganz bestimmte Gefühle hervor, und während solche emotionalen Erfahrungen irgendwie zwangsläufig subjektiv waren, versuchte Kandinsky, universelle Gesetze zu entdecken und zu identifizieren, die sie erklärten. In „Über das Geistige in der Kunst“ zieht Kandinsky viele Parallelen zwischen der Farbe und der Musik, doch anders als Paul Klee, der ebenfalls am Bauhaus Farbe studierte und lehrte, spielten weder Itten noch Kandinsky jemals Musikinstrumente.

Wir können Ittens Lehrmethode auch mit den Praktiken an der Kunstschule VKhUTEMAS vergleichen, die 1920 in Russland eröffnet wurde. Man kann kaum leugnen, dass VKhUTEMAS vom Bauhaus beeinflusst wurde. Sowohl die Lehrmethode als auch einige der



Kurse waren ähnlich. Eine besondere Aufmerksamkeit wurde jedoch dem häufigen Wechsel der Lehrer geschenkt, weil die einen unerwünschten Einfluss auf die Studenten haben könnten. Es waren das auf der Funktionalität basierte Design, der Respekt vor dem Material, die Liebe zu Einfachheit und Lakonismus, was VkhUTEMAS und Bauhaus vereinte.

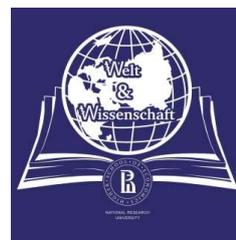
Wie am Bauhaus gab es auch an der VkhUTEMAS eine eigene Art Vorkurs, der etwas länger als das Einführungssemester von Itten dauerte, nämlich zwei Jahre. Das Kursprogramm war in einigen Aspekten ähnlich, aber auch in vielerlei Hinsicht verschieden. Einheitlich wie an der deutschen Designschule in Moskau und in St. Petersburg lernten die Moskauer Studenten im Vorbereitungskurs Fächer wie „Volumen“, „Raum“, „Farbe“ und „Grafik“. Das Fach „Farbe“ wurde zuerst von A. A. Vesnin und L. S. Popova unterrichtet, die die Ausbildung in die Richtung Design verschoben. Ab 1924, mit Beginn des Rektorats von Faworsky, wurde der Kurs von Gustaw Kluzis und Alexander Labas unterrichtet, die eine etwas neuere Methodik einführten: Farbe wurde nun auf wissenschaftliche Weise untersucht. So führte Kluzis das Konzept des „gleichzeitigen Kontrasts“ ein – das heißt, die Fähigkeit unseres Auges, die Farben zu vervollständigen und zu reflektieren, um eine ausgewogene Ansicht zu erhalten. Auch Itten hat diesen Kontrast erwähnt, nur wird es bei ihm als „Simultankontrast“ bezeichnet.

Als ein Beispiel für den Einfluss seiner Farbtheorie kann sein Schüler und Zeitgenosse Josef Albers angeführt werden, der genauso wie László Moholy-Nagy für die Verwendung von der Farbe im Zusammenhang mit der Lösung praktischer Aufgaben plädiert hat. Er untersuchte auch die Kombinationen von verschiedenen Farben und stellte fest, dass die Farbe „gehört werden muss“ (Albers 2021).

Wenn wir uns der Gegenwart zuwenden, können wir sehen, inwiefern die Farbtheorie von Johannes Itten heutzutage noch relevant ist. Heute lässt sich zum Beispiel die Farbtypisierung in der Mode auf Ittens Interpretation von der Farbe zurückführen.

Als besonders nützlich hat sich die saisonale Theorie von Itten erwiesen. Obwohl der Pädagoge selbst es nicht so genannt hat, eher zu dem Begriff „subjektive Farbeinstellung“ tendierend. Die moderne Einteilung des Aussehens von Menschen nach Farben sieht vor, dass jeder Kombination von Haar-, Haut- und Augenfarbe eine Jahreszeit entspricht. „Saisonalität“ von Naturdaten wurde erstmals von Itten bemerkt und in seinem Buch „Kunst der Farbe“ mit mehreren Beispielen belegt.

Heute studieren viele Künstler und Visagisten die Farbtypen und unterteilen dabei die vier den Jahreszeiten zugeordneten Grundtypen in 12 weitere Untertypen, und hier



kommen die Eigenschaften wie Wärme, Kühle, Helligkeit und Dunkelheit hinzu, die auch von Itten im Zusammenhang mit den 7 Kontrasten erwähnt wurden.

Es ist möglich auch auf einen ernsthafteren Ansatz bei der Anwendung seiner Theorie hinweisen.

Die Verbreitung von Ittens Farbtheorie in der Praxis hat sich bei der Bestimmung von Persönlichkeitsfarbtypen gefunden. Einer der ersten, der es sich getraut hat, diese Theorie in die Praxis umzusetzen, war Max Factor, der weltberühmte Visagist und Kosmetiker, der vor allem durch seinen Beitrag zur Welt des Make-ups und der Schminke im Film und Theater bekannt wurde. In den frühen 1920er Jahren hat er es geschafft, fast eine Schminkevolution durchzuführen. Früher haben die Schauspielerinnen Make-up getragen, der sie nicht natürlich, sondern absichtlich künstlich aussehen ließ. Max Factor hat vorgeschlagen, die Lidschatten, den Lippenstift, das Make-Up und das Rouge zu verwenden und alle kosmetischen Produkte nach zwei Regeln auszuwählen: erstens sollten sie mit dem natürlichen Aussehen der Schauspielerin zusammenpassen, aber auch die Kombination aller kosmetischen Produkte wurde nicht außer Acht gelassen. Dieser Ansatz, der die Geburtsstunde des echten professionellen Make-ups bezeichnete, hieß „Farbharmonie“ – genau wie Factors gleichnamiges Buch.

Zum Schluss möchten wir versuchen, die Grundsätze von Ittens Farbwissenschaft auf die Hugo-Boss-Kollektion anzuwenden. So kann man in der Frühjahr-Sommer-Kollektion 2021 von Hugo Boss ein gutes Beispiel dafür sehen, wie die Relevanz dessen, was der Schweizer Künstler und Pädagoge im Bauhaus geschrieben und gelehrt hat, sich auch in unserem Jahrhundert bewährt⁴⁴.

Zunächst lohnt es sich, auf die Auswahl der Farbpaletten zu achten, die für diese Kollektion gewählt wurden. Die meisten Outfits sind in Monochrom gehalten, was dem Auge erlaubt, die Farben in vollem Umfang wahrzunehmen, ohne von den anderen Farben abgelenkt zu werden.

Die Hauptfarbpalette der Kollektion sind die kühlen Farben: dunkelgrün, hellblau, kaltrosa, dunkelblau, weiß und hellgrün. Von den warmen Farbtönen sieht man nur wenige Bilder in Beigetönen und Accessoires. Erwähnenswert ist auch eine bestimmte Auswahl an Modellen, eine breite Palette von Hauttönen und Haarfarbe. Es gibt alle vier Farbtypen: Sommer, Frühling, Winter und sogar Herbst.

⁴⁴ Boss Hugo Boss, Vogue Russia 2021, undatiert. https://www.vogue.ru/collection/spring_summer2021/ready-to-wear/milan/Hugo_Boss/ (zuletzt angesehen am 10. September 2021).



Besonderes Augenmerk möchte ich auf die Farbwahl auf dem Laufsteg im Palazzo del Senato in Milan legen, wo die Outfits im Herbst 2020 präsentiert wurden. Sie besteht aus graublauen, strukturellen, rau wirkenden Fliesen. Grau wird von Itten als eine karge, neutrale, charakterlose Farbe beschrieben, die sich jedoch leicht aufrühren lässt und „herrliche Schattierungen“ annimmt. Nach Itten kann jede Farbe das Grau aus seinem unbunten Ton herausholen und einen zusätzlichen Farbton zu der Farbe geben, die es erweckt hat. Die Innenarchitekten haben sich offenbar nicht nur über die Wahl der Hintergründe in Kombination mit den Bekleidungssets, sondern auch über die Kombination aller Outfits im Verhältnis zueinander Gedanken gemacht.

Entsprechend ist dann die Wirkung auf dem Podium - die Bilder in der dunkelblauen Palette werden sehr tief und kontrastreich, und in der hellblauen Palette gewinnen sie dagegen zusätzliche Weichheit und Zartheit.

Ganz offensichtlich kommt hier auch Ittens Simultankontrast ins Spiel, der ein Gefühl von lebendiger Vibration und ständig wechselnder Intensität der Farblösungen der Bilder hervorruft. Der Simultankontrast besteht darin, dass unser Auge bei der Betrachtung einer beliebigen Farbe in Abwesenheit ihrer Zusatzfarbe diese Farbe selbst erzeugen kann.

So ist es z.B. möglich beim Betrachten eines Models in einem kalten grünen Outfit, später eine kalte Fuchsie als Paar für sie anzusehen; im Gegensatz zu einem dunkelblauen Set wird ein beiges präsentiert.

Zusammenfassend ist es festzuhalten, dass die Relevanz des Stils der Bauhausschule nicht nur in der Einfachheit und Funktionalität dieser Architektur- und Designrichtung liegt, sondern auch in der einzigartigen, vielseitigen und multifunktionalen Farbenlehre von Johannes Itten. Obwohl er nicht sehr lange am Bauhaus selbst tätig war, verbreitete Itten doch seine Lehren und Ideen weiter. Seine ungewöhnliche Lebensweise, die damals populär war, erschien zwar für Gropius als sehr fremd und für das Bauhaus unpassend, da viele Studenten begannen, auf Itten zu hören und Rohkost und Fleischabstinenz auszuprobieren, doch konnte das seine Wirkung nicht hindern. Heute können wir sogar seine Schriften, die untrennbar mit der spirituellen Praxis verbunden sind, als zukunftssträchtig sehen. Die Gesetze von Farbe und Form, die in seinen Büchern mit den allen Tabellen und Experimenten sehr anschaulich erklärt werden, helfen heute den Künstlern, leiten Designer an und schlagen die einfachsten und prägnantesten Kombinationen in der Innenarchitektur, beim Make-up und sogar auf den Laufstegen der Haute Couture vor.



Bibliografie

1. Albers, Josef: *Vzaimodejstvie cvetov*. Moskau 2021.
2. Arnheim, Rudolf: *Psihologija zritel'nogo vosprijatija*. Moskau 1974.
3. Droste, Magdalena: *Bauhaus*. Moskau 2008.
4. Dvořák, Max: *Istorija iskusstva kak istorija duha*. Sankt Petersburg 2001.
5. Itten, Johannes: *Iskusstvo sveta*. Moskau 2020.
6. Kandinsky, Wassily: *Über das Geistige in der Kunst*. Bern 1952.
7. Linse, Ulrich: „Mazdasnan – die Rassenreligion vom arischen Friedensreich“. In: Schnurbein, Stefanie u. Justus H. Ulbrich (Hg.): *Völkische Religion und Krisen der Moderne. Entwürfe ›arteigener‹ Glaubenssysteme seit der Jahrhundertwende*. Würzburg 2001, S. 14.
8. Rauth, Otto: *The Traceless Mazdaznan Lecture, Bauhaus Lectures: Guest Speaker at the Weimar Bauhaus 1919–1925*. Berlin 2017.
9. Semenova, Julia: *Bauhaus*. Moskau 2012.
10. Wedemeyer-Kolwe, Bernd: „Ein Ereignis für den ganzen Westen. Körperkultur in Weimar zwischen Öffentlichkeit, Kunst und Kultur“. In: Cowan, Michael u. Kai Marcel Sicks (Hg.): *Leibhaftige Moderne. Körper in Kunst und Massenmedien 1918 bis 1933*. Bielefeld 2005, S. 187–199.

Online:

1. *Boss Hugo Boss, Vogue Russia 2021*, undatiert.
https://www.vogue.ru/collection/spring_summer2021/ready-to-wear/milan/Hugo_Boss/ (zuletzt angesehen am 10. September 2021).
2. Kirchgraber, Renate Foitzik: *Lebensreform und Künstlergruppierungen um 1900*,
https://edoc.unibas.ch/671/1/DissB_6566.pdf (zuletzt angesehen am 15. August 2021).
3. Linse, Ulrich: *Johannes Itten and Mazdaznan at the Bauhaus*, undatiert.
<http://www.bauhaus-imaginista.org/articles/4787/johannes-itten-and-mazdaznan-at-the-bauhaus?0bbf55ceffc3073699d40c945ada9faf=1620f7aab8760d7a89fb31dcee85ebca> (zuletzt angesehen am 10. Juni 2021).
4. Marxer, Jill: „Mazdaznan – Geschichte, Inhalt, Aktualität“. In: Schmidt u.a. (Hg.): *Reiseführer Religiöse Zentren und Spezialistinnen in der Schweiz*, Zürich 2017, S. 18-23.
<https://www.religionswissenschaft.uzh.ch/dam/jcr:fdb0e0b3-2867-4731->



ac95-902bf9c78cbd/Reiseführer_Schweiz_Neu_v1.4.pdf (zuletzt angesehen am 10. September 2021).

5. Sidelnikowa, Anna: *Johannes Itten*, undatiert.
https://artchive.ru/artworkers/851~Iogannes_Ippen (zuletzt angesehen am 10. September 2021).



5. Streetart im Stadtraum von Russland und Deutschland - Daria Smirnowa

Daria Smirnova, Lomonossow-Universität, Fakultät für Fremdsprachen und Regionalwissenschaften. Sie erreichen die Autorin unter der E-Mail-Adresse: dashasmirn7@gmail.com

Einleitung

Das Problem der Wahrnehmung der visuellen Komponenten der Stadt wird in der letzten Zeit immer wichtiger, weil die Bedeutung der Medientechnologien zunimmt und der Fokus auf der äußeren Komponente der Stadt liegt. Auf diese Weise kann die Stadt durch sein visuelles Bild das subjektive Gefühl des Komforts, des psychologischen Wohlbefindens, der Sicherheit ihrer Bürger beeinflussen und ihr Image oder mögliche Entwicklungsperspektiven bedingen.

Die Art und Weise, wie die Menschen die Stadt und den urbanen Raum wahrnehmen, ist untrennbar von visuellen Bildern wie z.B. Werbeanlagen, Architekturbauten, Landschaftsobjekte usw. In Russland entstand in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre – Anfang der 1990er Jahre in Deutschland und Ende der 1990er Jahre – Anfang der 2000er Jahre in der visuellen Umgebung der Stadt eine neue kulturelle Praxis – Streetart. Durch die allmähliche Füllung der Straßen der Metropolen auf der ganzen Welt mit Bildern, Figuren, Schriftzeichen und Schablonen wurde Streetart erst in den 2000er Jahren zu einer Massenbewegung.

Der Schwerpunkt des vorliegenden Artikels wird auf dem Thema Streetart im urbanen Raum liegen. Obwohl diese künstlerische Praxis seit mehr als 20 Jahren ein untrennbarer Bestandteil einer Stadt ist, wurde die Definition in wissenschaftlicher Hinsicht relativ neu formuliert. Die erste kompromisslose Definition von Streetart, die sowohl Künstler als auch Forscher zufriedenstellen würde, wurde auf dem Thesaurus-Symposium formuliert, das 2017 vom Streetart-Institut in Sankt Petersburg durchgeführt wurde: Streetart (manchmal auch Post-Graffiti genannt) ist eine künstlerische Praxis, die ihre Wurzeln in der Graffiti-Kultur hat und folgende Prinzipien bewahrt: Vervielfältigung der Werke, Anonymität und Illegalität (Udovyčenko 2019: 18). Im Gegensatz zu Graffiti erweitert Streetart die Methoden des künstlerischen Ausdrucks und fasst visuelle und abstrakte Bilder, Inschriften,



Schablonen usw. um (Udovyčenko 2019: 19).

Die Aufgabe meiner Untersuchung besteht darin, einen kurzen Überblick über die regionalen Merkmale der Streetart-Entwicklung in Russland und Deutschland zu geben. Im Rahmen der Studie wurden zwei Hauptstädte bzw. Moskau und Berlin betrachtet, weil diese zwei Städte als große politische, finanzielle, kulturelle Zentren zu Pionieren in Streetart wurden. Der chronologische Rahmen der Studie umfasst den Zeitraum zwischen den späten 1980er und den späten 2010er Jahre. Die Untergrenze wird durch die Trennung der Streetart von subkulturellem Graffiti und die Zuweisung in die selbständige Richtung bedingt. Die Obergrenze wird durch die Entwicklung der Streetart in eine Massenbewegung und Prozesse wie Legitimierung, Kommerzialisierung und Institutionalisierung dieses Phänomens definiert. Um das Ziel der Forschung zu erreichen, werden drei Quellengruppen verwendet. Die erste Gruppe schließt russische und deutsche Gesetze ein: z.B. Artikel 7.17 OWiG RF Sachbeschädigung, Artikel 214 StGB RF Vandalismus, StGB § 304 Gemeenschädliche Sachbeschädigung. Die zweite Gruppe von Quellen sind unabhängige periodische Printmedien z.B. "Backjumps" und "Spray it". Zur dritten Gruppe gehören Internet-Quellen wie z.B. "Ekosystem.org", "RBNSHT" und "VIVACITY".

Entstehung der Streetart in Moskau und Berlin

Allgemein bekannt ist, dass Berlin in den letzten zwei Jahrzehnten den Ruf der europäischen Hauptstadt von Straßenkunst erhalten hat. Der Ausgangspunkt für die Entwicklung der Berliner Streetart-Szene ist die Berliner Mauer. Kurz nach dem Bau wurde die Berliner Mauer zum illegalen Ort der Selbstdarstellung und zum Ausdruck der bürgerlichen Haltung in West- und Ost-Berlin. Doch erst in den 1980er Jahren war die Mauer ein vollwertiger Ort für künstlerische Reflexe. Zwei französische Streetart-Künstler Thierry Noir und Christophe-Emmanuel Bouchet waren die ersten Künstler, die 1983-1984 illegale Bilder bzw. Streetart auf die Berliner Mauer gesprüht haben.

Im Rahmen der Studie ist es besonders wichtig zu betonen, dass die von diesen Künstlern erstellten Bilder unbefugt waren und dass die Künstler gegen das Passregime verstoßen haben, weil die Grenzlinie zwischen der DDR und der BRD unklar war und einige Landstriche auf der Westseite formal zur DDR gehörten.

1986 lud das Museum der Berliner Mauer den berühmten amerikanischen Streetart-Künstler Keith Haring nach West-Berlin ein, um einen Teil der Berliner Mauer zu besprühen (Mundy). Keith Haring schuf eine 300 Meter lange Wandmalerei in der Nähe des



Kontrollpunktes mit den Farben der deutschen Flagge auf gelbem Hintergrund, die die Idee der deutschen Wiedervereinigung symbolisiert.

Die an der Berliner Mauer in den 1980er Jahren entstandenen Streetart-Objekte waren daher ein Beispiel für zwei Regime: West-Berlin wurde zum Schauplatz politischer Äußerung und seine lebhaften Farben waren der Indikator für die öffentliche Stimmung in diesem Teil der Stadt. Ost-Berlin war perfekt sauber und modernistisch weiß. Als Symbol für die Teilung Deutschlands und als Barometer für die politischen Spannungen im Kalten Krieg ging die Berliner Mauer über ihre eigentliche Bestimmung hinaus und wurde zur Streetart-Leinwand. Was die Moskauer Streetart-Szene anbetrifft, gab es keinen genauer anzugebenden Ausgangspunkt für die Entwicklung dieser künstlerischen Praxis. In den späten 1990er Jahren und frühen 2000er Jahren beginnen Graffiti-Künstler, klassische Tags mit Farbpaletten und geometrischen Elementen zu ergänzen. Als die Werke von Graffiti-Künstlern einen räumlich-kompositorischen, kontextuellen und performativen Charakter erworben haben, gab es einen Übergang von Graffiti zu Streetart. Auf diese Weise wurde Streetart Mitte der 2000er Jahre zu einem eigenständigen Bereich.

Street Art im urbanen Raum

Das deutsche Rechtssystem sieht zwei Gesetze vor, bei denen der Streetart-Künstler strafrechtlich verfolgt werden kann: StGB § 303 Sachbeschädigung, StGB § 304 Gemeenschädliche Sachbeschädigung. Die Haftung für die Verletzung der oben genannten Artikel sieht folgende Strafen vor: Freiheitsstrafe bis 2 Jahre (StGB § 303) oder bis 3 Jahre (StGB § 304), Geldstrafe (in zwei Fällen). Es ist auch wichtig zu erwähnen, dass Streetart-Objekte in Deutschland urheberrechtlich geschützt sind und als eine "persönliche geistige Schöpfung" betrachtet werden (Gesetz über Urheberrecht und verwandte Schutzrechte (Urheberrechtsgesetz) § 2 Geschützte Werke).

Das Rechtssystem Russlands setzt viel mehr Straftaten für die illegale Schaffung von Streetart-Objekten z.B. Artikel 20.1 OWiG RF Störung der öffentlichen Ordnung, Artikel 7.17 OWiG RF Sachbeschädigung, Artikel 214 StGB RF Vandalismus, Artikel 213 StGB RF Störung der öffentlichen Ordnung. Die Verantwortung für die Verletzung der oben genannten Artikel des Strafgesetzbuches und der Ordnungswidrigkeit der Russischen Föderation sieht eine der folgenden Strafen vor: Geldstrafe, Verwaltungsstrafe, Pflichtarbeit, Strafvollzug, Zwangsarbeit, Verhaftung, Verwaltungshaft, Einschränkung der Freiheit. Trotz rechtswidriger Sachbeschädigung können Streetart-Kunstwerke in Russland urheberrechtlichen Schutz



genießen (Artikel 1259 BGB RF).

Was die deutsche Hauptstadt anbetrifft, werden die oben genannten Gesetze in Wirklichkeit nicht so streng angewendet, was die in der Stadt herrschende Haltung gegenüber Graffiti und Streetart als unvermeidliches Element der modernen Stadtkultur widerspiegelt (Samutina, Zaporozhets 2015: 41). An dieser Stelle soll man nicht vergessen, dass Streetart in Berlin attraktiv für Touristen ist und deswegen einen Ertrag bringt, weil sie als ein erkennbarer Stil und eine Stadtmarke betrachtet wird. Diese Faktoren tragen zur Entkriminalisierung der Streetart in der Hauptstadt Deutschlands bei (Samutina, Zaporozhets 2015: 43-44).

Ein interessantes Kontrastbeispiel in diesem Zusammenhang ist Moskau. Obwohl es in der Stadt eine aktive Streetart-Umgebung gibt, erfüllen Kunstpraktiken wie Streetart und Graffiti keine Funktion der horizontalen öffentlichen Kommunikation innerhalb des urbanen Raums (Ponosov 2016: 172). Der Grund dafür besteht darin, dass alle illegalen Bilder im Zentrum von Moskau regelmäßig vernichtet werden (o.V., Lenta.ru, 21.06.2020). Es sei dabei zu erwähnen, dass die Stadtverwaltung ihrerseits versucht, ihr Image durch eine populäre Kultur der Straßenkunst zu stärken, aber das hat nichts mit Streetart-Kultur zu tun. Es sollte klargestellt werden, dass die genehmigten Murals oder Bilder sich auf Kunst im öffentlichen Raum und nicht auf Streetart beziehen.

Streetart zwischen Kunst und Kommerz

Seit 1980er Jahren wurde Streetart zum künstlerischen Medium gegen die öffentliche Ordnung und den Konsumwahn. Die Straße als Ausstellungsfläche ist größer als ein Ausstellungsraum, dazu noch auch unabhängig von Galeristen, Kunsthändlern und anderen Kunstexperten. Aber heutzutage hat sich diese ursprüngliche Anti-Haltung gegenüber dem Kunstmarkt, der kommerziell orientiert ist, etwas geändert. Immer mehr Streetart-Künstler suchen klassische Ausstellungsmöglichkeiten, und ihre Werke ziehen in Galerien und Museen ein. Obwohl viele Künstler versuchen, eine Bilanz zwischen künstlerischer Unabhängigkeit und Kunstmarkt zu halten, ist es schwierig für sie, dem Prozess der Kommerzialisierung zu widerstehen.

Ein Argument zur Bestätigung dieser These ist der folgende Präzedenzfall: Im Dezember 2014 wurden im Berliner Stadtteil Kreuzberg auf Wunsch des berühmten italienischen Streetart-Künstlers Blu zwei Wandmalereien von dem Mitautor des Murals, Lutz Henke, und anderen Künstlern mit schwarzer Farbe bemalt.



Der erste Mural erschien an der Fassade in Kreuzberg als Zusammenarbeit von Blu und dem französischen Streetart-Künstler JR im Rahmen des "Backjumps - The Livestream # 3" Festivals schon 2007. Der zeigt zwei weiße Figuren: beide strecken ihre Hände aus und demaskieren einander; ihre Finger formen die Figuren zu einem W (das steht für "Westside" und wird aus dem Englischen als "West" übersetzt) und zu einem E (das steht für "Eastside" und wird aus dem Englischen als "Ost" übersetzt). Ein wichtiger Aspekt von diesem Bild ist die Tatsache, dass um die Ecke der Fassade früher die Berliner Mauer verlief.

An dieser Stelle muss erwähnt werden, dass dieses Streetart-Objekt als Symbol für Berlins Status als Hauptstadt der Streetart wahrgenommen wurde (Fuchs 2011). Außerdem, laut Spiegel Online wurde das Werk von Blu zum "Symbol der Brache am Kreuzberg Spreeufer" (o.V., Spiegel Panorama, 12.12.2014).

2011 kam das Gebäude mit dem Bild an der Fassade in den Besitz des Berliner Unternehmers und Entwicklers Artur Süsskind, der mit dem Architekturbüro Langhof dort eine Wohnanlage zu bauen plante.

Im Dezember 2014 wurde das Bild auf Antrag des Autors als Protest gegen den städtischen Wohnungsbauplan geschwärzt: "Berlins Gentrifizierung und Zombifizierung ist in vollem Gange. Wir wollen lieber unsere Straßenkunst zerstören, als sie zu diesem Prozess beitragen zu lassen" (Henke 2014). Der Mitautor des Murals, Lutz Henke, bezeichnete die Zerstörung der Streetart als einen „alarmierenden Anruf für die Stadt und ihre Bewohner“, der eine Erinnerung an die Notwendigkeit sein sollte, zugängliche und lebendige Orte zu erhalten, anstatt illusionäre Kunst zu erschaffen (Henke).

Was die Moskauer Streetart-Szene anbetrifft, wurde der Prozess der Kommerzialisierung durch die aktive Umgestaltung des öffentlichen Raums und die Humanisierung des urbanen Raums von Moskau unter aktiver Beteiligung des Bürgermeisters S. Sobjanin und des Abteilungsleiters für Kultur in Moskau S.A. Kapkow gestartet.

2012 begann man in Moskau die Außenwerbemaßnahmen durch die Verordnung der Stadtregierung von Moskau über die Genehmigung der Richtlinien für die Installation und den Betrieb von Werbekonstruktionen zu regeln. Auf solche Weise hat sich die Anzahl der Außenwerbungen in der Stadt zwischen 2011 und 2014 um das Zehnfache verringert. Da viele Werbekonstruktionen beschränkt oder gar verboten waren, machten Unternehmen wie Aeroflot, Kaspersky und Yota unter dem Deckmantel der Streetart ihre Werbung.

2013 veranstaltete das Ministerium für Kultur der Stadt Moskau auf Initiative von S.A. Kapkow das Festival „Die beste Stadt der Welt“. Im Rahmen des Festivals wurden 149



Wandmalereien auf den städtischen Flächen Moskaus realisiert, was die Kommerzialisierung der Streetart markierte.

Institutionalisierung der Streetart-Szene

Der Mauerfall am 9. November 1989 und die Wiedervereinigung Deutschlands bedeutete, dass die Berliner Mauer von nun an kein Symbol des politischen Kampfes, kein Indikator für öffentliche Stimmung und keine kommunikative Oberfläche mehr war. Das Ereignis, welches die Berliner Mauer aus dem Diskurs über Straßenkunst für immer herausgestrichen hat, war die Gründung der East Side Gallery im Jahre 1990. Dies war der Wunsch des Ministerrates der DDR, die in den 1980er Jahren entstandene Bewegung der Künstler zu leiten.

1999 wurden 118 Künstler aus 21 Ländern eingeladen, das Segment der äußeren Wandkonstruktion in der Mühlenstraße zu besprühen. Der nächste Umstand, der Resonanz unter Straßenkünstlern erzeugte, waren die Renovierungsarbeiten in der Gallery, die die unbefugte Graffiti-Galerie bzw. Hall of Fame der Berliner Graffiti-Community zerstörten. Einerseits wird die Berliner Mauer bis heute als Leinwand für Streetart positioniert. Andererseits funktioniert es nur innerhalb der East Side Gallery und erinnert immer die Betrachter daran, dass Kunst bzw. Streetart nur im Raum der Galerie existieren kann.

2017 hat die Berliner Streetart-Szene einen großen Schritt auf dem Weg zur Institutionalisierung und Legitimierung der Streetart getan: am 16. September 2017 wurde das URBAN NATION MUSEUM FOR URBAN CONTEMPORARY ART eröffnet. Das Ziel des Museums besteht darin, den kreativen Austausch zwischen Künstlern und Stadtbewohnern zu fördern und Bildungsangebote umzusetzen.

An dieser Stelle ergibt sich eine wichtige Frage, ob es im Rahmen der Moskauer Streetart-Szene ähnliche Institutionen möglich sind. Obwohl die Hauptstadtinitiativen den Ton der Streetart in Russland angeben und ein neues Umfeld für ihre Entwicklung bilden, ist diese künstlerische Praxis in Moskau noch nicht institutionalisiert. Dies kann jedoch eher als ein positiver Aspekt betrachtet werden, weil Streetart nicht im Museum oder in der Galerie untergebracht ist, sondern auf den Straßen der Stadt existiert.

Abschlussbemerkungen

Abschließend lässt sich betonen, dass die Entwicklungstrends der Streetart im städtischen Raum in Moskau und Berlin viele Gemeinsamkeiten haben. Obwohl Streetart in beiden



Ländern nicht völlig legitimiert ist und die Rechtssysteme noch keine ausdifferenzierten rechtlichen Kategorien dafür entwickelt haben, sind Streetart-Objekte ein wichtiger Bestandteil des urbanen Raums und ein Instrument der Kommunikation zwischen Künstlern und Stadtbewohnern. Die angeführten Beispiele und Präzedenzfälle lassen uns einen Schluss ziehen, dass Streetart in Moskau und Berlin als eine Bewegung betrachtet werden kann, die sich jeweils auf verschiedenen, durch historische, soziale und andere Besonderheiten beider Staaten bedingte Entwicklungsstufen sich befindet.

Bibliografie

1. Fuchs, Florian: *Gegen die Wand*, 2. Oktober 2011. <https://www.sueddeutsche.de/kultur/graffiti-in-berlin-gegen-die-wand-1.1153898> (zuletzt eingesehen am 3. September 2021).
2. Henke, Lutz: *Kill your darlings: The auto-iconoclasm of Blu's iconic murals in Berlin*, undatiert. <http://www.ephemerajournal.org/contribution/kill-your-darlings-auto-iconoclasm-blu%E2%80%99s-iconic-murals-berlin> (zuletzt eingesehen am 3. September 2021).
3. Henke, Lutz: "Why we painted over Berlin's most famous graffiti". In: *The Guardian* vom 19. Dezember 2014. <https://www.theguardian.com/commentisfree/2014/dec/19/why-we-painted-over-berlin-graffiti-kreuzberg-murals> (zuletzt eingesehen am 3. September 2021).
4. Mundy, Jennifer: *Lost Art: Keith Haring*, undatiert. <https://www.tate.org.uk/art/art-terms/g/graffiti-art/lost-art-keith-haring> (zuletzt eingesehen am 3. September 2021).
5. o.V.: "Das Ende der Kult-Graffiti in Kreuzberg". In: *Spiegel Panorama* vom 12. Dezember 2014. <https://www.spiegel.de/panorama/cuvry-brache-in-berlin-das-ende-der-kult-graffiti-in-kreuzberg-a-1008095.html> (zuletzt eingesehen am 3. September 2021).
6. o.V.: „Ostorožno: zakrašeno. V Rossii uničtožajut množestvo graffiti-šedevrov. Za čto vlasti ne ljubjat uličnoe iskusstvo?“ In: *Lenta.ru* vom 21. Juni 2020. <https://lenta.ru/articles/2020/06/21/graffiti/> (zuletzt eingesehen am 3. September 2021).
7. Ponosov, Igor': *Iskusstvo i gorod: Graffiti, uličnoe iskusstvo, aktivizm*. Moskva 2016.
8. Samutina, Natalia, Zaporozhets, Oksana: *Berlin, the city of saturated walls*. Moscow 2015.
9. Udovyčenko, Marija: *Tezaurus. Kratkij spravočnik po terminologii rossijskogo uličnogo*



iskusstva i graffiti. Sankt-Peterburg 2019.



6. Eine Diskussion über die schlechteste und die bestmögliche Welt - *Natalia Tschepelewa*

Natalia Tschepelewa, Lomonossow-Universität, Philosophische Fakultät. Sie erreichen die Autorin unter der E-Mail-Adresse: chepeleva.philos@mail.ru.

In der Geschichte der Philosophie gibt es verschiedene Meinungen über den Status der Welt. Und es gibt eine Diskussion über die schlechteste und die bestmögliche Welt. In diesem Artikel möchte ich über die Kritik Schopenhauers am leibnizschen Optimismus diskutieren. Leibniz argumentierte, dass unsere Welt die beste aller möglichen Welten sei. Es gebe eine vollkommene Harmonie zwischen dem physischen Reich der Natur und dem moralischen Reich der Gnade, und das Übel wird nach dem Prinzip der Zweckmäßigkeit zugelassen. Schopenhauer argumentierte, im Gegensatz zu Leibniz, dass unsere Welt die schlimmste aller möglichen Welten sei. Schopenhauer behauptete, dass Leben Leiden ist. In diesem Artikel werden die Argumentationen beider Philosophen diskutiert und miteinander verglichen, sowie die Fragen nach der Relevanz ihrer Argumente und der Beziehung zwischen Leibniz' optimistischer Metaphysik und Schopenhauers pessimistischer Metaphysik.

Das Argument für die bestmögliche Welt (Leibniz)

Seinen Beweis für die beste Organisation der Welt formuliert Leibniz in der „Theodizee“: „Ich nenne Welt die ganze Folge und das ganze Nebeneinandersein aller bestehenden Dinge, damit mehrere Welten zu verschiedenen Zeiten und an verschiedenen Orten hätten bestehen können; vielmehr muss man sie alle zu einer Welt zählen, oder wenn man will zu einem Universum. Selbst wenn man alle Zeiten und alle Orte ausfüllt, so bleibt es immer wahr, dass man sie auf unendlich verschiedene Art anfüllen könnte, und dass es eine Unzahl möglicher Welten giebt, von denen Gott die Beste wählen musste, weil er nicht anders, als nach der höchsten Vernunft handelt“ (Leibniz 1879: 104).

Um Gott zu verteidigen, behauptet Leibniz, dass Gott das Übel überhaupt nicht will, sondern es nur unbeschadet seiner Heiligkeit zulässt: „Es geschah dies um das Jahr 1673, und ich stellte darin schon als Thatsache hin, dass Gott die vollkommenste aller möglichen Welten erwählt habe und dass seine Weisheit ihn bestimmt habe, das mit ihr verbundene Uebel zuzulassen, was aber nicht hindere, dass diese Welt, alles in allem erwogen und überlegt, nicht doch die beste sei, die gewählt werden konnte“ (ebd.: 25).



Um genau zu belegen, wie Gott das Übel in der besten Welt zulässt, führt Leibniz Einteilung des göttlichen Willens ein (ebd.: 508-509):

I) *Der vorgehende Wille* (ernster und reiner Wille, mit dem Gott die Sünde hasst, aber den Tod des Sünders nicht will, weil er das Heil aller will);

II) *Der nachfolgende Wille* (entsteht aus dem Zusammentreffen aller vorgehenden Willen und ist die beste Wirkung, die nur durch Weisheit und Macht hervorgebracht werden kann).

Der nachfolgende Wille wird eingeteilt

a) *in den hervorbringenden* für die eignen Handlungen und

b) *in den erlaubenden* für die fremden Handlungen.

Das Übel kann zwar nicht der Inhalt des vorgehenden Willens Gottes sein, doch ist es manchmal ein indirekter Gegenstand seines nachfolgenden Willens, wenn ein größeres Gut nicht durch die Beseitigung des Übels erreicht werden kann. Gott selbst produziert nie ein Übel, lässt es aber manchmal zu.

Leibniz unterscheidet das Übel (und das Gute) nach drei Typen:

1. *Metaphysisches Übel* (besteht in der Endlichkeit der Welt);

2. *Physisches Übel* (Leiden und Schmerzen);

3. *Moralisches Übel* (wir haben einen freien Willen und eine Möglichkeit zu sündigen).

Das metaphysische sowie das physische Übel kann als Mittel zum größeren Guten fungieren. Dagegen kann das moralische Übel nur als eine mitbegleitende Bedingung verstanden werden.

Leibniz' Beweis beruht auf dem Glauben an das Dasein Gottes. Darüber hinaus ist es streng rational und logisch und kann wie folgt dargestellt werden:

1. Gott kann nur ein Universum aus einer unendlichen Anzahl möglicher Universen auswählen.

2. Gott ist ein ideales Wesen und trifft seine Entscheidungen auf der Grundlage des Intellekts.

3. Diese Welt, von Gott gewählt, ist die beste Welt.

Um zu begründen, warum das Übel überhaupt existiert, führt Leibniz auch den Begriff des freien Willens Gottes ein. Göttliches Willenshandeln ist spontan und absichtlich, es ist nicht bestimmt, was bedeutet, dass nicht nur diejenigen Dinge möglich sind, die Gott wählt. Die Zahl der möglichen Welten ist unendlich, jede von ihnen wird vom göttlichen Willen vollkommen erkannt und das Verhältnis von Gut und Übel in jeder von ihnen variiert. Die



einzig wirkliche Welt, die beste aller möglichen, kann nicht ohne das Übel auskommen, dessen Zusammenspiel mit dem Guten jedoch eine vollkommene Harmonie bildet.

Es gibt eine vollkommene Harmonie zwischen dem physischen Reich der Natur und dem moralischen Reich der Gnade, und das Übel wird nach dem Prinzip der Zweckmäßigkeit zugelassen. Das Übel kann ein Grund für das Gute sein.

In dem Artikel «Leibnizian Optimism» untersucht K. Wilson ausführlich die theoretischen Grundlagen der optimistischen Ideen von Leibniz (Wilson 1983: 765-783). Sie diskutiert die traditionelle Interpretation, wonach der Optimismus direkt aus der Anwendung zweier grundlegender Prinzipien der Leibniz-Metaphysik erwächst: des Prinzips des hinreichenden Grundes und des Prinzips der Vollständigkeit. K. Wilson lehnt jedoch die traditionelle Interpretation ab. Stattdessen argumentiert sie, dass der Optimismus von Leibniz auf einer anderen zweifachen Prämisse beruht: auf einem bestimmten Gottesbegriff und auf einem konkreten Verständnis dessen, was die Güte der besten aller möglichen Welten bedeutet. Der Optimismus von Leibniz beruht nicht auf seinem Festhalten an zwei rationalen Prinzipien, sondern auf der Übernahme des Gottesbegriffs als göttlichen Strategen von Malebranche. Die Tatsache, dass die Welt die Schöpfung eines überaus mächtigen, weisen und wohlwollenden Wesens ist, impliziert, dass sie in Übereinstimmung mit dem von Malebranche beschriebenen harmonischen System der Gesetze regiert wird.

Das Argument für die schlechteste Welt (Schopenhauer)

Der Optimismus von Leibniz beruht auf der Idee eines all-gütigen Gottes, der diese Welt auf die beste Art und Weise arrangiert hat. Der Atheist Schopenhauer verwendet diese Prämisse nicht, seine Welt ist das Produkt eines unbewussten Willens, der keineswegs die Quintessenz aller möglichen Vollkommenheit ist. Das Prinzip der Existenz der Welt hat keine Grundlage – das heißt, wir haben keinen Garanten für die Existenz eines guten Zwecks, dem das Übel dient, wie Leibniz argumentierte.

Schopenhauer versucht zu zeigen, dass Optimismus eine illegale Selbstverherrlichung des Willens ist, um selbstgefällig zu leben und sich selbst in seiner Schöpfung zu bewundern. Schopenhauer stellt Leibniz Argument in Frage, dass das Übel ein Mittel zu einem größeren Gutem sein kann, indem er argumentiert, dass das wahre Leiden niemals durch zukünftigen Freuden zerstört wird, weil jene ihre eigene Zeit genauso füllen wie diese. Schopenhauer vergleicht Gut und Übel in dem Aufsatz „Von der Nichtigkeit und dem Leiden des Lebens“ und behauptet: „Denn, dass Tausende in Glück und Wonne gelebt hätten, höbe ja nie die Angst und



Todesmarter eines Einzigen auf: und eben so wenig macht mein gegenwärtiges Wohlsein meine früheren Leiden ungeschehen. Wenn daher des Übeln auch hundert Mal weniger auf der Welt wäre, als der Fall ist; so wäre dennoch das bloße Dasein desselben hinreichend, eine Wahrheit zu begründen, welche sich auf verschiedene Weise, wie wohl immer nur etwas indirekt ausdrücken lässt, nämlich, dass wir über das Dasein der Welt uns nicht freuen, vielmehr zu betrüben haben...“ (Schopenhauer 1919: 661).

Schopenhauer argumentiert, dass die Welt instabil ist, und wenn es noch ein bisschen schlimmer wäre, könnte sie überhaupt nicht mehr existieren. Die Schöpfung steht ständig an der Schwelle einer Katastrophe, und die Freisetzung irdischer Kräfte zerstört die Bewohner der Oberfläche, wie das die Zerstörung Pompejis sowie die Erdbeben in Haiti und Lissabon belegen. Die gepriesenen Vollkommenheiten des Universums sind nur notwendige Bedingungen, die die Existenz der Welt minimal unterstützen. Auch in der lebenswichtigen Aktivität biologischer Organismen findet Schopenhauer ein Programm, das seinem System gerecht wird: Die Bedingungen für das Leben jedes Lebewesens sind in einem minimalen Umfang gegeben, sie reichen nur aus, um die Bedürfnisse zu befriedigen und die Nachkommen zu unterstützen – nachdem sie die Funktion der Zeugung erfüllt haben, wird der Wille dem Individuum gleichgültig, und dieses ist zum Tode verurteilt. Unbekannte Fossilien stellen Beweise für andere Welten dar, deren weitere Existenz unmöglich wurde und die daher sogar etwas schlechter waren als die schlimmstmögliche Welt.

S. Shapshay präsentiert Schopenhauers Beweis aus dem Aufsatz «Von der Nichtigkeit und dem Leiden des Lebens» wie folgt (Shapshay 2019: 87):

1. Es gibt ein instabiles physisches Gleichgewicht im Planetensystem.
2. Das gleiche Problem liegt auch in der Struktur der Erdkruste vor.
3. Eine kleine Modifikation in der Atmosphäre provoziert Cholera, Gelbfieber und Pest.
4. Wenn die Welt ein bisschen schlechter als jetzt wäre, dann könnte das Leben auf diesem Planeten gar nicht existieren.
5. Falls das Leben wirklich existiert, muss diese Welt die schlimmste aller möglichen Welten sein.

Meiner Meinung nach ist Schopenhauers Argument eher irrational und rhetorisch. Es sieht wie eine Parodie aus. Das Problem liegt im vierten Punkt. Es gibt keine Beweise, für das Urteil Schopenhauers. Aus den Prämissen 1, 2, 3 kann nicht auf 4 geschlossen werden. Dieses Argument ist nicht logisch.

Schopenhauer schreibt in seinem berühmten Aphorismus: „Sogar aber lässt sich den



handgreiflich sophistischen Beweisen Leibnizens, daß diese Welt die beste unter den möglichen sei, ernstlich und ehrlich der Beweis entgegenstellen, daß sie die schlechteste unter den möglichen sei. Denn Möglich heißt nicht was Einer etwan sich vorphantasiren mag, sondern was wirklich existiren und bestehen kann. Nun ist diese Welt so eingerichtet, wie sie seyn mußte, um mit genauer Noth bestehen zu können: wäre sie aber noch ein wenig schlechter, so könnte sie schon nicht mehr bestehen. Folglich ist eine schlechtere, da sie nicht bestehen könnte, gar nicht möglich, sie selbst also unter den möglichen die schlechteste“ (Schopenhauer 1919: 683).

Schopenhauers Argument ist leicht zu widerlegen. Schopenhauer kommt zu dem Schluss, dass die bloße Tatsache der Existenz des Bösen ausreicht, um zu behaupten, dass die Existenz der Welt uns traurig machen sollte. Aber die bloße Tatsache der Existenz des Bösen bedeutet nicht, dass die Welt im Prinzip nicht existieren sollte – bestenfalls sollte die Welt nicht das sein, was sie ist. Darauf weisen Schubbe und Koßler hin (Schubbe, Koßler 2014: 76-78).

Schopenhauer sagt, dass das Leiden in der Gegenwart nicht durch die Freuden in der Zukunft zerstört wird, weil sie verschiedene Zeiten ausfüllen. Das macht das Argument von Leibniz aber nicht zunichte. Leibniz sagt weder, dass es kein Leiden gibt, noch behauptet er, dass das Leiden ausgelöscht wird. Leibniz schreibt, dass aktuelles Leid die Ursache für späteres Glück sein kann, was nicht im Widerspruch zu Schopenhauers Intuition steht, dass verschiedene Zeiten mit Unglück und Freude erfüllt sind.

Dass das Leiden programmiert ist, zeigt Schopenhauer am Beispiel der Tatsache, dass jedes Raubtier ein lebendiges Grab von Tausenden anderer Tiere ist. Dieses Phänomen kann jedoch an das Optimismus-System dadurch angepasst werden, dass auf das physische Übel von Leibniz verwiesen wird: Das Unglück von einem kann die Grundlage für das Glück mancher anderen sein. Zum Beispiel töten viele Raubtiere schwache und kranke Tiere und ermöglichen damit Überleben für die anderen Tiere.

Schopenhauer stimmt zu, dass Berge und Täler in den Sonnenstrahlen schön sind. Vielleicht gibt es denn wenigstens etwas Schönes in der schlimmsten aller möglichen Welten?

Der Doppelcharakter des Schopenhauer-Systems, den die meisten Forschern seiner Philosophie hervorheben, kann auch in diesem Zusammenhang gesehen werden. Es entsteht eine „Philosophie für die Welt“ – Schopenhauers eudämonistische Ethiklehre, die mit dem Status des Begründers des philosophischen Pessimismus schwer verträglich ist. Als Grundlage für eine Theorie des moralischen Verhaltens, wo der Asket als das ethische Ideal gilt, scheint



die Worst-World-These angemessen. Aber die Ethik der Askese findet schon im Schopenhauer-System selbst keine hinreichende Begründung.

Die Interpretation der Möglichkeit

Schopenhauer und Leibniz gehen von den unterschiedlichen Interpretationen der Möglichkeit aus. Obwohl der Begriff einer «möglichen Welt» schon früher, etwa bei Epikur, auftauchte, war Leibniz der erste unter den Philosophen, der die Idee möglicher Welten konzeptionell beschrieb.

Interessant ist jedoch Jérôme Laurents Verweis darauf, dass die Antike, die keine Idee einer Schöpfung aus dem Nichts («ex nihilo») kannte, auch keine Idee einer „möglichen Welt“ fassen konnte. Laurent unterscheidet zwei Stadien in der Entstehung dieser philosophischen Idee. In der theologischen Phase, die in dem Dekret von 1277 über die göttliche Allmacht gipfelte, waren sich alle Theologen darin einig, dass Gott viele Welten erschaffen könnte, wenn er nur wollte. Dann kommt die sprachliche Phase, wo etwa nach Suarez, also gegen Ende des 16. Jahrhunderts, das lateinische Syntagma «mundus possibilis» oder «mundi possibles» auftaucht. Ab dem 17. Jahrhundert entbrennt ein Streit um die möglichen Welten zwischen Malebranche und Leibniz einerseits und Descartes andererseits. Descartes verteidigte die These von der Erschaffung ewiger Wahrheiten und lehnte die Möglichkeit der Erschaffung anderer Welten ab, Malebranche und Leibniz glaubten hingegen, dass ewige Wahrheiten nicht anders sein könnten, während Welten es könnten (Laurent 2010: 15).

Die Welt ist für Leibniz möglich, wenn sie der Logik nicht widerspricht. Es gibt unendlich viele mögliche Welten, von denen Gott jede betrachtet hatte, bevor er die wirkliche Welt erschuf. Da Gott gut war, beschloss er, die bestmögliche Welt zu erschaffen, und glaubte, dass die beste die sein sollte, in der das Gute das Übel bei weitem übertrifft. Er hätte eine Welt ohne das Übel erschaffen können, sie wäre aber nicht so gut wie die wirklich existierende Welt. Deshalb ist ein großes Gutes logischerweise mit etwas Übel verbunden. Ich denke, man kann Russells Schlussfolgerung zustimmen: die Lösung von Leibniz für das Problem des Übels sei logisch möglich, aber nicht überzeugend (Russell 2007: 106).

Es scheint, dass Schopenhauer über eine andere Möglichkeit spricht. Die Welt ist aber für Schopenhauer möglich, wenn das Leben existieren kann. Wir können andere schlechteste Welten finden, aber sie existieren nicht mehr.

Wir können uns eine Welt vorstellen, die genau der tatsächlichen entspricht, aber dem Los jedes einzelnen fühlenden Wesens eine zusätzliche Woche sinnlosen, unablässigen



Schmerzes zuordnen. Es gibt keinen Grund für die Annahme, dass eine solche Welt nicht weiter existieren könnte, dagegen einen guten Grund für die Annahme, dass es noch schlimmer wäre. Um Verlegenheit zu vermeiden, unterscheidet Schopenhauer zwischen dem, was wir uns vorstellen können und dem, was weiter existieren kann.

Im Artikel «Schopenhauer's Pessimism» gibt Janaway einen interessanten Kommentar dazu: „Er möchte unter „möglichen“ Welten so etwas wie „lebensfähige“ Welten verstehen (im Gegensatz zu Welten, deren Beschreibung keinen Widerspruch enthält). Aber ... die Frage sollte nicht sein, wie viele lebensfähige Welten es tatsächlich gibt – vermutlich ist die Antwort „eine“ – sondern wie viele nicht-tatsächliche Welten lebensfähig wären. Schopenhauer hat die Unmöglichkeit anderer lebensfähiger Welten als dieser nicht gezeigt, aber noch schlimmer als sie“ (Janaway 2006: 322)

Schopenhauers eigener Beweis ist logisch und argumentationstheoretisch viel schwächer als der von Leibniz. Schopenhauers Beweis stimmt nicht mit seiner eigenen Philosophie überein und sieht wie eine künstliche Konstruktion aus, während der Beweis von Leibniz sich gut in sein System einfügt. Schopenhauers Argument für die schlechteste-Welt-These basiert auf dem Nachweis, dass die physikalischen Lebensbedingungen auf dem Planeten unzuverlässig sind. Schopenhauer bezieht sich in dieser Argumentation nicht auf den Lebenswillen, auf die Ideenlehre oder auf andere zentrale Begriffe seines Systems.

Die möglichen Lösungen für die Diskussion

Die beiden diskutierten Argumente haben ihre Schwächen. Schopenhauers Kritik am leibnizschen Optimismus mag berechtigt sein, doch sein eigenes Argument ist noch schwächer. Leibniz' Argument ist zwar strenger, beruht aber auf der Existenz eines allgütigen, allwissenden und allmächtigen Wesens. Heute kann ein solches Postulat nicht mehr als Argument für einen wissenschaftlichen Beweis akzeptiert werden. Schopenhauer greift auf eine solche Prämisse nicht zurück, seine Welt ist ein Produkt des unbewussten Willens, der nicht die Quintessenz aller möglichen Vollkommenheit ist und kein Ziel hat, die Welt bestmöglich zu gestalten. Schopenhauers Prinzip der Existenz der Welt hat keine Grundlage – das bedeutet, dass wir keine Garantie für die Existenz eines guten Zwecks haben, dem das Böse dient. Dabei haben Schopenhauer und Leibniz viele Gemeinsamkeiten. Manchmal sieht Schopenhauer wie ein Optimist aus. Es gibt verschiedene optimistische Motive in seiner Ethik, z. B. lehrt er uns, Mitleid zu haben.

Die tatsächliche Welt kann sowohl die beste als auch die schlechteste aller möglichen



Welten genannt werden, so dass die beiden Beteiligten an der im Artikel diskutierten Diskussion als Sieger angesehen werden können. Die Lösung des Problems von Hartmann scheint jedoch angemessener zu sein. Hartmann argumentierte, dass die Welt zugleich die beste und die schlechteste ist (Hartmann 1923). Seine Position kann als optimistischer Pessimismus beschrieben werden. Das Beste heißt nicht perfekt. Die beste Welt kann sehr schlecht sein. Die Welt ist sowohl die beste als auch die schlechteste.

Hartmann beschränkte sich nicht auf die Aussöhnung von Leibniz mit Schopenhauer. Er wollte in seiner Philosophie eine Synthese von Optimismus und Pessimismus darstellen, wobei unter Pessimismus die Philosophie Schopenhauers und unter Optimismus die Philosophie Hegels gemeint wurde. Ich frage mich, wie relevant es ist, das Hegelsche System Optimismus zu nennen. Immerhin spricht Hegel von keiner Evolution und schreibt der Natur keine Tendenz zur Perfektion zu. Höchstwahrscheinlich kann das Hegelsche System nur im Kontext der Philosophie Schopenhauers als Optimismus bezeichnet werden. Die Hegelsche Methodik wurde zu einer geeigneten Grundlage für Schopenhauers Argumentation, die meiner Meinung nach eher schwach ist. Daher denke ich, dass es die ursprüngliche Rezeption von Hegels Philosophie war, die den Pessimismus des Hartmann- und nicht den des Schopenhauer-Modells zum Zentrum der Diskussion über den Pessimismus von 1850-1870 machte.

Es gibt aber auch noch eine weitere Option in dieser Debatte, die eines „panglossianischen Pessimismus“: wenn wir in der besten Welt leben, wird nichts besser sein.

Bibliografie

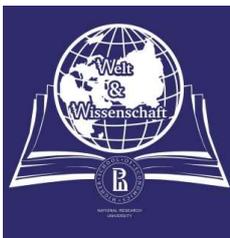
1. Hartmann, Eduard: *Philosophie des Unbewussten. Versuch einer Weltanschauung*. Berlin 1923.
2. Janaway, Christopher: "Schopenhauer's Pessimism". In: Janaway, Christopher (Hg.): *The Cambridge companion to Schopenhauer*. Cambridge 2006, S. 318-343.
3. Lorant, Žerom: "O nesuščestvovanii vozmožnyh mirov v antičnoj filosofii". In: Dragalina-Černaja, Elena (Hg.): *Vozmožnye miry. Semantika, ontologija, metafizika*, Moskau 2010.
4. Leibniz, Gottfried Wilhelm: *Die Theodicee*. Leipzig 1879.
5. Russell, Bertrand «Leibniz». In: *A History of Western Philosophy*, Novosibirsk, 2007.



6. Schopenhauer, Arthur: „Von der Nichtigkeit und dem Leiden des Lebens“. In: *Sämtliche Werke in 6 Bänden. Band II: Die Welt als Wille und Vorstellung II*. Leipzig 1919.
7. Schubbe, Daniel u. Matthias Koßler: *Schopenhauer-Handbuch: Leben, Werk, Wirkung*. Stuttgart, Weimar 2014.
8. Shapshay, Sandra: *Reconstructing Schopenhauer's Ethics Hope, Compassion, and Animal Welfare*. Oxford 2019.
9. Wilson, Catherine, «Leibnizian Optimism» In: *The Journal of Philosophy*, 80 (11): 1983.



III. Soziologie



7. Das Problem der staatsbürgerlichen Identität in der Bundesrepublik Deutschland – *Kamila Minichairowa*

Kamila Minichairowa, HSE, Fakultät für Geisteswissenschaften. Sie erreichen die Autorin unter der E-Mail-Adresse: kamila.minichairowa@yandex.ru.

Während des ganzen Lebens ist man auf der Suche nach eigener Identität, die den äußeren und inneren Raum um Menschen herum ordnet. Die Identität hilft uns, das Chaos zu überwinden und uns wieder mit der Individualität zu verbinden. Das Ziel dieses Artikels besteht darin, die Schüsselemente und Typen des Begriffes „Identität“ zu klären und sie am Beispiel von Deutschland zu analysieren. Darüber hinaus ist es wichtig, die Zusammenhänge zwischen dem Nationalstaat, geschichtlichen und zivilrechtlichen Merkmalen der Identifizierung darzustellen. Daher taucht immer wieder die Frage auf, welche Faktoren aus der Gesellschaft zum einheitlichen Identitätsmodell von der Nation beitragen und welche Hindernisse dabei heutzutage entstehen können. Ein Forschungsproblem betrifft auch die Bedeutung der Vergangenheit, die von der Gesellschaft auf verschiedene Weise wahrgenommen wird.

Die Identifikation wird von komplexeren Prozessen überlagert, die im Rahmen von sozialen Gruppen, Gesellschaft, auf nationaler und supranationaler Ebene stattfinden. Der Begriff „Identität“ wird bspw. von Eric Erickson häufig in Verbindung von Philosophie, Soziologie und Psychologie interpretiert. Unter Identität verstand er hauptsächlich die subjektive Selbstdefinition, die mit der Zugehörigkeit zu einer sozialen Gruppe verbunden ist. Darüber hinaus ist das wichtigste Identitätselement für Erickson die Geschichtlichkeit oder geschichtlicher Wandel. Identität kann nicht als Ergebnis oder Leistung präsentiert werden (Zakovorotnaja 1999). Jede Person ist mit Geschichte und gesellschaftlichem Wandel verbunden. Eine Identität zu haben bedeutet: Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft als Einheit wahrzunehmen und der Gegenwart auf der Grundlage der Vergangenheit zu widerstehen.

In der heutigen Welt wird das Problem der Identität und der Zugehörigkeit zu einem Objekt, zu einer bestimmten Gruppe immer wieder akuter. Die Globalisierung und das



Verschwimmen der Grenzen zwischen den Ländern, die Integrationsprozesse und die Migrationsströme wirken sich auf das Selbstverständnis und die Identität vieler europäischer Staaten aus. Diese Prozesse beeinflussen in der Folge den Verlauf der innen- und außenpolitischen Entwicklungen eines Landes. Die Menschen erwerben innerhalb von Gruppen und Staaten verschiedene Arten von Identitäten. Aufgrund des vielschichtigen Status der Selbstbestimmung kommt es zu einer „Identitätskrise“. Laut Erickson bedeutet das Konzept von „Identitätskrise“ die Angst vor Identitätsverlust, die Unsicherheit und die Ungewissheit, die besonders im Zeitalter der wissenschaftlichen und technologischen Revolution eine gewisse Reflexion der Vergangenheit bewirkt (ebd.). Auf der einen Seite gibt es einen ständigen Prozess der Identifizierung der Menschen mit einem Objekt, einem bestimmten Kollektiv, das sie von anderen Vereinigungen und Gruppen unterscheiden soll. Andererseits ist das Verständnis von nationaler und bürgerlicher Identität, von Gemeinschaft und Gesellschaft als verlässlichem Bezugspunkt unsicher.

Zugleich spielt der Nationalstaat eine zweideutige Rolle. Das heißt, dass die nationale und staatsbürgerliche Frage in den Mittelpunkt rückt. In der Realität des globalen Raums braucht man die Unterstützung des Staates und der Nation als Ganzes. Einerseits ergreift der Staat Maßnahmen zur Konsolidierung und zum Wiederaufbau der nationalen Identität des Landes. Andererseits trägt er im Rahmen der Internationalisierung und der europäischen Integration zur Konvergenz der Länder und zur Schwächung einer einheitlichen Identität bei. Es ist daher möglich, nur von einem modernen Identitätsmodell zu sprechen: das schließt sowohl die einzigartigen Merkmale der historischen und kulturellen Entwicklung als auch die gesamteuropäischen und globalen Werte ein.

Hinter der Identität verbergen sich verschiedene Ereignisse aus der Geschichte und der kulturellen Entwicklung, politische Faktoren, die zum Zusammenhalt oder zur Einheit der Nation beitragen, oder im Gegenteil, ein spaltender Faktor sind. In diesem Beitrag wird weiter das Verhältnis zwischen nationaler und bürgerlicher Selbstbestimmung in Deutschland kurz präsentiert. Die Situation mit Deutschland ist seit langem mehrdimensional in der Definition von Identität. Infolgedessen besteht das Forschungsproblem darin, die deutsche Identität auf mehreren Ebenen (regional, national und europäisch) zu betrachten. Die Entwicklung des staatsbürgerlichen Bewusstseins im Nachkriegsdeutschland ist in der Wissenschaft immer wieder aktuell. Deswegen lässt sich der Einfluss des politischen Systems auf die bürgerliche Identität berücksichtigen.

Fragen der Entnazifizierung, der „Kollektivschuld“ an den Verbrechen des



Nationalsozialismus und die Aufteilung der deutschen Nation durch politische Grenzen beeinflussten die Identitätsentwicklung. Die Wissenschaftler aus verschiedenen Bereichen werden sich immer wieder mit der Frage befassen, ob es sich bei Deutschland um ein Land mit einem abgeschlossenen nationalen Identitätsprozess handelt oder ob das Konzept einer „verspäteten Nation“ vorherrscht. Auf diese Weise wird die Erforschung und Bewahrung der verschiedenen Identitätsmodelle des Landes für das nachhaltige Funktionieren der Gesellschaft relevant bleiben.

Im Hauptteil des Artikels ist es wichtig, die Konzepte der kollektiven und nationalen Identität zu berücksichtigen und die am Beispiel der BRD zu erläutern. E. Kauganov weist auf die Bedeutung der kollektiven Identität hin, die ein gemeinsames Gedächtnis widerspiegelt: Schlüsselereignisse in der Geschichte der Nation (Kauganov 2015). Dies ist die Grundlage, die den Vektor für die Entwicklung der nationalen Identität bildet. Es ist wichtig, darauf hinzuweisen, dass die nationale Identität im Rahmen der Existenz anderer Staaten dann relevant ist, wenn die Mehrheit der Einwohner die gemeinsamen Werte der Nation kennt und akzeptiert. Die Sprache, mit der eine Nation ihr kulturelles Erbe bewahrt, spielt dabei eine wichtige Rolle. Nach J. G. Herder bilden Kultur und Sprache einen integralen Bestandteil der kollektiven Identität (Gerder 1977). Einerseits ist diese Art von Identität ein Teil der Selbstbestimmung eines Individuums, die ihm einen gewissen Raum gibt, sich von anderen nationalen Gemeinschaften zu unterscheiden. Andererseits hat die nationale Identität kollektive Merkmale und bewirkt, dass sich die Menschen zu einem Ganzen zusammenschließen.

Neben dem ethnokulturellen Ansatz sind auch zivilrechtliche Merkmale bei der Analyse der nationalen Identität entscheidend. Die Identifikation eines Individuums mit dem Staat ist eine Art sozialer Identität, die im Rahmen verschiedener Merkmale der gesellschaftlichen Entwicklung entsteht: bürgerliche, politische, wirtschaftliche und religiöse Merkmale des Landes (Rudakov 2020). Die bürgerliche Identität ist eine Form der sozialen Identität und umfasst den überindividuellen Charakter der Selbstbestimmung des Einzelnen und bezieht damit die Interessen der gesamten Gemeinschaft ein. Auf diese Weise wird eine Bürgergemeinschaft als gesamte Einheit gebildet, in der der Status der Verankerung in einem Nationalstaat wichtig ist. Dabei spielt das kulturelle Umfeld eine wichtige Rolle, das als eine Art des Bindegliedes für die politische und gesellschaftliche Praxis der Gesellschaft gilt.

Gleichzeitig entstehen Funktionen der Selbstverwirklichung, bei denen der Einzelne befähigt wird, als Teil einer bürgerlichen Initiative zu handeln und die Prozesse der



Zivilgesellschaft zu beeinflussen. Man realisiert die Einbindung mit Institutionen des Staates. Nach A. Ruchtin basiert diese Art von Identität auf den gemeinsamen Bedürfnissen und Interessen der Gesellschaft und bewahrt mehr Autonomie und Toleranz (ebd.). Auf diese Weise werden verschiedene Arten von Bürgerinitiativen verwirklicht und das Gefühl von Patriotismus entwickelt. Es ist zu hinzuzufügen, dass die bürgerliche Identität ein wichtiges Element der Zivilgesellschaft ist. Sie verkörpert die Einheit von Individuum, Gesellschaft und Kultur. Das heißt, politischer Aktivismus, soziale Initiativen und kulturelle Traditionen bilden eine Art bürgerliche Identität, die das Modell der kollektiven Identität ergänzt. Der nächste Teil des Beitrages wird sich mit den Besonderheiten der Identitätsentwicklung in der BRD befassen.

Die Wahrnehmung der Rolle der Kollektivschuld im Lichte der Vergangenheit und die neuen Werte in der DDR und der BRD konnten den weiteren Prozess der deutschen Wiedervereinigung, eine neue Etappe in der Bildung der nationalen Identität, beeinflussen. Die getrennte Existenz des Landes definierte zwei Arten der regionalen Identität. Im Prozess der komplexen Integration der Staaten gibt es immer noch Unterschiede in der Wahrnehmung der Nation. Unter Politikern und Soziologen gibt es Debatten über die Existenz einer einzigen Nation und die Notwendigkeit dieser Einheit für das Land (Groševa 2014). Einerseits wurde der Staat am 3. Oktober 1990 wiedervereinigt, aber es gab unterschiedliche Erwartungen von West- und Ostdeutschen und keine eindeutig positive Akzeptanz der Geschehnisse bei allen im Lande. Es ist nicht möglich, festzustellen, welche Identität heute vorherrscht, es ist aber notwendig, die Vergangenheit zu überdenken und sich auf den Entwicklungsweg des wiedervereinigten Deutschlands zu konzentrieren (Mazenova, Šarypina 2018). Im Hinblick auf die weitere Entwicklung des wiedervereinigten Deutschlands sei in diesem Zusammenhang der Trend der deutschen Identität zur Europäisierung festzustellen, so L. Probst. Der komplexe Prozess von Verarbeitung der Vergangenheit und von Übernahme der Kollektivschuld implizierte eine intensivere Identitätssuche. Dieser Impuls drückte sich vor allem in einer offeneren Akzeptanz der Globalisierung und der Überwindung der Grenzen des Nationalstaates aus (Martynova 2013).

Neben den regionalen Identitätsmodellen ist auch die europäische Identität der Deutschen von Bedeutung. Es ist jedoch wichtig zu erkennen, dass diese Bereitschaft ein Verständnis und eine Förderung humaner Werte voraussetzt, insbesondere im Rahmen der unruhigen Kriegsvorgeschichte und der Befreiung von Schuld. Die Kategorien des modernen Deutschlands wie Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Föderalismus und europäische Integration



bilden eine solide Grundlage für eine europäische Identität. Im Großen und Ganzen kennzeichnen diese Werte Tendenzen des „Verfassungspatriotismus“ (Popcov 2015).

Aufgrund der zahlreichen Migrantenströme wird der Faktor des Ethnokulturalismus für die nationale Identität wieder relevant, bei dem es nicht nur darum geht, die einzigartigen Werte und Traditionen der Nation zu bewahren, sondern auch darum, einen günstigen Raum für die Vertreter anderer Kulturen zu schaffen. Diese Prozesse haben zur Entwicklung des Modells des Multikulturalismus beigetragen. Gleichzeitig ist die Rolle des Nationalstaats zu erwähnen, der die Integration innerhalb des Landes aktiv fördert und damit die Identitätspolitik sowie die Bildungs- und Sprachpolitik verändert (Semenenko 2016).

Im Rahmen der Integration von Migranten blieb das Konzept der „Kulturnation“ wichtig und betonte die Notwendigkeit der Anerkennung deutscher historischer und kultureller Werte, insbesondere durch verschiedene kulturelle Gemeinschaften. Darüber hinaus ist der rechtliche Aspekt im Rahmen der nationalen Identität zu erwähnen. Das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland führt den Begriff des „Deutschen Volkes“ ein. Laut dem ersten Paragraphen werden die Menschenrechte als Grundlage der Gerechtigkeit in der Welt anerkannt. Außerdem ist zu berücksichtigen, dass die Deutschen im Sinne des Gesetzes diejenigen Personen sind, die die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen (Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland). Der Begriff „Volk“ ist also ein allumfassender Begriff, der die jüngsten Entwicklungen widerspiegelt. In diesem Zusammenhang kann man von einem nationalen Identitätsmodell sprechen, das verschiedene nationale Gemeinschaften einschließt und die Werte des Humanismus und der Toleranz entwickelt.

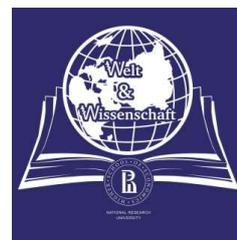
Zusammenfassend ist es wichtig zu berücksichtigen, dass in dem komplexen Prozess der Suche nach Identitätsmodellen ein gewisser Gegensatz zwischen ethnisch-kulturellen und staatsbürgerlich-rechtlichen Identifikationsfaktoren besteht. Für die Nation sind geografische, historische und kulturelle Komponenten und staatsbürgerliche Grundsätze gleichzeitig wichtig für das Funktionieren der politischen Ordnung. Die Entwicklung einer Nation in einer globalisierten Welt hängt davon ab, inwieweit die Gesellschaft und der Staat bereit sind, Modelle der Identitätsbildung auf verschiedenen Ebenen zu akzeptieren. Obwohl der Status von Nation als Volk mit der einheitlichen Staatsbürgerschaft dargestellt wird, bleiben verschiedene ethnokulturelle und regionale Gruppen in der Gesellschaft, die die Grenzen der Nation überqueren können. Dies schafft die Hindernisse für die Weiterentwicklung des Landes. Die historische Entwicklung Deutschlands war geprägt von Prozessen der



Verteidigung nationaler Interessen und sich ständig verändernden Identitätsmodellen. Nur wenn man auf der Vergangenheit aufbauen kann, ist es möglich, das einzigartige Erbe des Landes für heutige und künftige Generationen zu bewahren. In zukünftiger Forschung lassen sich die verschiedenen Ebenen der Identität in Deutschland mit bestimmten Gruppen der Bevölkerung ausführlicher analysieren. Außerdem wäre es aktuell, die Aufmerksamkeit der Akzeptanz von Geschichtlichkeit und rechtlichen Faktoren unter den unterschiedlichen Altersgruppen zu widmen.

Bibliografie

1. Gerder, Iogann Gottfrid: *Idei k filosofii istorii človechestva*. Moskva 1977.
2. Groševa, Galina: „K voprosu o periodizacii processa transformacii nacional'noj identičnosti v Germanii vtoroj poloviny XX-XXI V.“ (po materialam Rossijskoj istoriografii). In: *Sibirskie istoričeskie issledovanija* 1 (2014), S. 33-48.
3. *Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland*, Art 116. https://www.gesetze-im-internet.de/gg/art_116.html (zuletzt eingesehen am 27. Juli 2021).
4. Kauganov, Evgenij: *Soderžanie i dinamika nemeckoy nacional'noj identičnosti posle Vtoroj mirovoj vojny (1945—2000-ye gg.)*. Moskva 2015.
5. Mazonova Marija, Šarypina Tat'jana: „Grani nemeckoy mental'nosti i poiski nacional'noj identičnosti v sociokul'turnom kontekste Germanii na rubeže XXI veka“. In: *Vestnik Baltijskogo federal'nogo universiteta im. I. Kanta. Serija: Filologija, pedagogika, psihologija* 2 (2018), S. 59-69.
6. Martynova, Marina: *Očerki o evropejskoj identičnosti i mnogokul'turnosti*. Moskva 2013.
7. Popcov, Dmitrij: „Specifika Evropejskogo i nacional'nogo urovnej v strukture identičnosti nemcev (istoriko-statističeskij aspekt)“. In: *Vestnik TGPU* 9 (2015), S. 262-269.
8. Rudakov Sergej, Filipcev, Konstantin: „Političeskaja kul'tura i graždanskaja identičnost' kak elementy političeskoj sistemy obščestva“. In: *Filosofija i obščestvo* 1 (94) (2020), S. 25-36.
9. Semenenko, Irina: „Politika identičnosti i identičnost' v politike: etnonacional'nye rakursy, evropejskij kontekst“. In: *Polis. Politicheskie issledovanija* 4 (2016), S. 8–28.
10. Zakovorotnaja, Margarita: *Identičnost' človeka. Social'no-filosofskie aspekty*. Rostov-na-Donu 1999.



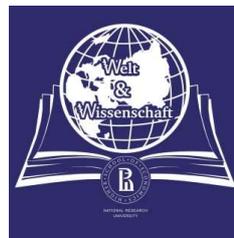
8. Russlanddeutsche als ethno-linguistische Gemeinschaft: Geschichte und aktueller Stand der jugendlichen Altersgruppe in Moskau - *Darja Rjasanzewa*

Darja Rjasanzewa, HSE, Fakultät für Geisteswissenschaften, Moskau. Sie erreichen die Autorin unter der E-Mail-Adresse: dsryazantseva@edu.hse.ru

Einführung

Russlanddeutsche sind eine der lebendigsten, kulturell, sozial und wirtschaftlich aktivsten Volksgruppen in unserem großen multinationalen Land. Trotz ihrer geringen Anzahl – nur etwa 0,3 % der Gesamtbevölkerung Russlands – bleiben sie ein wichtiger Bestandteil davon. Mitglieder dieser Gemeinschaft waren viele prominente Persönlichkeiten aus verschiedenen Bereichen des öffentlichen Lebens, ohne deren Entdeckungen und Leistungen wäre unser Land nicht das, was wir kennen.

Diese Gruppe hat eine Reihe von Problemen, deren Ursprünge auf den Anfang des zwanzigsten Jahrhunderts zurückgehen. Eins davon ist die territoriale Fragmentierung. Russlanddeutsche siedelten oder wurden in viele verschiedene Regionen wie das Wolgagebiet, den Altai, den Kaukasus, Sibirien und in andere Länder wie Kasachstan und zurück in ihre ethnische Heimat Deutschland umgesiedelt. Auch Identitäts- und Selbstidentifikationsfragen der Russlanddeutschen stehen im Fokus der Forschung. Wie viele Familienmitglieder müssen deutsch sein, und wie tief müssen die Wurzeln reichen, damit ein Mensch sagen kann: “Ich bin ein Russlanddeutscher”? Wie können das kulturelle Erbe und die Werte der Gruppe an die Nachkommen weitergegeben werden? Jurij Ichisonow, Philosoph an der Staatlichen Universität Burjatien, der sich in einer Reihe von Arbeiten mit der ethnisch-kulturellen Gruppe der Russlanddeutschen und ihrer Situation in Burjatien befasst hat, stellt fest: “Die Bewahrung einer Identität in einer anderen Gesellschaft mit jahrhundertealten Traditionen ist keine leichte Aufgabe. Was bedeutet “Deutschsein” für eine Gruppe von Menschen, deren Vorfahren sich vor mehreren Jahrhunderten in Russland niedergelassen haben, deren historisches Gedächtnis seither nicht Begriffe wie Kaiserreich, Weimarer Republik, die Konfrontation zwischen der DDR und der BRD umfasst, sondern eng mit



dem Zarenreich, der Oktoberrevolution, der UdSSR, der "Perestroika", der GUS verbunden ist?" (Ichisonov 2013: 86). Also besteht das Ziel meines Artikels darin, nachzuzeichnen, wie sich die Einstellung zur Gemeinschaft der Russlanddeutschen im Laufe der Geschichte verändert hat, und die aktuelle Situation am Beispiel ihrer jüngsten Mitglieder in Moskau zu beschreiben.

Das offizielle Informationsportal von RusDeutsch gibt folgende Definition der deutschen Gemeinschaft: "Russlanddeutsche sind Bürger der Russischen Föderation, UdSSR, Subjekte des Russischen Reiches, die deutsche genealogische Wurzeln haben und sich als Teil der deutschen Kultur, als Deutsche verstehen".⁴⁵ Es ist erwähnenswert, dass die anderen in diesem Artikel untersuchten Arbeiten nicht versuchen, eine klare Definition dieser ethnosprachlichen Gruppe zu geben, was andererseits verständlich ist, da die Definition einer so genannten subnationalen (wie von Jurij Ichisonov definiert) und teilweise marginalen Gruppe keine einfache Aufgabe ist. Wir stützen uns auf diese Definition für weitere Untersuchungen, insbesondere bei der Auswertung der Fragebögen der Befragten, die an der Umfrage teilgenommen haben.

Geschichte der Russlanddeutschen als ethno-linguistische Gemeinschaft

Die Wurzeln dieser Gemeinschaft reichen tief in die Geschichte unseres Landes zurück. Die Soziologin Elena Nazarova stellt fest: "Seit der ersten schriftlichen Erwähnung im Jahr 1199 über die Existenz eines "deutschen Hofes" in Nowgorod, der deutschen Sloboda in Moskau hat sich die deutsche Diaspora in Russland allmählich vergrößert" (Nazarova 2010: 99). Im Laufe der Jahre variierte die Einstellung dazu: von der Missgunst während der Herrschaft Iwans IV. aufgrund seiner Niederlage im Livländischen Krieg und den Verfolgungen während der Zeit der Wirren bis hin zu einem herzlichen Empfang während der Herrschaft Peters I., der 1702 ein Manifest "Über die Einberufung von Ausländern nach Russland mit dem Versprechen der Religionsfreiheit" herausgab, das verschiedene Fachkräfte, von Ingenieuren bis zu Künstlern, einlud, mit der Garantie der freien Reise innerhalb des Landes und vielen Privilegien. Der Wendepunkt in der Geschichte der Gemeinde war die offizielle Einladung Katharinas II. an ausländische Fachkräfte, sich in den freien Ländern des Russischen Reiches niederzulassen. Man garantierte ihnen Religionsfreiheit, zeitweilige Steuerfreiheit und Befreiung vom Militärdienst, was besonders

RusDeutsch - Informationsportal der Russlanddeutschen: Geschichte der Russlanddeutschen.
<https://geschichte.rusdeutsch.ru/22/45> (zuletzt angesehen am: 01.11.2020)



nach den tragischen Ereignissen des Siebenjährigen Krieges wichtig war. Auf der Abbildung 1 aus der Arbeit des Professors der American University of Central Asia, J. Otto J. Pohl, kann man Daten zu den Wellen der deutschen Auswanderung nach Russland im 18. und 19. Jahrhundert sehen.

Zu dieser Zeit hatten sich die Deutschen vor allem im Wolgagebiet angesiedelt und es entstand eine positive Einstellung zu ihnen als "Kolonisten", die dazu bestimmt waren, in dem für seine häufigen Dürren bekannten, semi-fruchtbaren Gebiet zu arbeiten. Seit dem Ende des 18. und während des gesamten 19. Jahrhunderts, insbesondere während der Regierungszeit Alexanders I., gab es mehrere große Wellen der deutschen Einwanderung in das Russische Reich. Meistens kamen sie in die Gebiete der Wolgaregion, der nördlichen Schwarzmeerküste; gegen Ende des 19. Jahrhunderts erweiterte sich die Geographie ihrer Besiedlung auf Zentralasien, Turkestan, Kasachstan, den Nordkaukasus, den Südrural und Teile Sibiriens. Während des Ersten Weltkrieges verschlechterte sich natürlich die Situation der Deutschen im Lande: Man nahm ihnen das Land weg, verbot ihnen, Eigentum zu besitzen, und in den großen Städten kam es zu einer Reihe von Pogromen. Es begann die Massenabwanderung dieser ethno-linguistischen Gruppe aus dem Land. Später, zwischen 1918 und 1921, kehrten über 100.000 Deutsche nach Deutschland zurück, wo einige blieben, aber viele gingen weg: in die USA, nach Kanada und Lateinamerika. Die Religionsgemeinschaft der Mennoniten (ein Zweig des Protestantismus, der sich unter anderem für die Verweigerung des Militärdienstes einsetzte), die zu dieser Zeit ebenfalls aktiv auswanderte, sollte gesondert erwähnt werden: mehr als 20.000 Menschen verließen das Land. Diejenigen, die in Sowjetrussland zurückblieben, hatten einen langen und schwierigen Weg vor sich: die Anerkennung ihrer Autonomie, Massendeportationen und das Verschwinden ihrer Heimatländer aus der Sowjetunion und natürlich Repressionen, sowohl in den Jahren vor dem Krieg als auch während des Krieges selbst.

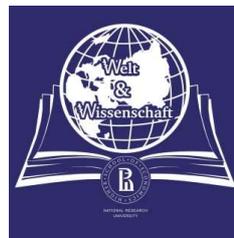
Die Autonome Sozialistische Sowjetrepublik der Wolgadeutschen ist eine bemerkenswerte Erscheinung in der sowjetischen Geschichte. Die bis 1941 bestehende Republik mit dem Verwaltungszentrum in Engels hatte Deutsch als zweite Amtssprache, nicht auf dem Papier, sondern in der Tat. Sie wurde in den Schulen gelehrt, und über 60 % der Bevölkerung des Gebietes waren deutschstämmig. Die Haupteerwerbszweige der Bevölkerung des RNP waren Ackerbau und Viehzucht. Die Republik hatte eine lange Tradition einer entwickelten landwirtschaftlichen Produktion. Nach der Machtergreifung der NSDAP in Deutschland begann die kulturelle Unterdrückung der Gemeinschaft in vollem Umfang. 1941,



mit dem Beginn des Großen Vaterländischen Krieges, versuchten viele Einwohner der ASSR an die Front zu kommen, um für die Sowjetarmee zu kämpfen, aber sie wurden eigentlich daran gehindert, aus Angst vor faschistischer Propaganda und Demoralisierung der Soldaten, obwohl immer wieder festgestellt wurde, dass der Großteil der Bevölkerung der Republik keine antisowjetische Einstellung hatte. Dennoch wurden im September desselben Jahres die Deutschen offiziell aus dem Gebiet der Wolgaregion vertrieben, was in der Folgezeit großen Schaden anrichtete: „Die meisten der nie geernteten Feldfrüchte gingen zugrunde, und ein großer Teil des Viehbestands verendete und wurde gestohlen, insbesondere im Hinterland des ehemaligen RNP. <...> Viele Dutzend ehemaliger deutscher Dörfer sind auch nach dem Krieg nicht wieder auferstanden“.⁴⁶ Außerdem wurden die Deutschen nicht nur umgesiedelt, sondern auch in Zwangsarbeitslager, vor allem im Ural, geschickt. Viele von ihnen starben unter unmenschlichen Bedingungen. In den Nachkriegsjahren verschärfte sich die Identitätskrise der Russlanddeutschen weiter. Sie wurden faktisch ihrer Rechte auf ein normales Leben beraubt und in ihrer Bewegungsfreiheit eingeschränkt. Die Unterdrückung der Russlanddeutschen zu dieser Zeit wird in dem Artikel der Historiker Eric Schmaltz und Samuel Sinner “You will die under ruins and snow”: The Soviet repression of Russian Germans as a case study of successful genocide” (“Ihr werdet unter Trümmern und Schnee sterben”: Die sowjetische Unterdrückung der Russlanddeutschen als Fallstudie eines erfolgreichen Völkermords) ausführlich beschrieben (Schmaltz, Sinner 2002). Viele von ihnen konnten die Sowjetunion nicht mehr als ihr Zuhause, ihre Heimat, empfinden.

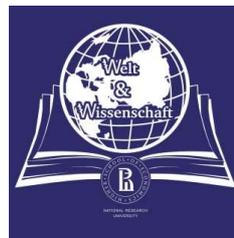
Und diese Haltung gegenüber den Deutschen in der UdSSR ist dem ersten Autor dieses Artikels vertraut, da er teilweise deutscher Herkunft ist. Obwohl er kein echter Nachkömmling der Russlanddeutschen ist – seine Familie sieht sich nicht als Teil der deutschsprachigen Kultur und die Geschichte seiner deutschen Vorfahren reicht nicht weiter als bis zum Beginn des letzten Jahrhunderts zurück – ist seine Familiengeschichte ein Beispiel dafür, dass sich sowohl die Geschichte als auch die aktuelle Situation des sprachlich-kulturellen Erbes der Russlanddeutschen gut nachvollziehen lässt. Sein Urgroßvater heiratete als Lohnarbeiter in Ostpreußen eine deutsche Frau namens Maria, in den 1920er Jahren zogen sie mit ihren drei Kindern zunächst nach Berlin und dann nach Moskau. Ursprünglich trugen sie die deutschen Namen Lieschen, Bruno und Witte. In sowjetischen Dokumenten wurden sie als Elisabeth, Boris und Viktor eingetragen und als Russen

⁴⁶ Hermann, Arkady: Respublika nemcev Povolzh'ja. <https://lexikon.wolgadeutsche.net/article/263> (zuletzt angesehen am: 01.11.2020)



registriert. Während des Großen Vaterländischen Krieges versuchten sie, ihre Herkunft zu verbergen und sprachen kein Deutsch, aber der Vater des Autors erinnert sich, dass er im Gespräch mit seiner Urgroßmutter Lise immer ihren deutlichen deutschen Akzent bemerkte.

1964 wurden die Sowjetdeutschen offiziell rehabilitiert und vom Vorwurf des Hochverrats freigesprochen, durften aber immer noch nicht in ihre ehemaligen Siedlungsgebiete, vor allem in die Wolga-ASSR, zurückkehren. Deshalb hatte sich die Zahl der Deutschen, die in ihre ethnische Heimat ausgewandert waren, dramatisch erhöht, sobald 1972 der Erlass des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR "Über die Aufhebung der in der Vergangenheit für bestimmte Kategorien von Staatsbürgern vorgesehenen Beschränkungen bei der Wahl des Wohnsitzes" angenommen worden war. In den 80er Jahren verbesserte sich die Situation nicht: Die Deklaration "Über die Anerkennung der Repressionshandlungen gegen die zwangsumgesiedelten Völker als ungesetzlich und verbrecherisch und über die Sicherung ihrer Rechte" vom 14. November 1989, die das Recht der Russlanddeutschen auf materielle Entschädigung für die durch die staatlichen Repressionen gegen sie erlittenen Verluste und die Rehabilitierung der APRN festlegte, wurde trotz aller Bemühungen der zur Unterstützung der Russlanddeutschen gegründeten öffentlichen Organisationen nie umgesetzt. Angesichts der zunehmenden Auswanderung von Russlanddeutschen begann die Regierung jedoch, die Gemeinde aktiver zu unterstützen. Eine öffentliche Stiftung "Russlanddeutsche" wurde gegründet und Kulturzentren wie das Deutsch-Russische Haus in Moskau, das auch die Moskauer Deutsche Zeitung beherbergte, wurden eröffnet. Es gibt Jugendverbände der Russlanddeutschen, wie z.B. "Warum бы и nicht" in Moskau, das Jugendzentrum Ural, den Interregionalen Öffentlichen Verband "Jugendring der Russlanddeutschen" u.a. Wir können sagen, dass sich die deutschsprachige Gemeinschaft nun stabilisiert hat, aber die zu Beginn des Artikels genannten Hauptprobleme bleiben unverändert, nämlich die territoriale Fragmentierung und die ethnische und kulturelle Selbstidentifikation. Nichtsdestotrotz besinnen sich immer mehr junge Russlanddeutsche auf ihre Identität und versuchen, sich mit der Kultur ihrer ethnischen Heimat auseinanderzusetzen, wozu auch die Digitalisierung der Kommunikation beiträgt, die den modernen jungen Russlanddeutschen zu mehr Zusammenhalt verhilft. Die Zahl der Russlanddeutschen mit ethnischen Sprachkenntnissen ist jedoch laut Studien, die im Laufe der Jahre durchgeführt wurden, gering und nimmt von Generation zu Generation ab, so dass die Deutschkenntnisse unter den jungen Gemeindemitgliedern auf einem eher niedrigen Niveau bleiben und nur wenige Menschen die Sprache von klein auf lernen: Die meisten

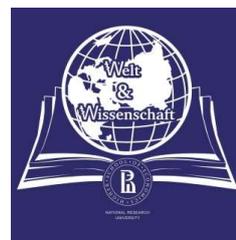


beginnen damit entweder in der Schule oder im fortgeschrittenen Alter. Ein Beispiel dafür sind die Ergebnisse einer Fragebogenstudie von Dania Salimova, Professorin an der Föderalen Universität Kasan, Linguistin und Forscherin der russlanddeutschen Sprache und Kultur: “Von 100 Befragten hatten nur 31 Deutschkenntnisse. Die Kinder und Enkelkinder dieser Befragten sprechen meist kein Deutsch. Wir haben die Befragten nach Alter (je nach Generation) in drei Gruppen eingeteilt. In der ersten Gruppe (ältere Generation) sprachen fast alle fließend Deutsch und betrachteten sich als Deutsche. Alle Befragten der zweiten Gruppe hatten im Gegensatz zu denen der ersten Gruppe keine klare Vorstellung von ihrer Herkunft. <...>. Die Befragten der dritten Gruppe hatten nur geringe Deutschkenntnisse. Nur ein Befragter gab Deutsch als seine Muttersprache an” (Salimova 2016: 27).

Es ist erwähnenswert, dass trotz der oben erwähnten sprachbezogenen Forschungsergebnisse immer mehr junge Russlanddeutsche über ihre Identität nachdenken und versuchen, sich mit der Kultur ihrer ethnischen Heimat auseinanderzusetzen. Im Jahr 2016 führten die Soziologinnen der Staatlichen Universität Tomsk, Julija Luc und Vera Orlova, eine Umfrage in Form einer Fragebogenerhebung unter den Teilnehmern des Nowosibirsker Forums “Russisch-Deutsch-Kasachisches Forum der Deutschen Jugend” zur Motivation der Teilnehmer an den Aktivitäten des “Deutschen Jugendverbandes” durch. Der größte Anteil der Befragten (20,6 %) gab als Antwort “die Möglichkeit, an der Kultur der Einheimischen und Vorfahren teilzuhaben” sowie “neue Informationen zu erhalten, zu lernen” (15,8 %) an (Luc, Orlova 2016: 295). Wie aus den Ergebnissen dieser Umfrage hervorgeht, lehnen die jungen Russlanddeutschen ihre Vergangenheit und ihr kulturelles Erbe nicht ab, sondern sind im Gegenteil aktiv bereit, sich darüber zu informieren, vor allem wenn sie dazu motiviert werden.

Jugendliche in der Gemeinschaft der Russlanddeutschen in Moskau: Eine empirische Forschung

Für den praktischen Teil der Studie wurde ein Fragebogen vorbereitet, der auf einem Formular basiert, das im Rahmen des Projekts “Languages of Moscow (Sprachen in Moskau)” erstellt wurde. Nach Angaben des Portals RusDeutsch lebten im Jahr 2010 4 817 Russlanddeutsche in Moskau, was 0,04 % der Gesamtzahl der Gemeindemitglieder in ganz Russland entspricht. Aus offensichtlichen Gründen ist Moskau eine der aktivsten Gegenden für Russlanddeutsche. Den Autoren des Artikels gelang es, von neun Mitgliedern der Moskauer Online-Community “Warum бы и nicht” eine Antwort auf den Fragebogen zu erhalten. Fünf Männer und vier Frauen nahmen an der Umfrage teil. Die meisten von ihnen



waren unter 30 Jahren. Alle haben die russische Staatsbürgerschaft, die meisten von ihnen haben bereits eine höhere Ausbildung erhalten, meist an russischen Universitäten. Alle wurden auf dem Territorium der Russischen Föderation geboren. Bemerkenswert ist, dass sich 70 % der Befragten mehr oder weniger als Deutsche identifizieren (Abb. 2), jedoch fast alle Russisch als ihre Muttersprache betrachten (Abb. 3). Auffällig ist noch eine interessante Besonderheit: Die Mehrheit der Befragten hatte deutsche Verwandte väterlicherseits (Abb. 4). Außerdem sind bei einigen Befragten die Verwandten, die in ihrer Erziehung eine Rolle spielten und die Deutsche waren, überwiegend Väter, Eltern von Vätern und Schwestern von Vätern. Fast alle wurden in der Schule auf Russisch unterrichtet, und fast niemand sprach vor der Schule Deutsch, während fast alle entweder in der Schule oder als Erwachsene mit dem Erlernen der Sprache als zweiter oder dritter Fremdsprache begannen (Abb. 5, 6). Im Durchschnitt sind die Befragten selten in Deutschland gewesen. Beispiele für Antworten aus den Fragebögen: "Einmal alle zwei Jahre", "Einmal in drei Jahren für ein paar Monate", "Selten, ich war schon viermal in Deutschland".

Gleichzeitig würden die meisten von ihnen gerne dorthin umziehen, um dort zu leben (Abb. 7). Was die Verwendung der ethnischen Sprache betrifft, so sprechen, lesen und verstehen durchschnittlich 40 % der Befragten diese Sprache gut, jedoch ist es für fast alle immer noch einfacher, auf Russisch zu kommunizieren und zu denken. Es ist erwähnenswert, dass viele von ihnen Zeitungen lesen, Nachrichten oder Lieder hören (und diese sogar noch häufiger als auf Russisch summen), Filme zumindest manchmal auf Deutsch sehen (Abb. 8-11). Viele haben deutschsprachige Bekannte, aber die Kommunikation auf der Arbeit und im Alltag findet überwiegend auf Russisch statt. Von den bevorzugten Nachrichtenpublikationen nannten die meisten die Moskauer Deutsche Zeitung, von den beliebten Treffpunkten der Gemeinde das Deutsch-Russische Haus. Einige besuchen die evangelische Peter-und-Paul-Kirche, die sich im Moskauer Stadtteil Basmannyj befindet. Interessant ist, dass ein Teil der Befragten katholische Weihnachten und Ostern feiert und auch 70% der Befragten Konversationsclubs besuchen (Abb. 12). Ihre Kinder sind jedoch größtenteils nicht der deutschen Kultur ausgesetzt (Abb. 13). Basierend auf den Ergebnissen der Umfrage können wir einige Verallgemeinerungen vornehmen. Junge Mitglieder der russlanddeutschen Gemeinschaft können nach folgenden Merkmalen gruppiert werden:

1. Die meisten wurden auf dem Territorium der Russischen Föderation geboren und kommunizieren hauptsächlich auf Russisch.
2. Sie haben in der Schule und später angefangen, Deutsch zu lernen.



3. Sie wollen Moskau verlassen und in ihre ethnische Heimat zurückkehren.
4. Sie üben die Sprache und haben im Allgemeinen eine Vorstellung vom kulturellen Leben der Gemeinde: Sie lesen Zeitschriften, sehen Filme, hören Musik, besuchen Konversationsclubs; sie sind Mitglieder der Online-Community "Warum бы и nicht", kennen das Hauptzentrum der deutschen Kultur in der Stadt.
5. Zugleich führen diejenigen, die Kinder haben, diese nicht an die deutsche Sprache und Kultur heran.
6. Die meisten von ihnen betrachten sich als ethnisch deutsch.

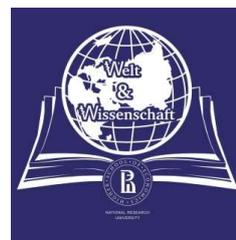
Schlussfolgerungen

Welche Zusammenfassungen können aus den erhaltenen Informationen gezogen werden?

Trotz ihrer starken ethnischen Identität sind die Gemeindemitglieder in Bezug auf die Sprache nicht so aktiv. Außerdem sind nur wenige schon lange in Deutschland. Besonders bedrückend ist, dass keine Bemühungen unternommen werden, die Sprache und Kultur an die Kinder der Befragten weiterzugeben. Olga Martens, Vizepräsidentin des Internationalen Verbandes der Deutschen Kultur (IVDK), weist in ihrem Interview für *The Village* auf das gleiche Problem hin: "... die Menschen leben in Illusionen – sie sagen, Deutsch sei ihre Muttersprache, ohne sie zu kennen und ohne sich zu bemühen, sie zu lernen. Ich verurteile nicht diejenigen, die kein Deutsch sprechen und sich trotzdem als Deutsche bezeichnen. Aber ich glaube, dass jeder Russlanddeutsche alles daran setzen sollte, dass seine Kinder und Enkelkinder die Sprache sprechen – nur so kann die verlorene Kette wiederhergestellt werden".⁴⁷

Deutsche Wurzeln zu haben, auch wenn sie tief in der Geschichte liegen, garantiert also nicht die volle Zugehörigkeit zu einer ethno-kulturellen Gemeinschaft und das volle Bewusstsein, ein Mitglied dieser Gemeinschaft zu sein. Vor allem, wenn sie nicht auf der Kenntnis der angestammten Sprache, der ethnischen Sprache, beruht und nicht an die nächsten Generationen weitergegeben wird. Schließlich besteht in einem solchen Fall eine extrem hohe Wahrscheinlichkeit des allmählichen "Aussterbens" der Gruppe, deren kulturelles Erbe nur noch in der Geschichte bestehen bleibt.

⁴⁷ Safonova, Kristina: Rossijskie nemcy — o žizni v dvuch kul'turach. 27. April 2016. <https://www.the-village.ru/people/people/234233-nemtsy> (zuletzt angesehen am: 01.11.2020)



Abschließend ist anzumerken, dass, wenn dieser Trend allein am Beispiel der Moskauer Diaspora gesehen wird, dies noch einmal die Relevanz dieser Studie und die Möglichkeit ihrer Ausweitung über eine Stadt hinaus aufgrund der Zerstreung der Gemeinschaft unterstreicht. Einer der skizzierten Wege ist die Durchführung von Tiefeninterviews mit Russlanddeutschen, die nach Deutschland ausgewandert sind.

Die Anhänge

Table 1. Main immigration waves of Germans to the Russian Empire (Kabuzan 2003:50; Stricker 2000:165).

Years	Source in Central Europe	Destination in Russian Empire	Approximate number of migrants
1763–69	Hesse	Volga	25,000
1789–1809	West Prussia	Black Sea region	18,000
1804–56	Baden Wurttemberg and Alsace	Black Sea region	100,000
1831–80	Northern Germany and Poland	Volhynia	170,000

Abb. 1. Die wichtigsten Wellen der deutschen Einwanderung in das Russische Reich.

Как Вы определяете свою национальность?
10 ответов

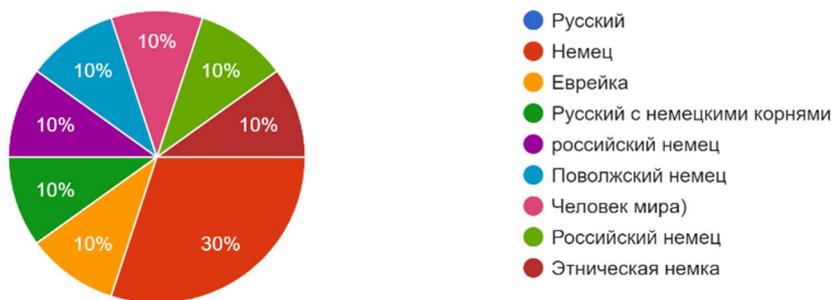


Abb. 2. Wie definieren Sie Ihre Nationalität?

(Die Varianten der Antworten: *Russe, Deutscher, Jüdin, Russe mit deutschen Wurzeln, Russlanddeutscher, Wolgadeutscher.*)

Какой язык Вы считаете своим родным?
10 ответов

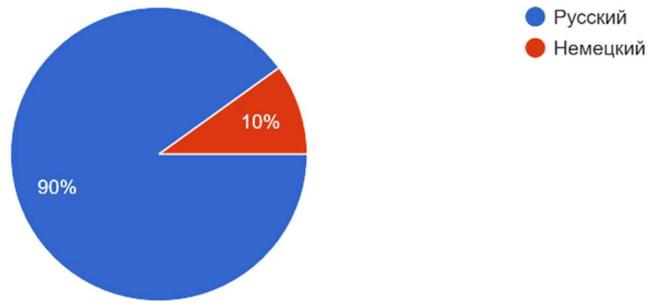


Abb. 3. Welche Sprache betrachten Sie als Ihre Muttersprache?
(Die blauen Spalten stehen für die Antwort "Russisch".)

Национальность Ваших родителей

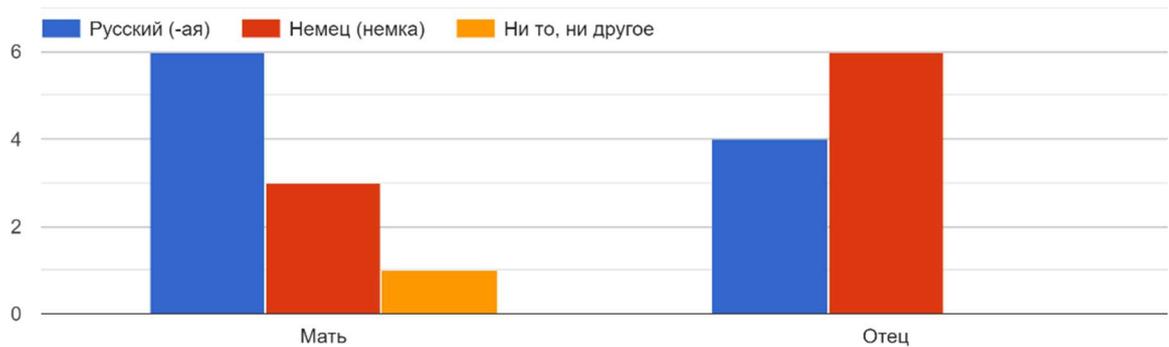


Abb. 4. Die Nationalität Ihrer Eltern.

(Auf der linken Seite stehen die Antworten zur Nationalität der Mutter und auf der rechten Seite – die Antworten zur Nationalität des Vaters. Die roten Spalten beziehen sich auf die Antwort "Deutsch".)

Хотели бы Вы уехать на постоянное место жительства на этническую родину?
10 ответов

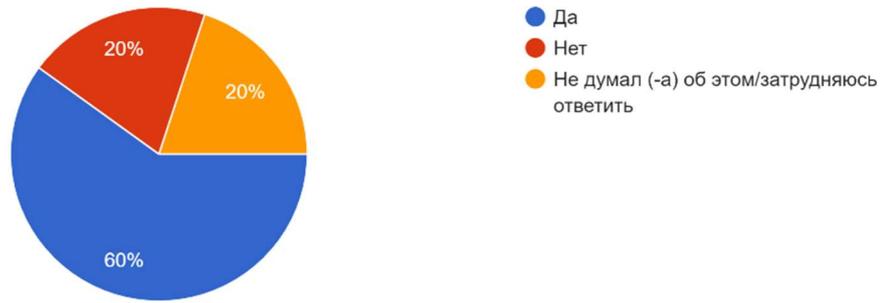


Abb. 7: Würden Sie gerne dauerhaft in Ihr ethnisches Heimatland ziehen?
(Die blaue Sektion steht für die Antwort "Ja".)

На каких языках Вы читаете ГАЗЕТЫ И ЖУРНАЛЫ?

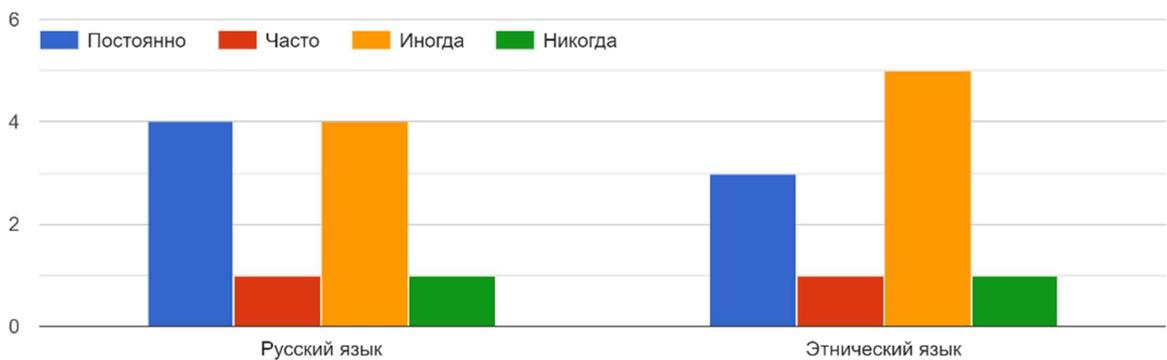


Abb. 8: In welchen Sprachen lesen Sie Zeitungen und Zeitschriften?
(Auf der linken Seite stehen die Antworten zur *Russischen Sprache* und auf der rechten Seite – die Antworten zur *Deutschen Sprache*. Die blauen Spalten beziehen sich auf die Antwort "die ganze Zeit", die roten – auf die Antwort "oft", die gelben – auf die Antwort "manchmal", die grünen - auf die Antwort "nie".)

На каких языках Вы смотрите/слушаете НОВОСТИ?

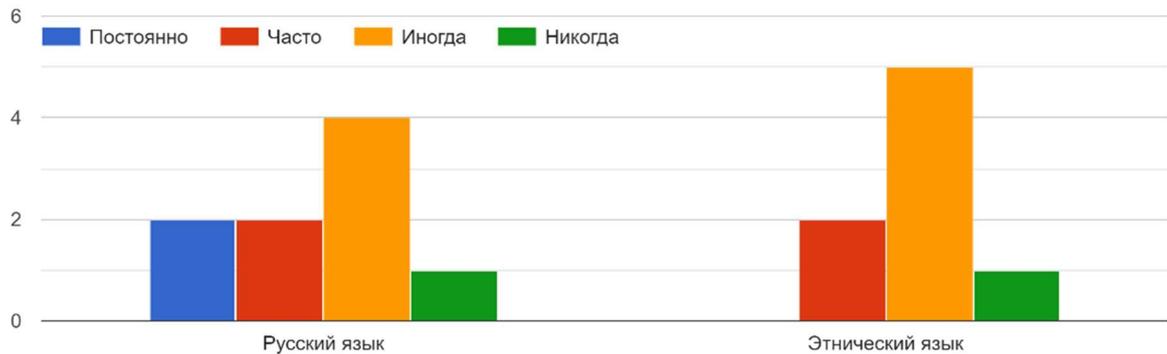


Abb. 9: In welchen Sprachen sehen/hören Sie die Nachrichten?

(Auf der linken Seite stehen die Antworten zur *Russischen Sprache* und auf der rechten Seite - die Antworten zur *Deutschen Sprache*. Die blauen Spalten beziehen sich auf die Antwort "die ganze Zeit", die roten – auf die Antwort "oft", die gelben – auf die Antwort "manchmal", die grünen - auf die Antwort "nie".)

На каких языках Вы смотрите ФИЛЬМЫ?

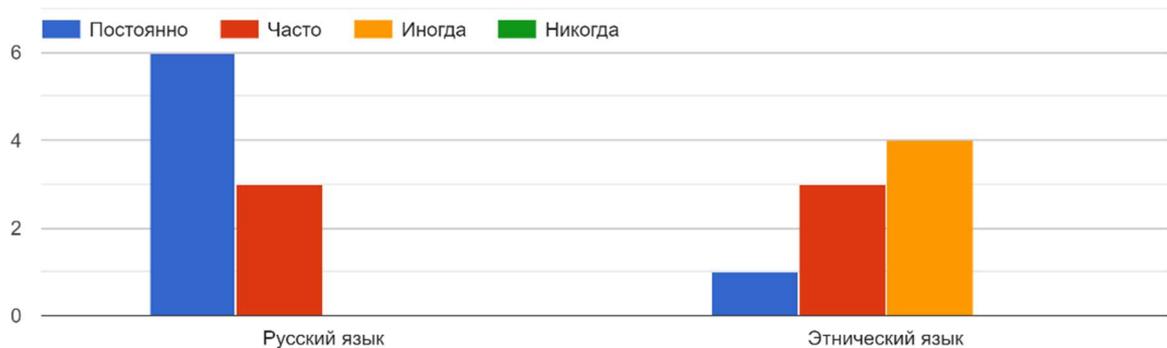


Abb. 10: In welchen Sprachen sehen Sie sich Filme an?

(Auf der linken Seite stehen die Antworten zur *Russischen Sprache* und auf der rechten Seite – die Antworten zur *Deutschen Sprache*. Die blauen Spalten beziehen sich auf die Antwort "die ganze Zeit", die roten – auf die Antwort "oft", die gelben – auf die Antwort "manchmal", die grünen – auf die Antwort "nie".)

На каких языках Вы слушаете ПЕСНИ?

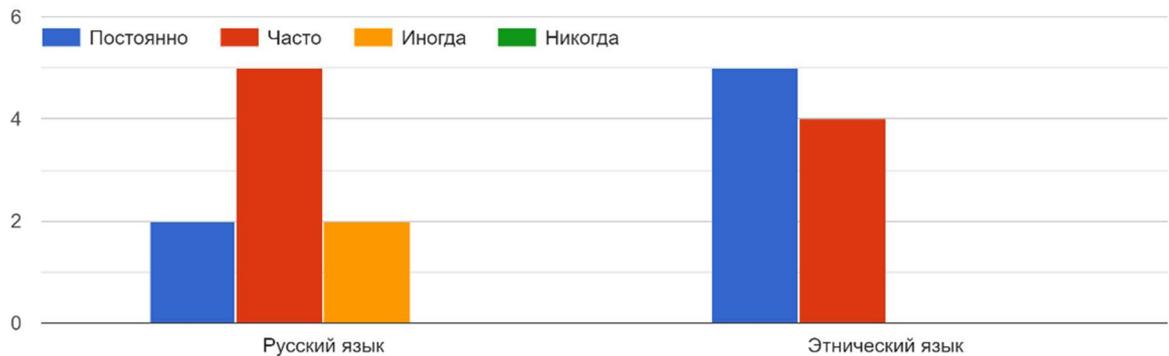


Abb. 11: In welchen Sprachen hören Sie sich Lieder an?

(Auf der linken Seite stehen die Antworten zur *Russischen Sprache* und auf der rechten Seite – die Antworten zur *Deutschen Sprache*. Die blauen Spalten beziehen sich auf die Antwort “die ganze Zeit”, die roten – auf die Antwort “oft”, die gelben – auf die Antwort “manchmal”, die grünen - auf die Antwort “nie”.)

Посещаете ли Вы разговорные клубы в Москве, где практикуется Ваш этнический язык?
9 ответов

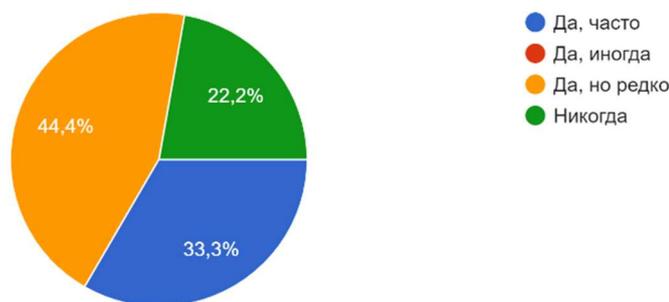


Abb. 12: Besuchen Sie Konversationsclubs in Moskau, in denen Ihre ethnische Sprache praktiziert wird?

(Die gelbe Sektion steht für die Antwort “selten”, die blaue Sektion – für die Antwort “oft”.)

Посещают ли Ваши дети (если есть) какие-нибудь кружки для изучения национальной культуры и языка?
4 ответа

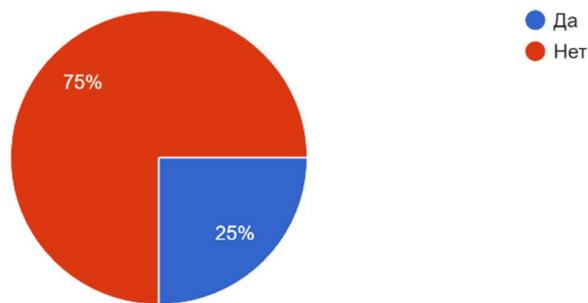


Abb. 13: Besuchen Ihre Kinder (falls vorhanden) irgendwelche Clubs zum Erlernen der nationalen Kultur und Sprache?
(Die rote Sektion steht für die Antwort "nein".)

Bibliografie

1. German, Arkadij: *Respublika nemcev Povolzh'ja*. <https://lexikon.wolgadeutsche.net/article/263> (zuletzt angesehen am: 01.11.2021). *Geschichte der Russlanddeutschen*. <https://geschichte.rusdeutsch.ru/22/45> (zuletzt eingesehen am: 01.11.2021).
2. Ikhisonov, Jurij: "Konceptii ètničeskoj identičnosti rossijskich nemcev". In: *Evracijstvo i mir* 1 (2013), S. 85-91.
3. Nazarova, Elena: "Social'naja adaptacija nemcev v Rossii". In: *Sociologija vlasti* 6 (2010), S. 99-108.
4. Orlova, Vera; Lutz, Julija: "Vovlečennost' moloděži v dejatel'nost' moloděžnych organizacij rossijskich nemcev". In: *NOMOTHETIKA: Filosofija. Sociologija. Pravo* 24 (2016), S. 51-55.
5. Pohl, Otto J.: "Volk auf demWeg: Transnational Migration of the Russian-Germans from1763 to the Present Day". In: *Studies in Ethnicity and Nationalism* 9 (2009), S. 267-286.
6. Safonova, Kristina: *Rossijskie nemcy — o žizni v dvuch kul'turach*. 27. April 2016. <https://www.the-village.ru/people/people/234233-nemtsy> (zuletzt eingesehen am: 01.11.2021).
7. Salimowa, Danija: "Rossijckie nemcy kak ob_ekt sociolingvictičeskich issledovanij".



In: *Mnogojęzyčie v obrazovatel'nom prostranstve*, 8 (2016), S.25-31.

8. Schmaltz, Eric; Sinner, Samuel: "You will die under ruins and snow": The Soviet repression of Russian Germans as a case study of successful genocide". In: *Journal of Genocide Research* 4 (2002), S. 327-356.



IV. Wirtschaft und Gesellschaft



9. Die Auswirkungen des EU CO2- Anpassungsmechanismus auf die Weltwirtschaft - *Natella Agikyan, Anastasia Sedowa*

Natella Agikyan, HSE, Fakultät für Wirtschaft. Sie erreichen die Autorin unter der E-Mail-Adresse: natellaagikyan97@mail.ru.

Anastasija Sedowa, HSE, Fakultät für Weltwirtschaft und Weltpolitik. Sie erreichen die Autorin unter der E-Mail-Adresse: sedovanastasiia@gmail.com.

Einleitung

In den letzten Jahren wurde das Problem des Klimawandels auf internationaler Ebene stark diskutiert und ist längst nicht mehr nur ein Umweltproblem. Die meisten Länder, die durch internationale Abkommen (wie das Pariser Abkommen) verpflichtet sind, sind bestrebt, die Kohlendioxidemissionen in die Atmosphäre zu reduzieren, um die durch den Klimawandel verursachten Schäden zu verringern, und verabschieden daher zunehmend nationale Klimapolitiken, indem sie zusätzliche Vorschriften einführen. Die Intensität der Regelungen wird durch die Ambitioniertheit der Länder in Bezug auf die Klimapolitik bestimmt, die eher für entwickelte Länder typisch ist.⁴⁸ Nichtsdestotrotz wirken sich solche Klimaregelungen negativ auf die Wettbewerbsfähigkeit der nationalen Produzenten aus, da sie die Produktionskosten in die Höhe treiben und infolgedessen zur Verlagerung der Emissionen führen (Monjon, Quirion 2009). Außerdem schafft sie Anreize, die Produktion in die Länder mit weniger strengen Klimaregelungen zu verlagern. Dies führt dazu, dass die politischen Entscheidungsträger in diesen Ländern zunehmend über Handelshemmnisse für Produkte, deren Herstellung viel CO₂ erfordert, diskutieren. Dieser Trend hat in der Europäischen Union besondere Bedeutung erlangt, die die von der Europäischen Kommission

Climate Action Tracker // [Climateactiontracker.org](https://climateactiontracker.org) URL: <https://climateactiontracker.org/>



angenommene Globale Strategie 2016 definiert hat, die ihre Arbeit in dieser Richtung nach den letzten Wahlen fortgesetzt hat.⁴⁹

Um das Risiko der Verlagerung von CO₂-Emissionen zu verringern, die Wettbewerbsfähigkeit der Industrie zu erhalten und andere Länder dazu zu bewegen, ihre Klimapolitik durch die Regulierung von Importen kohlenstoffintensiver Industrien zu verschärfen (European Green Deal), schlug die Europäische Kommission vor, einen komplexeren Mechanismus einzuführen – den „Border Carbon Adjustment Mechanism (BCA)“. Es ist eine Maßnahme, die auf importierte/exportierte Produkte angewendet wird, um sicherzustellen, dass ihre Preise die Kosten widerspiegeln, die sie verursachen würden, wenn sie in einem Land mit strengeren Klimaregelungen hergestellt würden. Im Falle von Importen würde die Gebühr, die mit den importierten Produkten verbundene Treibhausgasemissionen und den Emissionspreis widerspiegeln, der für vergleichbare Produkte auf dem Markt gilt, auf den die Produkte geliefert werden. Bei Exporten wäre die Anpassung ein Rabatt auf die im Herkunftsland erhobenen Emissionsgebühren. Besonders wahrscheinlich ist die Verhängung von treibhausgasemissionsbezogenen Handelsbeschränkungen in der EU.⁵⁰ Nach den Plänen der Europäischen Kommission soll spätestens 2023 mit der Einführung von Kohlenstoffbeschränkungen begonnen werden. Sie werden wahrscheinlich zunächst in der Stahl- und Zementindustrie getestet^{51 52} und dann auf andere Wirtschaftszweige ausgedehnt, vor allem auf die mit den höchsten Treibhausgasemissionen. Wenn sie in führenden Industrieländern eingeführt werden, können Kohlenstoffbeschränkungen, egal in welcher Form, erhebliche Auswirkungen auf das Volumen und die Struktur des internationalen Handels haben. Derzeit entfallen mehr als 20 % der Gesamtemissionen auf die Produktion von Handelsgütern CO₂ (Ritchie, Roser 2020). Darüber hinaus wird auch in den Vereinigten Staaten über „Kohlenstoffprotektionismus“ diskutiert. So hat sich Joe Biden in seinem Wahlprogramm unter anderem dazu verpflichtet, eine

Political Guidelines for the Next European Commission 2019-2024. A Union that strives for more, My agenda for Europe. // European Commission URL: https://ec.europa.eu/commission/sites/beta-political/files/political-guidelines-next-commission_en.pdf

European Commission, The European Green Deal. – 2019a. // European Commission URL: https://ec.europa.eu/info/sites/info/files/european-green-deal-communication_en.pdf

What an EU carbon border tax might look like and who would be hit // Reuters 19th December 2019
URL: <https://www.reuters.com/article/us-climate-change-eu-carbon-tax-explainer/explainer-what-an-eu-carbon-border-tax-might-look-like-and-who-would-be-hit-idUSKBN1YE1C4>

European Council, 2020, Special meeting of the European Council (17, 18, 19, 20 and 21 July 2020) – Conclusions – 2020. // European Commission URL: <https://www.consilium.europa.eu/media/45109/210720-euco-final-conclusions-en.pdf>



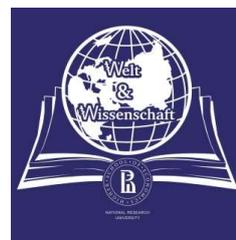
„Kohlenstoffanpassungsgebühr“ für Länder einzuführen, die ihren Klima- und Umweltverpflichtungen nicht nachkommen.

Die wissenschaftliche Frage dieser Studie ist die Unklarheit über das Niveau der Auswirkungen von Kohlenstoffgrenzschranken auf den internationalen Handel. Klimabedingter Handelsprotektionismus in führenden Ländern ist potenziell einer der wichtigsten Faktoren, die den internationalen Handel verändern. Er stellt eine ernsthafte Herausforderung für kohlenstoffintensive Exporteure in den industriellen Zentren Asiens, Lateinamerikas und anderen Regionen dar, in denen die Kohlenstoffregulierung schwach oder nicht vorhanden ist.

Gründe für die Einführung des EU CO₂-Anpassungsmechanismus

Im Allgemeinen gibt es vier Hauptziele für die Einführung von Kohlenstoffgrenzschranken. Erstens verursachen klimapolitische Maßnahmen einen Anstieg der Treibhausgasemissionen im Ausland. Da der Klimawandel kein lokales, sondern ein globales Problem ist, sind klimapolitische Maßnahmen und lokale Beschränkungen bei der Bekämpfung des Klimawandels nutzlos, wenn es zu einer ernsthaften Verlagerung von Emissionen kommt. Deshalb ist der BCA ein wirksames Instrument zur Verringerung des Risikos der Verlagerung von CO₂-Emissionen. Zweitens zwingt eine solche Politik die lokalen Hersteller zu zusätzlichen Kosten, während Hersteller in anderen Ländern diese Verpflichtungen möglicherweise nicht haben. Das führt dazu, dass der Wettbewerbsvorteil verloren geht. Daher kann BCA ein Weg sein, die industrielle Wettbewerbsfähigkeit zu erhalten. Diese Motivation der Länder hängt hauptsächlich mit dem Verlust von Gewinnen, Marktanteilen, Produktion, Investitionen und Arbeitsplätzen zusammen. Darüber hinaus können Kohlenstoffgrenzmechanismen eine Möglichkeit sein, andere Länder zu beeinflussen, ihre Klimaregulierung zu verschärfen. Schließlich könnten die Länder, die BCA einführen, zusätzliche Einnahmen erzielen, um in saubere Technologien zu investieren und zur Lösung des Problems beizutragen.⁵³

European Commission, Inception impact assessment for the carbon border adjustment mechanism, 4 March 2020 – 2020b. // European Commission URL: <https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation>



Szenarien des BCA

Vor kurzem hat die Europäische Kommission vier Hauptoptionen für den künftigen Mechanismus in Betracht gezogen.⁵⁴ Die erste war eine Importsteuer. In diesem Fall müssen die Importeure von Stahl, Aluminium und anderen CO₂-intensiven Gütern Emissionszertifikate kaufen, wie es die Hersteller dieser Güter in der EU bereits im Rahmen des Emissionshandelssystems (EU-EHS) tun. Diese Version des BCA ist am einfachsten umzusetzen, da sie keine zusätzlichen enormen Kosten verursacht. Eine andere Möglichkeit wäre ein neues EU-EHS, das den EU-Kohlenstoffpreis widerspiegelt, oder die Ausweitung des EU-EHS auf Importe. Das bedeutet, dass gleichzeitig mit der CO₂-Abgabe auf alle Waren in der EU eine Einfuhrsteuer eingeführt wird. In diesem Fall würden ausländische Hersteller eine höhere Steuer zahlen, wenn sie kohlenstoffintensivere Waren herstellen, und dann würde die „Kohlenstoffverlagerung“ ausgeglichen. Die dritte Option wäre eine Steuer auf Treibhausgasemissionen auf der Ebene der Verbraucher, die eine zusätzliche Steuer (Verbrauchssteuer oder Mehrwertsteuer) auf CO₂ intensive Produkte darstellt. Schließlich gab es die Möglichkeit, das EU-EHS auf Einfuhren auszuweiten.⁵⁵ Dies bedeutet die Einbeziehung von Einfuhren in den Pool von Emissionsrechten.

Rechtliche und verwaltungstechnische Fragen spielen in der Diskussion um die Einführung eines Grenzausgleichsmechanismus für Kohlenstoff eine wichtige Rolle. Das Haupthindernis ist die WTO, deren Freihandelsprinzipien die Umsetzung protektionistischer Maßnahmen einschränken. Regeln, die die Umsetzung des BCA sowohl behindern als auch erleichtern können, finden sich in den Artikeln I, II, XIII, XI und XVI des GATT (Krenek, Sommer, Schratzenstaller 2020).

Artikel I des GATT ist eine bekannte „Meistbegünstigungsklausel“. Sie besagt, dass ein Land nicht zwischen importierten Produkten aus verschiedenen Ländern und/oder von verschiedenen Herstellern unterscheiden darf, wenn die betreffenden Produkte als „gleichartige Produkte“ angesehen werden. Der Begriff „gleichartige Produkte“ wird von 4 Grundsätzen geleitet:

1) die Eigenschaften des Produkts;

European Commission, Committing to climate-neutrality by 2050: Commission proposes European Climate Law and consults on the European Climate Pact. – 2020a. // European Commission URL:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/IP_20_335

ERCST (2020). Border Carbon Adjustments in the EU: Issues and Options Carbon Border Adjustment Mechanism. Flat glass sector's considerations on a future European mechanism //Glass for Europe – 2020. URL:

https://glassforeurope.com/carbon-border-adjustment-mechanism/#_ftn2



2) die Endverwendung des Produkts;

3) wie das betreffende Erzeugnis in der Liste der Zollzugeständnisse aufgeführt ist;

4) Geschmack und Gewohnheiten der Verbraucher, d. h. ob das Produkt die „gleichen“ Verbraucher anspricht.

Wie man sieht, gibt es keinen Grundsatz der „Produktionsmethode“, was bedeutet, dass dieses Kriterium nicht zur Unterscheidung zwischen Produkten angewendet werden kann. Wenn z. B. zwei Autos an der EU-Grenze nach den vier Kriterien „ähnliche Produkte“ sind, sich aber aufgrund unterschiedlicher Produktionsmethoden in ihrem CO₂-Fußabdruck unterscheiden, hat die EU laut diesem Artikel keinen Grund, zwischen den beiden Autos zu unterscheiden.

Die jüngste Fassung des europäischen BCA sieht je nach Umfang der Emissionsreduzierung im Ausfuhrland unterschiedliche Abgaben vor, was möglicherweise gegen Artikel I des GATT verstößt, da der Mechanismus für die einzelnen Länder unterschiedlich geregelt ist.

Grundsatz „pacta sunt servanda“ (Verträge müssen eingehalten werden)

In Artikel II Absatz 1 des GATT ist der Grundsatz "pacta sunt servanda" verankert, d.h. bestehende Gesetze, die nationale Tarifpläne enthalten, müssen eingehalten werden. Für die meisten gehandelten Produktklassen gibt es bereits Zolltarifvereinbarungen. Es wäre möglich, die Zollsätze einseitig zu senken, was bedeutet, dass diese ermäßigten Sätze allen WTO-Mitgliedern nach dem Meistbegünstigungsprinzip gewährt werden sollten. Erhöhungen der Zollsätze, die charakteristisch für Kohlenstoffbarrieren an den Grenzen wären, sind jedoch Gegenstand langwieriger Verhandlungen und Vereinbarungen zwischen den WTO-Mitgliedern.

Die Möglichkeit der Einführung eines BCA im Rahmen des Emissionshandelssystems (EHS)

Artikel II Absatz 2 ist jedoch eine der wenigen Möglichkeiten, einen WTO-kompatiblen Grenzausgleichsmechanismus umzusetzen. Dieser Artikel hindert die Vertragsparteien nicht daran, auf die Einfuhr eines Erzeugnisses jederzeit eine Abgabe zu erheben, die der inländischen Steuer entspricht, die auf ein gleichartiges inländisches Erzeugnis oder auf den Rohstoff erhoben wird, aus dem das eingeführte Erzeugnis ganz oder teilweise hergestellt



oder erzeugt worden ist. Das heißt, dass die letzte Version des Mechanismus – die Schaffung eines separaten Pools von Emissionszertifikaten, der den von den europäischen Erzeugern gezahlten Preis widerspiegeln würde – den Bestimmungen dieses Artikels entspricht und die Rechtsgrundlage für die Einführung des Mechanismus darstellt.

In Artikel XI des GATT wird jedoch betont, dass mengenmäßige Beschränkungen unter den Handelsbeschränkungen vermieden werden sollten. Daher sollte einem Zolltarif gegenüber einem Kontingent der Vorzug gegeben werden. Dies ist wichtig, da die Verpflichtung ausländischer Hersteller zur Teilnahme an der EU EHS als mengenmäßige Beschränkung ausgelegt werden könnte und somit die Vereinbarkeit mit den WTO-Regeln in Frage stellt (Krenek, Sommer, Schratzenstaller 2020).

Grundsatz der Inländerbehandlung

Der zweite bekannte Grundsatz ist der der „Inländerbehandlung“ – Artikel III des GATT. Auch dieser Artikel beruht auf dem Konzept der „gleichartigen Waren“. Die GATT-Vertragsparteien haben sich darauf geeinigt, nicht zwischen eingeführten und „gleichartigen“ einheimischen Waren zu unterscheiden. Dies gilt für interne Steuern, Abgaben und Vorschriften und bedeutet, dass die Mitgliedstaaten nicht nur nicht zwischen zwei „gleichartigen“ eingeführten Waren unterscheiden dürfen, sondern auch nicht zwischen einer eingeführten Ware, sobald sie ins Land gelangt ist, und einer gleichartigen einheimischen Ware. Es wird also nicht möglich sein, ein importiertes Produkt auf der Grundlage eines anderen Kohlenstoff-Fußabdrucks zu besteuern.

Abweichung von den allgemeinen GATT-Regeln

Schließlich ist es gemäß Artikel XX des GATT möglich, einen Mechanismus zur Begrenzung des Kohlenstoffausstoßes einzuführen, auch wenn er gegen die Meistbegünstigung und/oder den Grundsatz „pacta sunt servanda“ verstößt, um die Gesundheit und das Leben von Menschen und Tieren zu schützen oder die erschöpflichen natürlichen Ressourcen zu erhalten. Es muss jedoch nachgewiesen werden, dass der BCA auf den Klimawandel eingeht und dass ein enger Zusammenhang zwischen den Kohlenstoffbarrieren an den Grenzen und der Erreichung des Klimaschutzziels besteht. Das BCA muss außerdem gutgläubig und umweltfreundlich sein und darf keine versteckte Beschränkung des internationalen Handels darstellen (d.h. es muss mit dem Kapitel von Artikel XX des GATT übereinstimmen) (Marcu, Mehling, Cosby 2020).



Vorhandene Bewertungen der Auswirkungen von BCA

Vor einem Jahr, als die Europäische Kommission den BCA zum ersten Mal ankündigte, versuchten viele Beratungsunternehmen und akademische Einrichtungen die potenziellen Verluste der energieexportierenden Länder einzuschätzen. Allerdings haben sich einige Berechnungen seit der Veröffentlichung der endgültigen Fassung des BCA im Juli 2021 deutlich verändert.

So schätzt BCG, dass eine EU-Importabgabe in Höhe von 30 Dollar pro Tonne Treibhausgasemissionen die Gesamtgewinne ausländischer Produzenten um etwa 20 Prozent verringern könnte, wenn man davon ausgeht, dass der Preis pro Barrel Öl zwischen 30 und 40 Dollar pro Tonne liegt (Aylor, Gilbert, Lang u. a. 2020). BCG nimmt an, dass eine Abgabe von 30 \$ pro Tonne auf EU-Importe die Gesamtgewinne ausländischer Produzenten um etwa 20 % verringern könnte, wenn man von einem Barrelpreis von 30-40 \$ pro Tonne ausgeht. Die Grundsteuer könnte auch die Gewinnspannen ausländischer Hersteller verringern. Eine Grenzabgabe könnte auch die Gewinnspannen bei der Einfuhr von Flachzeugnissen um durchschnittlich 40 % verringern. Darüber hinaus werden die Auswirkungen auf allen nachgelagerten Stufen der Wertschöpfungskette zu spüren sein. Im Falle eines Verlusts der Wettbewerbsfähigkeit könnten die Folgen durch Markt- und Einnahmeverluste im Allgemeinen noch weitaus gravierender sein. In einigen Sektoren kann die Grenzsteuer die Struktur des Wettbewerbs grundlegend verändern.

Europäische Hersteller könnten feststellen, dass zuvor billiger chinesischer oder ukrainischer Stahl, der in Hochöfen hergestellt wurde, nun weniger rentabel ist als Produkte, die von Unternehmen in Ländern mit CO₂-effizienteren Technologien angeboten werden. Ebenso könnten die Hersteller von Chemikalien und chemischen Produkten ihre Abhängigkeit von russischem Rohöl verringern und mehr aus Saudi-Arabien importieren, wo die Fördertechnologien einen geringeren Kohlenstoff-Fußabdruck hinterlassen. Die obligatorische CO₂-Buchhaltung und die Kontrolle der Produktionskosten, die von den europäischen Unternehmen seit langem praktiziert wird, könnte bald auch für Unternehmen, die in die EU exportieren, Realität werden, was auch den weltweiten Druck erhöhen würde, Strategien zur Verringerung schädlicher Emissionen zu entwickeln.



Die UNCTAD hat eine Studie über die Auswirkungen von BCAs auf Treibhausgasemissionen, Exporte und finanzielle Verluste durchgeführt⁵⁶. Je nach dem betrachteten Szenario sind die finanziellen Verluste der Länder unterschiedlich hoch. Insgesamt würden sich die realen Einkommensverluste auf rund 53 Milliarden Dollar jährlich belaufen. Die Länder, die erhebliche Verluste zu verzeichnen haben, sind die Russische Föderation, Saudi-Arabien und die Länder in Nordafrika und im Nahen Osten. Diese Länder sind Exporteure fossiler Brennstoffe, für die die künftige Nachfrage, insbesondere in der Europäischen Union, zurückgehen wird.

Zusammenfassung

In den letzten zehn Jahren war die Bekämpfung des Klimawandels ein zentrales Thema der Innen- und Außenpolitik der Industrieländer, vor allem der Länder der Europäischen Union. Mit der zunehmenden Regulierung des Kohlenstoffausstoßes in diesen Ländern wuchs die Besorgnis über die geringere Wettbewerbsfähigkeit der nationalen Erzeuger im Vergleich zu Erzeugern aus Ländern mit einer relativ schwächeren Klimapolitik. Um diese Herausforderungen zu bewältigen, schlug die EU Grenzausgleichsmechanismen vor, um die Wettbewerbsbedingungen für nationale und internationale Hersteller anzugleichen und einen weiteren Schritt zur Bekämpfung des Klimawandels zu machen. Die derzeitige Diskussion über die Umsetzung des BCA impliziert verschiedene Formen des Mechanismus, von denen einige zu aggressiverem Protektionismus und Veränderungen im bilateralen Handel führen können. Zu den möglichen „extremen“ Formen gehören eine Steuer nur auf importierte Produkte und eine Kohlenstoffsteuer auf alle Waren, einschließlich importierter Produkte. Andere Möglichkeiten zur Einführung von BCA sind die Entsprechung mit dem EU-Emissionshandelssystem oder eine zusätzliche Steuer auf Verbraucherebene. Mögliche Folgen von Kohlenstoff-Handelshemmnissen können die Risiken und Bedrohungen für die weltweit wichtigsten Exporteure von Treibhausgasemissionen (China, Indien, die Vereinigten Staaten, Russland und andere Länder) am Horizont der kommenden Jahrzehnte sein.

Trotz der Vorteile von BCA, wie z. B. die Verringerung von Carbon Leakage, die Förderung der Klimapolitik und der Schutz der Wettbewerbsfähigkeit lokaler Produzenten, gibt es jedoch einige Herausforderungen, die angegangen werden müssen. Eine davon sind die rechtlichen Hindernisse – laut WTO kann der BCA nicht einfach als eine Form der

⁵⁶ United Nations Conference on Trade and Development. (2021). A European Union Carbon Border Adjustment Mechanism: Implications for developing countries. URL: https://unctad.org/system/files/official-document/osginf2021d2_en.pdf



Kohlenstoffsteuer eingeführt werden, weshalb die Europäische Kommission den vorgeschlagenen BCA überprüfen müsste, um sicherzustellen, dass es mit der WTO übereinstimmt.

Da die Einführung von Kohlenstoffhandelsbarrieren in den führenden Ländern durch das Fehlen oder die Schwäche der Klimagesetze ihrer Handelspartner motiviert ist, könnte eine der zu erwartenden Reaktionen auf die Einführung von BCA die Verschärfung der nationalen Klimapolitik sein.

Bibliografie

1. Aylor, Ben, Gilbert, Marc u. a.: *How an EU carbon border tax could jolt world trade*, 30.06.2020. <https://www.bcg.com/ru-ru/publications/2020/how-an-eu-carbon-border-tax-could-jolt-world-trade> (zuletzt eingesehen am 20.03.2021).
2. *Climate Action Tracker*. <https://climateactiontracker.org/> (zuletzt eingesehen am 20.03.2021).
3. *Committing to climate-neutrality by 2050: Commission proposes European Climate Law and consults on the European Climate Pact*, 4. März 2020. https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/IP_20_335 (zuletzt eingesehen am 20.03.2021).
4. *ERCST (2020)*. Border Carbon Adjustments in the EU: Issues and Options Carbon Border Adjustment Mechanism. Flat glass sector's considerations on a future European mechanism. https://glassforeurope.com/carbon-border-adjustment-mechanism/#_ftn2 (zuletzt eingesehen am 20.03.2021).
5. Guarascio, Francesco und Jonas Ekblom: *What an EU carbon border tax might look like and who would be hit*. URL: <https://www.reuters.com/article/us-climate-change-eu-carbontax-explainer/explainer-what-an-eu-carbon-border-tax-might-look-like-and-who-would-be-hit-idUSKBN1YE1C4> (zuletzt eingesehen am 20.03.2021).
6. *Inception impact assessment for the carbon border adjustment mechanism*, 4. März 2020. <https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation> (zuletzt eingesehen am 20.03.2021).
7. Krenek, Alexander und Mark Sommer, Margit Schratzenstaller: *A WTO-compatible Border Tax Adjustment for the ETS to Finance the EU Budget*. Wien 2020.
8. Marcu, Andrei und Michael Mehling Aaron Cosbey: *Border carbon adjustments in the EU: Issues and options*. <https://ercst.org/wp-content/uploads/2021/08/20200929-CBAM-Issues-and-Options-Paper-F-2.pdf> (zuletzt eingesehen am 20.03.2021).



9. Monjon, Stéphanie und Philippe Quirion: *Addressing leakage in the EU ETS: Results from the CASE II model*. <https://climatestrategies.org/event/addressing-leakage-in-the-eu-ets-results-from-the-case-ii-model-final-workshop-presentation/> (zuletzt eingesehen am 20.03.2021).

10. *Political Guidelines for the Next European Commission 2019-2024*. https://ec.europa.eu/commission/sites/beta-political/files/political-guidelines-next-commission_en.pdf (zuletzt eingesehen am 20.03.2021).

11. Ritchie, Hannah und Max Roser: *CO₂ and Greenhouse Gas Emissions*. <https://ourworldindata.org/co2-and-other-greenhouse-gas-emissions> (zuletzt eingesehen am 20.03.2021).

12. *Special meeting of the European Council (17, 18, 19, 20 and 21 July 2020)*, 21. Juli 2020. <https://www.consilium.europa.eu/media/45109/210720-euco-final-conclusions-en.pdf> (zuletzt eingesehen am 20.03.2021).

13. *The European Green Deal*, 11. Dezember 2019. https://ec.europa.eu/info/sites/info/files/european-green-deal-communication_en.pdf (zuletzt eingesehen am 20.03.2021).

14. *United Nations Conference on Trade and Development, 2021*. https://unctad.org/system/files/official-document/osginf2021d2_en.pdf (zuletzt eingesehen am 22.07.2021).



10. Einfluss der politischen und wirtschaftlichen Struktur Deutschlands auf die Entwicklung erneuerbarer Energien - *Anna Loginowa*

Anna Loginowa, Lomonossow-Universität, Fakultät für Weltpolitik. Sie erreichen die Autorin unter der E-Mail-Adresse: alogin.login@gmail.com.

Die Energiebranche ist ein Bereich, in dem Innovationen ein integraler Bestandteil der erfolgreichen Umsetzung neuer Projekte sind, insbesondere im Bereich der „grünen“ Energie. In letzter Zeit achten die Länder immer mehr auf die negativen Auswirkungen der Nutzung traditioneller Energiequellen auf die Umwelt. Deutschland war jedoch eines der ersten Länder, das dieses Problem ernst nahm und es sich zur Aufgabe machte, das nationale Energiesystem zu transformieren, um es wirtschaftlich und ökologisch nachhaltiger zu machen. Bis heute hat Deutschland bedeutende Fortschritte bei der Umsetzung des Programms „Energiewende“ gemacht. In dieser Arbeit werden die Gründe für die erfolgreiche Umsetzung des Energieprogramms auf der Grundlage der politischen und wirtschaftlichen Struktur des Landes untersucht.⁵⁷

Die Abhängigkeit vom Import fossiler Brennstoffe und die zunehmende Sorge um Umweltprobleme sind wichtige Faktoren für die Veränderung des nationalen Ansatzes Deutschlands in der Energiewirtschaft. Die aktive Tätigkeit der Partei „Die Grünen“ beeinflusste den Übergang des Landes zu einem kohlenstoffarmen Energiesystem. Die Grünen sprach sich für den Atomausstieg und die Umstellung des Landes auf ein kohlenstoffarmes Energiesystem aus.⁵⁸

Im Jahr 2000 wurde das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) verabschiedet. Dies hat eine große Rolle bei der Schaffung von Vorzugstarifen für grüne Energie gespielt. Die Tarife

Erneuerbare Energien in Zahlen. Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi), Nationale und internationale Entwicklung im Jahr 2019. https://www.erneuerbare-energien.de/EE/Redaktion/DE/Downloads/Berichte/erneuerbare-energien-in-zahlen-2019.pdf;jsessionid=C7F0775DD82E93C6FBA3E0BBFA08D932?__blob=publicationFile&v=2 (zuletzt eingesehen am 4.09.2021).

Germany 2020. Energy Policy Review, IEA, 2020. https://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Downloads/G/germany-2020-energy-policy-review.pdf?__blob=publicationFile&v=4 (zuletzt eingesehen am 4. September 2021).



versorgten die Produzenten von grüner Energie mit einem garantierten stabilen Preis für zwanzig Jahre.⁵⁹ Auf diese Weise stärkte das Gesetz die Position neuer Anbieter gegenüber den großen etablierten Akteuren auf dem Energiemarkt. Die Länder der Europäischen Union und die deutsche Öffentlichkeit sahen die Vorzugstarife für die erneuerbaren Energien (EE) kritisch. Bis Mitte der 2000er Jahre verpflichteten sich jedoch alle Staaten, die Entwicklung der grünen Energie auf der Grundlage der Erfahrungen Deutschlands zu fördern. Für die europäischen Länder war das Erneuerbare-Energien-Gesetz ein erfolgreiches Beispiel für die Entwicklung der erneuerbaren Energien. Ähnliche Vorzugstarife wurden in EU-Ländern wie Spanien und Dänemark eingeführt (Wuster, Hagermann 2020: 151).

Heute ist Deutschland führend in der Nutzung erneuerbarer Energien in Europa und in der Welt. Nach Angaben der Internationalen Agentur für erneuerbare Energien (IRENA) für das Jahr 2019 hat die Bundesrepublik Deutschland eine Kapazität von etwa 125 Tausend MW. Auf Deutschland folgen Spanien, Italien und Frankreich. Jedes dieser drei Länder erzeugt 55 MW aus erneuerbaren Energiequellen.

Während in Frankreich, Italien und Spanien – mit den am weitesten entwickelten EE-Kapazitäten in Europa – jedes Land etwa 55 Tausend MW produziert. Die größten Indikatoren im Bereich der erneuerbaren Energie in China (758 Tausend MW), den USA (264 Tausend MW), Brasilien entstehen auf Kosten der Wasserkraftwerke (141 Tausend MW) und Indien (128 Tausend MW). Damit gehört Deutschland ohne Zweifel zu den fünf Weltmarktführern bei der Produktion von „grüner“ Energie. Deutschlands führende Position bei der Nutzung erneuerbarer Energien kommt auch in der Entwicklung der Exportprogramme für die ökologische Energie zum Vorschein (Rechtsteiner 2021).

Das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie setzt das Programm „Energy Export Initiative“ um. Diese Initiative hilft, ökologische Projekte nicht nur für große Unternehmen, sondern auch für private Investoren auf ausländischen Märkten zu realisieren. Auf der Regierungsebene setzt Deutschland auch ein Entwicklungsprogramm für „grüne“ Projekte für die Entwicklungsländer Afrikas und Südasiens um. Darüber hinaus stellt das Konsortium „German Green Technology Hub“ im Rahmen der Exportinitiative den Ländern Mittelamerikas deutsche erneuerbare Technologien zur Verfügung.⁶⁰

Einige westliche Experten verbinden die erfolgreiche Entwicklung neuer Technologien und erneuerbarer Energien in Deutschland mit einer bestimmten Art von Wirtschaftssystem.

Gesetz für den Vorrang Erneuerbarer Energien (Erneuerbare-Energien-Gesetz - EEG) http://www.energieberater-bayern.de/download/eeg_2000_04.pdf (zuletzt eingesehen am 4.09.2021).

German Green Technology Hub. <https://www.ggth.de/en/> (zuletzt eingesehen am 6.09.2021).



In der Arbeit von S. Četković und A. Buzogány "Varieties of Capitalism and Clean Energy Transitions in the European Union: When renewable energy hits different economic logic". Experten sehen die Gründe für die erfolgreiche Energiewende in Deutschland in seiner günstigen wirtschaftlichen und politischen Struktur (Četković und A. Buzogány 2016).

Die Arbeit „Varieties of Capitalism: The Institutional Foundations of Comparative Advantage“ von P. Hall und D. Soskis wurde auch verwendet, um die Auswirkungen der deutschen Wirtschaftsordnung zu untersuchen (Hall, Soskis 2001). Sie verbinden in ihrem Konzept der „Arten des Kapitalismus“ die erfolgreiche Entwicklung neuer Technologien mit einer bestimmten Art von Wirtschaftssystem. Das Konzept schlägt zwei Formen einer Marktwirtschaft vor: eine koordinierte Marktwirtschaft und eine liberale Marktwirtschaft. Die liberale Marktwirtschaft ist in Ländern wie den USA, Großbritannien und Kanada vertreten. In Deutschland und den skandinavischen Ländern gibt es eine koordinierte Marktwirtschaft (Četković, Buzogány 2016: 642).

Eine koordinierte Marktwirtschaft beinhaltet ein enges Zusammenspiel staatlicher Strukturen, bei denen der Entscheidungsprozess auf einem Konsens beruht. Investitionen in Technologien in koordinierten Marktwirtschaften sind gering, aber regelmäßiger als in Ländern mit liberalen Marktwirtschaften. Langfristige Entwicklung und Planung haben Vorrang vor schnellen Gewinnen aus neuen Technologien. Gewerkschaften spielen eine wichtige Rolle in den Arbeitsbeziehungen. Mit langfristigen Arbeitsverträgen kann man mit Innovationen und der Einführung neuer Technologien experimentieren, ohne die Löhne von Wissenschaftlern und Arbeitnehmern zu gefährden (ebd.: 643-644).

Während Technologien durch Marktmechanismen unterstützt werden können, benötigen erneuerbare Energien staatliche Unterstützung. Für die Einführung neuer Technologien im Energiesektor ist es notwendig, die wirtschaftliche Unabhängigkeit hochqualifizierten Personals vom Einkommen der Branche sicherzustellen, da ihre Arbeit mit neuen Technologien verbunden ist, die zunächst keine große wirtschaftliche Rendite haben. Zu Beginn der Energiewende erhielten die Branche für erneuerbare Energien und ihre Mitarbeiter staatliche Subventionen. Erneuerbare Energien werden jetzt durch Marktmechanismen unterstützt (ebd.: 645). Das Beispiel für die Entwicklung von EE in Deutschland ist am bekanntesten, da dieser Staat eine starke wissenschaftliche und technologische Basis sowie ein fortschrittliches System des Technologieexports hat. Die Entwicklung der Technologie hängt hauptsächlich von hohen öffentlichen und privaten F & E-Investitionen ab. Die stabile staatliche Unterstützung der Technologien in Deutschland



ermöglicht es, erneuerbare Energien aktiv zu entwickeln. Die stabile staatliche Unterstützung der Technologien in Deutschland fördert aktive Entwicklung der erneuerbaren Energien (ebd.).

Die Besonderheit von Energiewende ist auch die aktive Beteiligung von Organisationen, Gewerbebetrieben, Haushalten und Landwirten am Ausbau grüner Energiequellen. 2013 wurde festgestellt, dass mehr als die Hälfte der erneuerbaren Energiekapazitäten in Deutschland im Privatbesitz ist. So erwirtschaften die deutschen Landwirte rund 25 Prozent ihres Jahresumsatzes aus der Erzeugung und dem Verkauf von Solarstrom (Stonaker, Laurent, Veilleux 2013).

Die Arbeit von S. Wurster und S. Hagemann „Expansion of Renewable Energy in Federal Settings: Austria, Belgium, and Germany in Comparison“ wurde verwendet, um die gemeinsamen Ursachen für die Entwicklung erneuerbarer Energien zu untersuchen. Die Autoren kommen zu dem Schluss, dass die Entwicklung von EE nicht von wirtschaftlicher Stabilität und Wohlstand beeinflusst wird, wie es allgemein angenommen wurde. Im Gegenteil, sowohl Staaten als auch Bundesländer haben mehr Anreize, EE mit begrenzten finanziellen und Ressourcen-Möglichkeiten zu entwickeln, um die Abhängigkeit von Rohstofflieferanten zu verringern und nicht von den Preisen fossiler Brennstoffe abhängig zu sein. Darüber hinaus spielt die Struktur der Wirtschaft eine wichtige Rolle. Wenn das Land eine schwere energieintensive Industrie entwickelt, dann brauchen solche großen Unternehmen billige und stabile Energie. In diesem Fall hat das Land weniger Anreize für die Entwicklung von EE, und der Staat importiert mehr fossile Energieträger oder nutzt Kernenergie (Wurster, Hagemann 2020: 153).

Ein weiterer wichtiger Faktor ist die Bevölkerungsdichte. Denn für die Entwicklung von Windparks und Sonnenkollektoren ist ein Raum erforderlich, der von Bewohnern und Siedlungen isoliert ist. So können Windräder nicht näher als 1 km vom nächsten Haushalt installiert werden. Folglich wird es in dicht besiedelten Gebieten schwierig, EE zu entwickeln. In diesem Zusammenhang begann in Deutschland die Entwicklung von Windrädern in der Nordsee (ebd.).

Die geographische Lage und das Klima spielen auch eine Schlüsselrolle. Deutschland hat Zugang zum Meer, wo es den notwendigen Platz für die Installation von Windparks und große Möglichkeiten für die Nutzung von Windenergie gibt. Außerdem verfügen Bundesländer wie Baden-Württemberg und Bayern über ein großes Potenzial für den Ausbau der Solarenergie (ebd.: 154).



Neben den sozioökonomischen und geografischen Merkmalen des Staates nehmen politische Faktoren eine Schlüsselposition bei der Förderung erneuerbarer Energien auf staatlicher Ebene ein (ebd.: 159). Deutschland ist eine Bundesrepublik mit einem Mehrparteien- und proportionalen Wahlsystem. Während der Energiewende in Deutschland beeinflussen politische Akteure den Verlauf und die Geschwindigkeit der Entwicklung grüner Energie (ebd.: 158).

Die Analyse der politischen Einheit Deutschlands wurde auf der Grundlage des Konzepts der Veto-Spieler durchgeführt, im Vordergrund steht dabei die Arbeit eines der Befürworter dieser Theorie, G. Tsebellis. Der Autor untersucht die Beziehungen zwischen Akteuren – politischen Institutionen, die den Status quo verändern könnten. Im Zuge der Energiewende in Deutschland sind politische Faktoren für die Entwicklung der grünen Energie wichtig. Die Vielzahl von Meinungen auf verschiedenen Regierungsebenen führt zu Diskussionen, in denen die beste Entscheidung getroffen werden kann (Tsebellis 2002: 1-9).

Mehrparteiensystem fördert die Schaffung neuer Parteien. So waren die Grünen lange Zeit eine außerplanmäßige Partei und konnten erst 1998 die politische Macht erlangen. In einer Koalition mit der SPD gelang es den Grünen, das Parlament zu überzeugen, auf die Atomkraft zu verzichten und auf andere alternative Energiequellen wie die EE umzusteigen. Dieser Kurs wird nach wie vor von der Bundesregierung unterstützt.⁶¹

Die führende Position der Grünen Anfang der 2000er Jahre hat ihre Bedeutung auch in den Bundesländern erhöht. Die Rolle der grünen Partei war ein wichtiger Faktor für die Verbreitung von erneuerbaren Energien in jenen „Ländern“, in denen die grüne Partei erhebliches Gewicht hatte, da das Thema der Verbreitung erneuerbarer Energien das Hauptthema der Grünen war (Bräuninger Debus, Müller, Stecker 2020).

Dabei sind liberale und konservative Parteien in Deutschland nicht gegen erneuerbare Energien, sondern die Hauptprioritäten der Parteien konzentrieren sich auf sozioökonomische Probleme. Wenn im deutschen Parlament, im Bundestag oder im Landtag die Mehrheit der liberalen und konservativen Parteien besteht, schrumpft die Entwicklung der erneuerbaren Energien meist. Die Grünen-Fraktion in der Landesregierung ist eine wichtige Voraussetzung für den Ausbau der erneuerbaren Energien im Bundesland (Wurster, Hagemann 2020: 160).

⁶¹ Koalitionsvereinbarung zwischen der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und Bündnis 90/Die GRÜNEN, Bonn, 20.10.1998
https://www.spd.de/fileadmin/Dokumente/Beschluesse/Bundesparteitag/koalitionsvertrag_bundesparteitag_bonn_1998.pdf (zuletzt eingesehen am 9.09.2021).



Es ist erwähnenswert, dass die Energiewende in Deutschland ein so integraler Bestandteil der deutschen Politik geworden ist, dass heute alle Parteien wie CDU/CSU, SPD, FDP, die Grünen und andere, sowie ihre Koalitionsvereinbarungen Ziele für die Energiewende zu einer sicheren und sauberen Energie festschreiben. Die Wahl im September 2021 dürfte die Entwicklung der ÖVP nicht negativ beeinflussen, da die Umstellung auf erneuerbare Energien von allen Parteien bei den Wahlen aktiv unterstützt wird (Conrads, Klamka 2021).

Dennoch erkennen Think Tanks wie „Agora Energiewende“ und die Regierung, dass sich der Übergang zu einem neuen energiedekarbonisierten System in letzter Zeit stark verlangsamt hat. Der Grund dafür ist ein System der Besteuerung von Kohlenwasserstoffen und Strom, das die Vereinigung der Sektoren Heizung und Kühlung hemmt.⁶² Um die Effizienz der Auswirkungen von EE auf Energie und Kohlendioxidemissionen zu verbessern, ist es notwendig, die durch EE erzeugte Elektrizität insbesondere im Transport- und Heizungssektor zu nutzen. Diese Sektoren sind die energieintensivsten in der Energiebilanz des Landes.⁶³

Die Energiebranche wird Schwierigkeiten haben, Windkraftanlagen an Land zu installieren. Problembereich ist die Festlegung von neuen Flächen für Windanlagen durch die Regierung sowie die Unzufriedenheit der Bürger, die nicht in der Nähe von Windrädern leben wollen. Doch wie die „Agora Energiewende“ feststellt, wird Deutschland, wenn sich dieser Trend fortsetzt, die Ziele für 2030 nicht erfüllen können, die EE auf 65% in der gesamten Energiebilanz des Landes auszuweiten.⁶⁴ Dies liegt daran, dass der heutige Mangel an EE nicht allein durch die zunehmende Nutzung von Photovoltaik und Windenergie auf See beseitigt werden kann.⁶⁵

Darüber hinaus gibt es einen Mangel an Infrastruktur für erneuerbare Energien. Die Netze werden die Energieeffizienz und die wirtschaftliche Attraktivität der erneuerbaren

Energiewende-Index, Überblick. McKinsey & Company. Deutschland 2020

<https://www.mckinsey.de/branchen/chemie-energie-rohstoffe/energiewende-index> (zuletzt eingesehen am 9.09.2021).

Germany 2020. Energy Policy Review, IEA, 2020. S. 85 https://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Downloads/G/germany-2020-energy-policy-review.pdf?__blob=publicationFile&v=4 (zuletzt eingesehen am 4.09.2021).

2030-Ziele erfordern Verdreifachung der Klimaschutzinvestitionen, 7. September 2021 <https://www.agora-energiewende.de/presse/neuigkeiten-archiv/2030-ziele-erfordern-verdreifachung-der-klimaschutzinvestitionen-1/> (zuletzt eingesehen am 9.09.2021).

Erneuerbare Energien in Zahlen. Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi), Nationale und internationale Entwicklung im Jahr 2019. – Ed. by Zentrum für Sonnenenergie- und Wasserstoff-Forschung, - Berlin, 2020. – S. 6 https://www.erneuerbare-energien.de/EE/Redaktion/DE/Downloads/Berichte/erneuerbare-energien-in-zahlen-2019.pdf;jsessionid=C7F0775DD82E93C6FBA3E0BBFA08D932?__blob=publicationFile&v=2 (zuletzt eingesehen am 4.09.2021).



Energien durch die Nutzung der Speicher erhöhen und flexibel auf Nachfrage und Angebot reagieren.⁶⁶

Insgesamt habe Deutschland großes Potenzial, in Zukunft komplett auf erneuerbare Energien umzusteigen. Das nationale politische und wirtschaftliche System Deutschlands ist für die erfolgreiche Umsetzung des Programms „Energiewende“ von großer Bedeutung. Ein solches System beteiligt nicht nur die großen Stromnetzbetreiber, sondern auch private Haushalte aktiv und ermöglicht die komplexe Entwicklung neuer Technologien. Die Erneuerung des politischen Apparates auf höchster Ebene und auf Bundesländer-Ebene spielt eine wichtige Rolle als treibende Kraft für die Einführung von Innovationen im Energiesystem (Ćetković, Buzogány 2016: 650). Eine Besonderheit der deutschen „Energiewende“ ist die Initiative zur Transformation des deutschen Energiesystems, die nicht nur von der Regierung, sondern auch von der Bevölkerung selbst stammt, die von der Teilnahme am Energieprogramm profitiert. So führte die Politik der Förderung der Haushalte bei der Nutzung von EE zu einer aktiven Beteiligung der Bürger an der Installation von Solarmodulen, insbesondere der Landwirte (Rechsteiner 2021).

Bis 2020 beträgt der Anteil der erneuerbaren Energien am primären Bruttokonsum von Strom etwa 45%.⁶⁷ Nach Angaben des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie wurde im Jahr 2020 erstmals mehr Strom aus fossilen Quellen über die EE erzeugt als Strom aus fossilen Quellen. Dies ist auch auf den geringeren Stromverbrauch während der Coronavirus-Pandemie zurückzuführen, als viele Produktionen gestoppt wurden. Infolgedessen sank der Stromverbrauch um 4% (ebd.). Im Hinblick auf den Anteil der EE am gesamten Endenergieverbrauch lag sie 2020 bei 15,2%. Ein deutliches Wachstum gab es in der Transportbranche. Das Volumen der Erneuerbaren ist im vergangenen Jahr um fast 2% auf 7,3% gestiegen (ebd.).

Das nationale politische und wirtschaftliche System Deutschlands ermöglicht eine umfassendere Entwicklung neuer Technologien und die Unterstützung von Investitionen unter geeigneten politischen und wirtschaftlichen Bedingungen. Attraktive Investitionsbedingungen, Arbeitsrecht und aktive Beteiligung der Akteure am politischen und wirtschaftlichen Leben tragen zur Entwicklung neuer Technologien und Industrien bei. Die Beziehungen zwischen der deutschen Regierung, der Industrie, der Gesellschaft und der

Germany 2020. Energy Policy Review, IEA, 2020. S. 85 https://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Downloads/G/germany-2020-energy-policy-review.pdf?__blob=publicationFile&v=4 (zuletzt eingesehen am 4.09.2021).

Aktuelle Informationen: Erneuerbare Energien im Jahr 2020. Informationsportal Erneuerbare Energien, BMWi, 2020 https://www.erneuerbare-energien.de/EE/Navigation/DE/Service/Erneuerbare_Energien_in_Zahlen/Aktuelle-Informationen/aktuelle-informationen.html (zuletzt eingesehen am 9.09.2021).



Wissenschaft spielen eine wichtige Rolle als treibende Kraft für die Einführung von Innovationen im Bereich der erneuerbaren Energien (Ćetković, Buzogány 2016: 650).

Trotz der Herausforderungen, mit denen das Land derzeit konfrontiert ist, ist Deutschland einer der führenden Staaten im Bereich der grünen Energie, wie Berichte und Statistiken von internationalen Agenturen zeigen, und hat das Potenzial, die weltweite Führung im Bereich der grünen Technologie zu übernehmen (Rechsteiner 2021).

Bibliografie

1. *2030-Ziele erfordern Verdreifachung der Klimaschutzinvestitionen*, 7. September 2021. <https://www.agora-energiewende.de/presse/neuigkeiten-archiv/2030-ziele-erfordern-verdreifachung-der-klimaschutzinvestitionen-1/> (zuletzt eingesehen am 9.09.2021).
2. *Aktuelle Informationen: Erneuerbare Energien im Jahr 2020*. https://www.erneuerbare-energien.de/EE/Navigation/DE/Service/Erneuerbare_Energien_in_Zahlen/Aktuelle-Informationen/aktuelle-informationen.html (zuletzt eingesehen am 9.09.2021).
3. Bräuninger, Thomas und Marc Debus Jochen Müller und Christian Stecker: *Parteienwettbewerb in den deutschen Bundesländern*. Wiesbaden 2020.
4. Ćetković, Stefan and Aron Buzogány: "Varieties of Capitalism and Clean Energy Transitions in the European Union: When renewable energy hits different economic logics". In: *Climate Policy* 16 (2016), S. 642-657.
5. Conrads, Lisa und Jonas Klamka: *Fachbeitrag, EEG 2021: Die wichtigsten Änderungen (Update)*, 8. Juli 2021
<https://www.energieagentur.nrw/blogs/erneuerbare/beitraege/windenergie/fachbeitrag-eeg-2021-die-wichtigsten-aenderungen/> (zuletzt eingesehen am 9.09.2021).
6. *Energiewende-Index, Überblick*. McKinsey & Company. Deutschland 2020. <https://www.mckinsey.de/branchen/chemie-energie-rohstoffe/energiewende-index> (zuletzt eingesehen am 9.09.2021).
7. *Erneuerbare Energien in Zahlen. Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi), Nationale und internationale Entwicklung im Jahr 2019*. Berlin. 2020. <https://www.erneuerbare-energien.de/EE/Redaktion/DE/Downloads/Berichte/erneuerbare-energien-in-zahlen->



- 2019.pdf;jsessionid=C7F0775DD82E93C6FBA3E0BBFA08D932?_blob=publicationFile&v=2 (zuletzt eingesehen am 4.09.2021).
8. *German Green Technology Hub*. <https://www.ggth.de/en/> (zuletzt eingesehen am 6.09.2021).
 9. *Germany 2020*. Energy Policy Review, IEA, 2020.
https://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Downloads/G/germany-2020-energy-policy-review.pdf?_blob=publicationFile&v=4 (zuletzt eingesehen am 4.09.2021).
 10. *Gesetz für den Vorrang Erneuerbarer Energien (Erneuerbare-Energien-Gesetz – EEG)*.
http://www.energieberater-bayern.de/download/eeg_2000_04.pdf (zuletzt eingesehen am 4.09.2021).
 11. Hall, Peter and David Soskice: *Varieties of Capitalism: The Institutional Foundations of Comparative Advantage*. Oxford 2001.
 12. Rechsteiner, Rudolf: “German energy transition (Energiewende) and what politicians can learn for environmental and climate policy”. In: *Clean Technologies and Environmental Policy* 23 (2021), S. 305–342.
 13. Stonaker, Mary and Chad, Neil Veilleux: *Lessons from Germany: Solar Energy Opportunities for Farmers. Renewable Energy World*.
<https://www.renewableenergyworld.com/solar/lessons-from-germany-solar-energy-opportunities-for-farmers/#gref> (zuletzt eingesehen am 4.09.2021).
 14. Tsebellis, George: *Veto Players. How Political institutions work*. Princeton 2002.
 15. Wurster, Stefan and Christian Hagemann: “Expansion of Renewable Energy in Federal Settings: Austria, Belgium, and Germany in Comparison”. In: *Journal of Environment & Development* 29 (2020), S. 147-168



11. Schwächen der Europäischen Währungsunion - die Bedrohung der Eurozone in Krisensituationen - Walerija Owtschinnikowa

Walerija Owtschinnikowa, Lomonossow-Universität, Fakultät für Weltpolitik. Sie erreichen die Autorin unter der E-Mail-Adresse: leraovchinnikova9@gmail.com.

Einleitung

Die Relevanz des Forschungsthemas liegt in der zunehmenden Rolle des Währungs- und Finanzsektors für die Entwicklung der Weltwirtschaft. Die meisten regionalen internationalen Organisationen diskutieren die Frage der Einführung einer einheitlichen Währung, aber bisher ist es nur der Europäischen Union gelungen, in die vorletzte Phase der Integration überzugehen. Ich verwende die Klassifizierung der Stadien der regionalen Integration des amerikanischen Ökonomen B. Balassa. Balassa unterscheidet folgende Stufen der regionalen Wirtschaftsintegration: Freihandelszone, Zollunion, Gemeinsamer Markt, Wirtschaftsunion, Politische Union (Balassa 1961).

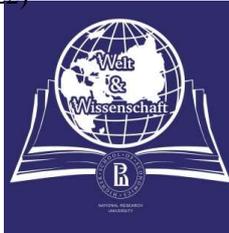
Die Eurozone ist ein aktuelles Forschungsthema, da nach offiziellen Angaben der Weltbank im Jahr 2020 der Anteil der Mitgliedsländer am BIP rund 11,46% des weltweiten Gesamtvolumens betrug.⁶⁸ In den internationalen Währungsreserven im Jahr 2021 macht der Euro 20,48% aus⁶⁹, im Jahr 2019 betrug der Anteil des Euro am Gesamtumsatz auf dem Devisenmarkt 32,3%⁷⁰. Der Euro spielt eine Schlüsselrolle bei der Entwicklung einer multipolaren Weltwirtschaft, indem er die internationalen Reservewährungen diversifiziert und die Abhängigkeit vom Dollar verringert. Dennoch ist der Euro trotz der relativ hohen Performance dem Dollar um ein Vielfaches unterlegen.

Deshalb stehen im Mittelpunkt der vorliegenden Studie folgende Fragen: Ist das Projekt der einheitlichen Währung erfolgreich? Was sind die Ursachen für die Probleme und

GDP (current US\$) – Euro area. <https://data.worldbank.org/indicator/NY.GDP.MKTP.CD?locations=XC> (zuletzt eingesehen am 15.08.2021).

Currency Composition of Official Foreign Exchange Reserves. In: IMF Data. <https://data.imf.org/?sk=E6A5F467-C14B-4AA8-9F6D-5A09EC4E62A4> (zuletzt eingesehen am 18.02.2022)

Triennial Central Bank Survey. Foreign exchange turnover in April 2019. In: Monetary and Economic Department. Bank for International Settlement. https://www.bis.org/statistics/rpfx19_fx.pdf (zuletzt eingesehen am 18.02.2022)



Krisenphänomene, die eine Angleichung des Euro an den Dollar verhindern? Warum unterstützen Länder trotz aller Schwierigkeiten einen einheitlichen Währungsraum? Ziel der Arbeit ist es, die Hauptprobleme der Funktionsweise der Eurozone zu identifizieren und die ersten Herausforderungen für die Eurozone nach ihrer Gründung zu analysieren.

1999 führten 11 Mitgliedstaaten der Europäischen Union eine einheitliche Währung ein – den Euro, 2001 trat Griechenland der Eurozone bei. Die Währungsunion hat im Vergleich zu anderen EU-Integrationsprojekten ihre Eigenheiten. Nicht alle Länder, die Teil des gemeinsamen Wirtschaftsraums der EU sind, haben sich bereit erklärt, die staatliche Geldpolitik an eine supranationale Einrichtung zu übertragen. Dieser Veranstaltung gingen eine Vielzahl von Maßnahmen voraus, um die Wirtschaftsindikatoren der teilnehmenden Länder auf einen einheitlichen Standard (die Konvergenzkriterien⁷¹) zu bringen. Außerdem wurde eine Behörde geschaffen – die Europäische Zentralbank (die EZB), unter deren Kontrolle die einheitliche Währung und die Leitzinssätze übertragen wurden (Butorina 2003). Gemäß den Konvergenzkriterien sollten die Länder eine Inflationsrate von nicht mehr als 1,5 % im Vergleich zum Durchschnitt der drei Staaten mit der niedrigsten Inflationsrate beibehalten; das Staatshaushaltsdefizit sollte 3 % des BIP nicht überschreiten; die Staatsverschuldung sollte nicht mehr als 60 % des BIP betragen; die langfristigen Zinssätze sollten die durchschnittlichen langfristigen Zinssätze der drei Staaten mit der niedrigsten Inflationsrate um nicht mehr als 2 % übersteigen; die Landeswährung sollte mindestens zwei Jahre lang nicht abgewertet sein und sich während dieser Zeit innerhalb der im Rahmen des Europäischen Währungssystems festgelegten Wechselkursschwankungen (2,5%) gehalten haben; das Land muss die Unabhängigkeit der nationalen Zentralbank sicherstellen und ihren Status mit der Satzung des ESZB in Einklang bringen (Butorina 2020).

In den ersten Jahren war eine positive Entwicklung zu verzeichnen. Die EU-Wirtschaft 1997-2000 wuchs in stetigem Tempo. Die durchschnittlichen Indikatoren in der Eurozone 1999-2004 waren besser als im Wirkungsbereich anderer wichtiger Weltwährungen. Das Haushaltsdefizit der Länder der Eurozone ging von -2,6 % im Jahr 1997 auf -1% im Jahr 2000 zurück. Das positive Potenzial der Wirtschaft in der Eurozone endete jedoch schnell (Sidorova 2013).

Die Konvergenzkriterien sind die im Vertrag von Maastricht von 1992 festgelegten Bedingungen für den Beitritt zur Wirtschafts- und Währungsunion.



Nichterfüllung der Konvergenzkriterien und Mangel an unabhängiger Aufsicht durch EU-Behörden

Die Probleme der Eurozone wurden bei ihrer Gründung festgelegt. Die erste und wichtigste Voraussetzung für den Beitritt zur Eurozone war die Einhaltung der Konvergenzkriterien (Maastrichtkriterien), die im Stabilitäts- und Wachstumspakt von 1997 (der Pakt) noch verankert wurden. Es war ein Garant für Währungsstabilität der BRD, die als Reaktion auf alle Vorteile der Einführung einer einheitlichen Währung die stabile D-Mark aufgab. Die französischen Behörden sprachen auch über die Bedeutung des Stabilitäts- und Wachstumspakts. Präsident Jacques Chirac sagte, dass es in erster Linie im Interesse Frankreichs liege, Probleme mit Wachstum, Arbeitslosigkeit und sozialem Rückschritt zu lösen. Deshalb bestanden die französischen Vertreter darauf, das Wort „Wachstum“ in den Titel des Dokuments aufzunehmen. Die EU-Kommission hat eine Bestimmung genehmigt, nach der das Staatshaushaltsdefizit der Länder 3% des BIP nicht überschreiten soll. Der Pakt sah die Verhängung von Sanktionen gegen Länder vor, die systematisch gegen die Kriterien verstoßen und keine Maßnahmen zur Anpassung der Indikatoren ergriffen haben (Gerbet).

Für das erfolgreiche Funktionieren der Eurozone war es notwendig, dass die Staaten nicht nur nominal, sondern auch tatsächlich die Konvergenzkriterien erfüllen, sonst war Währungsstabilität unmöglich. Bereits in den ersten Jahren der Tätigkeit der Eurozone wurde deutlich, dass es keinen Mechanismus zur unabhängigen Überprüfung der Leistung der Mitgliedsländer gab. Ein Beispiel für diese Schwäche in der Eurozone war Griechenland. Im Zeitraum 1980-1999 betrug das durchschnittliche jährliche Haushaltsdefizit in Griechenland 8% des BIP, und die durchschnittliche Inflationsrate sank von 1980 von 19,5% auf 11,6% bis 1999 (bei der Norm 1,5 %) (Butorina 2012). Griechenland lieferte jedoch statistische Beweise, wo es die realen Indikatoren änderte, in den von der griechischen Regierung vorgelegten Dokumenten gab es eine positive Dynamik in der Wirtschaft, dank derer der ECOFIN-Rat den Beitritt Griechenlands zur Eurozone im Jahr 2001 genehmigte. Verstöße gegen Griechenland wurden erst 2004 aufgedeckt, als sich die Gesamtlage in der Eurozone verschlechterte.

Damit kam die offensichtlichste Schwäche der Währungsunion ans Licht – das Fehlen einer unabhängigen Kontrolle der EU-Behörden über die nationale Wirtschaftspolitik und die nationale Statistik. Die Länder begannen zu befürchten, dass andere Länder die Daten zur wirtschaftlichen Entwicklung verzerren könnten. Auch die Indikatoren Italiens und Belgiens waren alles andere als ideal, und bald wichen die Indikatoren so starker Volkswirtschaften



wie Frankreich und Deutschland von den im Pakt festgelegten Kriterien ab.

Es wurde deutlich, dass der Stabilitäts- und Wachstumspakt seinen Mitgliedsländern keinen Spielraum lässt, um auf nationale Herausforderungen zu reagieren. Als Folge der Reform des Paktes im Jahr 2005 wurden die Regeln zur Ermittlung des Überschussdefizits gelockert und der Zeitrahmen für dessen Korrektur verlängert. Zudem wurde die Liste der außergewöhnlichen Umstände für das Haushaltsdefizit deutlich erweitert. Die Tatsache, dass der Pakt in so kurzer Zeit geändert wurde, bestätigte, dass die festgelegten Kriterien für den Beitritt zur Eurozone nicht obligatorisch sind und an die Bedürfnisse der Länder angepasst werden können, was die Stabilität der Wirtschaftspolitik in Frage stellt.

Darüber hinaus erwies sich der Multi-Speed-Charakter der Eurozone als offensichtlich, wo einige der Länder aus politischer Notwendigkeit und nicht aus realer wirtschaftlicher Bereitschaft annektiert wurden. Nach dem Beginn der globalen Finanzkrise wurde deutlich, dass die mangelnde Aufmerksamkeit gegenüber den Schuldnerländern, die die notwendigen Reformen nicht umsetzten und ihre Volkswirtschaften nicht auf ein einheitliches Modell brachten, führte zu einer tiefen Krise in der Eurozone. Anfang 2009 stand Griechenland mit einem Defizit von 14 % des BIP (bei der Norm 3 %) am Rande des Zahlungsausfalls⁷². Die Mitgliedsländer der Zone haben sich entschieden geweigert, Griechenland zusätzliche Maßnahmen bereitzustellen, das wiederholt gegen die Regeln der Eurozone verstoßen hat. Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble sagte, dass Griechenland seit vielen Jahren weit über seine Verhältnisse lebe, aber die Deutschen können nicht für die Fehler der Griechen zahlen⁷³. Die Wirtschafts- und Währungsunion stellte sogar die Frage des Ausschlusses schwacher Länder (dazu zählten auch Spanien und Portugal) aus der Eurozone, was die Stabilität und das Image des Währungsraums bedrohte. Ohne Übertreibung kann man sagen, dass die Eurozone damals am Rande des Zusammenbruchs stand.

Als die Griechenland-Frage Ende 2009 besonders akut wurde, stellten europäische Staaten dem Land Kredite zur Verfügung (Griechenland wurden insgesamt 3 Hilfspakete zur Verfügung gestellt) und gründeten 2010 den Europäischen Finanzstabilisierungsfonds (EFSF) in Höhe von 750 Milliarden Euro, um Länder zu unterstützen, die die Krise nicht alleine bewältigen konnten. Gleichzeitig wurde erstmals die Emission von europäischen Anleihen

Folgen der Finanzkrise: Griechenland droht die Schuldenfalle, 28. Januar 2009.

<http://www.spiegel.de/wirtschaft/folgen-der-finanzkrise-griechenland-droht-die-schuldenfalle-a-603593.html> (zuletzt eingesehen am 29.08.2021).

Eine Exit-Strategie für die Zeit nach der Krise, 21. Dezember 2009.

<http://archiv.bundesregierung.de/ContentArchiv/DE/Archiv17/Interview/2009/12/2009-12-21-interview-schaeuble-bild.html?nn=780892> (zuletzt eingesehen am 25.08.2021).

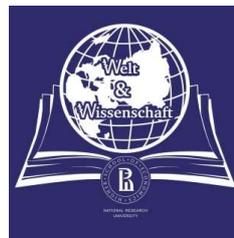


(die Eurobonds) – Sammelschuldverschreibungen zur Schuldentilgung schwacher Länder – diskutiert, gegen die sich Deutschland entschieden wehrte (Illing 2017: 239). Die Finanzkrise zeigte, dass die Wirtschafts- und Währungsunion nicht stark genug ist, um Bedrohungen von außen standzuhalten. Die Krise zeigte, dass Europa Multi-Speed bleibt, einige Länder können die Führungskräfte der europäischen Integration bei den meisten Indikatoren nicht einholen, daher sind diese Länder in jeder Krise die Hauptbedrohung für die Eurozone.

Dennoch ist der Schluss zu ziehen, dass die Länder der Eurozone trotz der drohenden Insolvenz Griechenlands nicht aufgegeben haben und es die europäischen Länder waren, die das Land trotz seiner offensichtlichen Verstöße gerettet haben. Laut Jean Pisani-Ferry, Direktor von Centre for Research and Discussion of Economic Policy in Europe, wird der Austritt des Landes aus der Eurozone mehr Verluste mit sich bringen als die Annahme von Stabilisierungsmaßnahmen. Erstens gibt es Regeln für den Eintritt in die Zone, aber es wurde kein Mechanismus für den Austritt entwickelt. Zweitens erforderte der Übergang zum Euro jahrelange Vorbereitung, sodass die Aufgabe der Währung noch länger und kostspieliger sein wird. Drittens wird ein Austritt aus dem Euroraum nicht nur die finanzielle Komponente der Währung erschüttern, sondern auch das Vertrauen in den Euro untergraben, das so schwer aufzubauen war. Es muss auch berücksichtigt werden, dass die Länder des Euroraums wirtschaftlich voneinander abhängig sind, sodass die Krise, die einige Länder nicht treffen konnte, sie durch den „Dominoeffekt“ erreichte, sodass die Notwendigkeit einer effektiven europäischen Finanzaufsicht besteht in Ländern besonders akut werden (Jochen, Reitz 2010).

Fehlende Aufsicht durch die supranationalen Behörden der Eurozone über die Fiskalpolitik der Mitgliedstaaten

Während der Staatsschuldenkrise in Europa wurde ein zweites Problem in der Eurozone identifiziert. Das Problem ist, dass die Geldpolitik den supranationalen Behörden der Eurozone untergeordnet ist und die Fiskalpolitik von den Staaten selbst durchgeführt wird. Laut einer Studie des kanadischen und amerikanischen Ökonomen Michael Bordo führt die Präsenz einer Behörde in der Eurozone – der EZB, die die Geldpolitik umsetzt – und das gleichzeitige Funktionieren mehrerer Fiskalbehörden (die Mitgliedstaaten der Eurozone) dazu, dass Staaten ihre nationalen Interessen in der Fiskalpolitik verfolgen und die Fiskalinstitutionen vieler Mitgliedsländer zu schwach sind (Bordo, Markiewicz, Jonung 2011). Die Krise hat Zweifel aufkommen lassen, ob die politische Koordinierung ausreichen wird, um den Konsens über eine einheitliche Währung aufrechtzuerhalten.



Die Staatsschuldenkrise hat auch die Staatsanleihemärkte der Eurozone nachhaltig verändert. Die neue Sensibilität der Anleger für das Risiko eines Staatsausfalls hat die Finanzierungskosten für viele Euro-Mitglieder erhöht oder sie sogar vom Markt abgeschnitten. Um die Glaubwürdigkeit der Fiskalpolitik zu erhöhen, haben die Länder beschlossen, europäische Regeln zu etablieren, insbesondere in Form von Schuldenbremsen, die der Fiskalpakt vorsieht (Heinemann, Osterloh, Kalb 2013).

So begannen die Mitgliedsländer im Jahr 2011, eine Reihe von Maßnahmen im Zusammenhang mit der Haushaltspolitik der Länder zu ergreifen. Im Dezember 2011 verabschiedete die EU ein neues Gesetz zur Wirtschaftsführung, das sogenannte „Six Pack“ – ein Paket von sechs Gesetzentwürfen. Der Stabilitäts- und Wachstumspakt konzentrierte sich nur auf Defizite und Schulden, diesmal konzentrierte er sich auf die zuvor weniger beachteten Staatsdefizite. Ziel des „Six Pack“ war es, die Transparenz der nationalen Haushalte zu erhöhen, und mehr auf präventive Maßnahmen zu achten.⁷⁴ Im November 2011 erließ die Europäische Kommission zwei zusätzliche Verordnungen „Two-Pack“ – ein Paket von zwei Gesetzentwürfen, nach denen die Häufigkeit der Überprüfung der Haushaltspolitik der Mitgliedstaaten erhöht wird.⁷⁵

Im März 2012 haben 25 der 27 EU-Staaten (mit Ausnahme des Vereinigten Königreichs und der Tschechischen Republik) den „Vertrag über Stabilität, Koordinierung und Steuerung in der Wirtschafts- und Währungsunion“ (der Fiskalpakt) unterzeichnet. Es wurde bis 2013 von 13 der 17 Länder der Eurozone ratifiziert. Ziel des Paktes war es, einige der Kriterien des Stabilitäts- und Wachstumspakts in nationales Recht zu übernehmen. Der Fiskalpakt führte zu einer weiteren EU-Integration, obwohl es sich um ein zwischenstaatliches Abkommen und nicht um einen EU-Vertrag handelte und bestehende EU-Verträge nicht änderte. Gemäß dem Vertrag verpflichten sich die Regierungen, sich an Regeln bezüglich der Höhe des Staatsdefizits und der Staatsverschuldung zu halten. Diese Regeln müssen in nationales Recht übernommen werden. Bei Verstoß gegen diese Regeln kann der Europäische Gerichtshof eine Geldbuße von bis zu 0,1 % des BIP verhängen (Steuervertrag, Artikel 8). Mit dem Fiskalpakt

Regulation 1175/2011 amending Regulation 1466/97: On the strengthening of the surveillance of budgetary positions and the surveillance and coordination of economic policies, 16. November 2011. https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/?uri=urisrv:OJ.L_.2011.306.01.0012.01.ENG (zuletzt eingesehen am 23.08.2021).

Regulation 473/2013: On common provisions for monitoring and assessing draft budgetary plans and ensuring the correction of excessive deficit of the Member States in the euro area, 21. Mai 2013. https://www.google.com/url?sa=t&rct=j&q=&esrc=s&source=web&cd=&cad=rja&uact=8&ved=2ahUKEwiD-POQpNPYAhWtR_EDHW2bAe8QFnoECAIQAQ&url=https%3A%2F%2Feur-lex.europa.eu%2Flegal-content%2FEN%2FTXT%2FPDF%2F%3Furi%3DCELEX%3A32013R0473%26rid%3D10&usg=AOvVaw04Aff-kyu9rmZUTry3AyEs (zuletzt eingesehen am 23.08.2021).



wurde die „goldene Regel“ (Artikel 3) eingeführt, nach der Länder zu ausgeglichenen oder überschüssigen Haushalten verpflichtet sind.⁷⁶

Daraus lässt sich schlussfolgern, dass mit der Verabschiedung des Fiskalpaktes ein großer Schritt in Richtung einer gemeinsamen EU-Fiskalpolitik getan wurde, welcher das Problem der unzureichenden Kontrolle der Haushaltspolitik der Staaten durch die supranationalen EU-Gremien gelöst. Die Entscheidung, die Haushaltskontrolle zu stärken, war eher ein externer Impuls von finanziell stabileren Ländern und von den Finanzmärkten zu Ländern, für die Finanzstabilität kein historischer Maßstab war (Heinemann, Osterloh, Kalb 2013). Von der Schaffung einer Fiskalunion sind die Länder jedoch noch weit entfernt. Darüber hinaus konzentrierte der Fiskalpakt sich nicht auf das fehlende Wirtschaftswachstum in den Ländern und die Folgen einer angespannten Wirtschaft, die zu einem Mangel an Investitionen führt.

Die Inkonsistenz der wirtschaftlichen Integration mit der politischen Integration

Ein weiteres Problem, das von den Ländern schon vor Einführung der einheitlichen Währung diskutiert wurde, war die Inkonsistenz der wirtschaftlichen Integration mit der politischen Integration. Schon bei der Schaffung der Wirtschafts- und Währungsunion war klar, dass nicht alle Staaten, die dem Rat für Wirtschaft und Finanzen (ECOFIN) angehören, der Eurozone beitreten würden, daher konnte der ECOFIN keine wirksame politische Institution in der Eurozone sein. Frankreich sprach sich für die „Wirtschaftsregierung“ der Eurozone aus. Deutschland fürchtete jedoch, mehr Kontrolle über die Wirtschaftspolitik an eine supranationale Instanz zu übertragen. In der Phase der Schaffung der Eurozone konnten sich die Länder nur auf die Einrichtung einer informellen Beratungsgruppe zur Eurozone einigen. Die globale Finanzkrise und dann die Coronavirus-Krise zeigte, dass die Behörden der Union nicht befugt sind, eine unabhängige Geldpolitik zu betreiben und wirksam auf Veränderungen in der Welt und auf Krisensituationen zu reagieren.

Die institutionelle Architektur der Währungsunion müsse so reformiert werden, dass sie langfristige wirtschaftliche Stabilität gewährleistet und der nächsten Wirtschaftskrise standhalten kann (Fuest 2014). Erstmals stellte der französische Präsident Nicolas Sarkozy während der französischen EU-Ratspräsidentschaft die Frage der Bildung einer Wirtschaftsregierung in der Eurozone. Er erklärte, dass die Zentralbank und die gemeinsame

Treaty on stability, coordination and governance in the Economic and Monetary Union, 1. Februar 2012.
https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/DOC_12_2 (zuletzt eingesehen am 23.08.2021).



Währung nicht ausreichen, um effektiv auf Veränderungen in der Welt und Krisensituationen zu reagieren, was die aktuelle Krise bewies. Die EZB muss unabhängig agieren können, unterstützt von einer Wirtschaftsregierung.⁷⁷

Am weitesten in den Plänen für die politische Reform der Eurozone ging der amtierende französische Präsident Emmanuel Macron, der 2017 ein Großprojekt vorschlug: einen vom Europäischen Parlament angenommenen und vom Minister für Wirtschaft und Finanzen der Eurozone ausgeführten Zonenhaushalt aufzustellen.

Macron sah Deutschland als wichtigen Partner in Europa und betonte daher in allen seinen Reden die Bedeutung der deutsch-französischen Allianz. Macron wartete nach der Vorstellung seines europäischen Großprojekts auf eine Antwort und Unterstützung von der Bundeskanzlerin Angela Merkel. Die Reaktion der Kanzlerin auf die grandiosen Pläne des französischen Staatschefs war zweideutig – die meisten radikalen Vorschläge wurden abgelehnt.

In der gemeinsamen Meseberg-Declaration vom 19. Juni 2018⁷⁸ wurde der Finanzminister nicht erwähnt, aber der Vorschlag, einen gemeinsamen Haushalt für die Eurozone zu schaffen, wurde beibehalten. Der Haushalt soll bis 2021 gebildet werden. Das Hauptziel des Haushalts wurde geändert – jetzt ist er nur noch eine Investitionsquelle und ein Stabilisierungsfonds zur Verhinderung von Arbeitslosigkeit. Die meisten Kontroversen drehten sich um die Höhe des Budgets: Macron plädierte für wenige Prozent des BIP der Eurozone, Merkel sagte: „Das wird im unteren zweistelligen Milliardenbereich liegen“. Dies wird eindeutig nicht ausreichen, um einen größeren makroökonomischen Schock zu überwinden. Auch der Finanzminister der Eurozone wurde in der allgemeinen Erklärung nicht erwähnt, außerdem wurden die Aussichten für die Schaffung eines europäischen Einlagensicherungssystems mit einer gemeinsamen Finanzierungsquelle nicht erwähnt.

Auf dem Juni-Gipfel 2019 der Eurogruppe wurden Vorschläge von Frankreich und Deutschland geprüft und Schritte zur Annahme der vorgeschlagenen Maßnahmen eingeleitet. Der Haushalt wurde „The Budgetary Instrument for Convergence and Competitiveness“ (BICC) für die Eurozone bezeichnet. Das Budget wird etwa 17 Milliarden Euro betragen.⁷⁹ Das war geplant, dass das Instrument ein Teil des EU-Haushalts wird und erstmals 2021 für 7

Finanzkrise: Sarkozy schlägt Teilverstaatlichung von Schlüsselindustrien vor, 21. Oktober 2008.

<http://www.spiegel.de/politik/ausland/finanzkrise-sarkozy-schlaegt-teilverstaatlichung-von-schluesselindustrien-vor-a-585514.html> (zuletzt eingesehen am 29.08.2021).

Meseberg Declaration, 19. Juni 2018. <https://archiv.bundesregierung.de/archiv-de/meta/startseite/meseberg-declaration-1140806> (zuletzt eingesehen am 25.08.2021).

Statement of Euro Summit meeting, 21 June 2019. <https://www.consilium.europa.eu/en/press/press-releases/2019/06/21/statement-of-the-euro-summit-21-june-2019/> (zuletzt eingesehen am 24.08.2021).



Jahre eingeführt wird. Die Krisensituationen in der Wirtschaft, die die Staatsoberhäupter zu verhindern versuchten, begannen jedoch 2020 vor der Verabschiedung des gemeinsamen EU-Haushalts. Die COVID-19-Pandemie ist zu einem neuen Trigger für die Eurozone geworden: Die Interessen der Länder haben sich zugunsten dringender Maßnahmen verschoben. Das formelle „The Budgetary Instrument for Convergence and Competitiveness“ wurde trotz seiner Genehmigung nicht angenommen.

Also standen Macrons mutige Vorschläge zur Reform der Eurozone der Zurückhaltung der meisten Länder gegenüber, einen Teil ihrer wirtschaftspolitischen Souveränität weiter zu übertragen. Macrons Vorschläge wurden an die Politik anderer Mitgliedstaaten der Eurozone angepasst, sodass die eingeleiteten Schritte als sehr zögerlich bezeichnet werden können. Die Vorsicht der Mitgliedsländer hat dazu geführt, dass die Eurozone erneut mit der COVID-19-Krise konfrontiert war, ohne Zeit gehabt zu haben, einen wirksamen Anti-Krisen-Mechanismus zu schaffen.

Abschlussbemerkungen

Zusammenfassend wurden bereits in den ersten Jahren des Bestehens der Eurozone die wichtigsten politischen Fehler in der Funktionsweise ihrer Struktur aufgedeckt. Die Erwartungen der Mitgliedstaaten an ein erfolgreiches Funktionieren der Eurozone nur mit der Koordinierung der Wirtschafts- und Geldpolitik waren nicht gerechtfertigt. Die Krise in der Eurozone bestätigte, dass die Wirtschaft der Eurozone über fiskalische und politische Mechanismen verfügen muss, um erfolgreich auf die Herausforderungen zu reagieren. Die identifizierten Probleme wirkten sich auf die Lage der Euroländer während der globalen Finanzkrise aus, was den Ländern den Ausweg aus der Krise erschwerte. Gleichzeitig offenbarte das Bewusstsein der Länder für die Notwendigkeit weiterer Integration in verschiedenen Wirtschaftsbereichen einen Konflikt zwischen den Ländern um die zukünftigen Ziele der Eurozone. Dennoch sind sich die Länder trotz der völlig unterschiedlichen Bedingungen für die Entwicklung der Volkswirtschaften sowie der Ansichten der Länder über die Zukunft des Euro einig in der Entscheidung, die Zone beizubehalten. Wechselkursstabilität war und ist für die westeuropäischen Länder der Schlüssel zur Modernisierung und Schaffung einer wettbewerbsfähigen Wirtschaft. Aus politischer Sicht ist die gemeinsame Währung ein Symbol für die Einheit der europäischen Länder. Die Ablehnung der Währung hätte katastrophale Folgen für die Volkswirtschaften der Länder und würde die gesamte europäische Integration in Frage stellen. Der künftige Erfolg



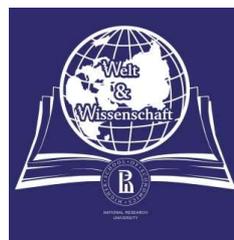
der Gemeinschaftswährung wird von der Bereitschaft der Mitgliedsländer der Eurozone abhängen, weiterhin Kompromisse zu schließen und den eingeschlagenen Integrationsweg fortzusetzen.

Bibliografie

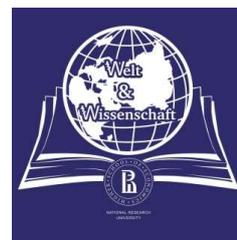
1. Arbatova, Nadežda und Aleksandr Kokeev (Hg): *Krizis ES I perspektivy evropejskoj integracii (političeskie aspekty)*. Moskva 2013.
2. Balassa, Béla: *The Theory of Economic Integration*. London 1961.
3. Bordo, Michael, Agnieszka Markiewicz and Lars Jonung: "A fiscal union for the euro: Some lessons from history". In: *National Bureau of Economic Research*. 2011, S. 2 – 33.
4. Borko, Jurij (Hg): *Evropejskij Sojuz na poroge XXI veka: Vybora strategii razvitija*. Moskva 2001.
5. Butorina, Olga: "Krizis v zone evro: ošibki ili zakonomernost'?" In: *Sovremennaja Evropa*. 2 (2012), S. 82-94.
6. Butorina, Olga: *Meždunarodnye valjuty: integracija i konkurencija*. Moskva 2003.
7. Dullien, Sebastian: „Bedenkliche Gelassenheit beim Thema Eurozonen-Reform“. In: *ZBW – Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft Wirtschaftsdienst* 5 (2018), S. 302-303.
8. Eichengreen, Barry: "The euro after Meseberg". In: *Review of World Economics* 155.1 (2019), S. 15-22.
9. *Eine Exit-Strategie für die Zeit nach der Krise*, 21. Dezember 2009. <http://archiv.bundesregierung.de/ContentArchiv/DE/Archiv17/Interview/2009/12/2009-12-21-interview-schaeuble-bild.html?nn=780892> (zuletzt eingesehen am 25.08.2021).
10. *European Council conclusions on completing EMU*, 18. Oktober 2012. https://www.google.com/url?sa=t&rct=j&q=&esrc=s&source=web&cd=&cad=rja&uact=8&ved=2ahUKEwiNp_Lto9PyAhXoQvEDHXmWAeoQFnoECAMQAQ&url=https%3A%2F%2Fwww.consilium.europa.eu%2Fuedocs%2Fcms_Data%2Fdocs%2Fpressdata%2Fen%2Fec%2F132986.pdf&usq=A0vVaw3t_vwDB2ZDMYjY0dYWEJ2e (zuletzt eingesehen am 25.08.2021).



11. *Finanzkrise: Sarkozy schlägt Teilverstaatlichung von Schlüsselindustrien vor*, 21. Oktober 2008. <http://www.spiegel.de/politik/ausland/finanzkrise-sarkozy-schlaegt-teilverstaatlichung-von-schluesselindustrien-vor-a-585514.html> (zuletzt eingesehen am 29.08.2021).
12. *Folgen der Finanzkrise: Griechenland droht die Schuldenfalle*, 28. Januar 2009. <http://www.spiegel.de/wirtschaft/folgen-der-finanzkrise-griechenland-droht-die-schuldenfalle-a-603593.html> (zuletzt eingesehen am 29.08.2021).
13. Fuest, Clemens: "Wie weit ist die Verschuldungskrise in der Europäischen Währungsunion überwunden?" In: *Wirtschaftsdienst Sonderheft* (2014). S. 11 – 14.
14. *GDP (current US\$) – Euro area*. <https://data.worldbank.org/indicator/NY.GDP.MKTP.CD?locations=XC> (zuletzt eingesehen am 15.08.2021).
15. Gerbet, Pierre: *La troisième phase de l'Union économique et monétaire*. https://www.cvce.eu/obj/la_troisieme_phase_de_l_union_economique_et_monetaire-fr-e2e91dc0-3a6d-49fc-b3f8-f96fb5f3addb.html (zuletzt eingesehen am 21.08.2021).
16. Gerbet, Pierre: *The Stability and Growth Pact*. https://www.cvce.eu/obj/the_stability_and_growth_pact-en-3ddd6f85-cfcd-457c-9fe8-ff0ef23e73bf.html (zuletzt eingesehen am 21.08.2021).
17. *Griechenland: Fit für den Euro*. In: *Spiegel online*, 16. Januar 2000. <http://www.spiegel.de/wirtschaft/griechenland-fit-fuer-den-euro-a-59972.html> (zuletzt eingesehen am 29.08.2021).
18. Heinemann, Friedrich, Steffen Osterloh u. Alexander Kalb: "Sovereign Risk Premia: The Link Between Fiscal Rules and Stability Culture". In: *ZEW Discussion Paper* 13-016 (2013), Mannheim.
19. Hu, George: "Preserving the Union". In: *Harvard International Review* 39.4 (2018), S. 12-13.
20. Illing, Falk: *Die Eurokrise. Analyse der europäischen Strukturkrise*. Chemnitz 2017.
21. *Interview mit Angela Merkel*, 3. Juni 2018. <https://www.bundesregierung.de/bregde/aktuelles/europa-muss-handlungsfahig-sein-1141498> (zuletzt eingesehen am 25.08.2021).



22. Jochem, Axel u. Stefan Reitz: "Internationale Risikoteilung und finanzielle Integration in der Europäischen Währungsunion". In: *Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung* 79.4 (2010), S. 75–84.
23. Li, Catherine: "European Sovereign Debt Crisis and the Treaty on Stability, Coordination and Governance in the Economic and Monetary Union—New Instrument of the European Union's Economic Governance". In: *Euramerica* 44.1 (2014), S. 41-90.
24. *Meseberg Declaration*, 19. Juni 2018. <https://archiv.bundesregierung.de/archiv-de/meta/startseite/meseberg-declaration-1140806> (zuletzt eingesehen am 25.08.2021).
25. Regulation 1175/2011 amending Regulation 1466/97: On the strengthening of the surveillance of budgetary positions and the surveillance and coordination of economic policies, 16. November 2011. https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/?uri=uriserv:OJ.L_.2011.306.01.0012.01.ENG (zuletzt eingesehen am 23.08.2021).
26. Regulation 473/2013: On common provisions for monitoring and assessing draft budgetary plans and ensuring the correction of excessive deficit of the Member States in the euro area, 21. Mai 2013. https://www.google.com/url?sa=t&rct=j&q=&esrc=s&source=web&cd=&cad=rja&uact=8&ved=2ahUKEwiD-POQpNPYAhWtR_EDHW2bAe8QFnoECAIQAQ&url=https%3A%2F%2Feur-lex.europa.eu%2Flegal-content%2FEN%2FTXT%2FPDF%2F%3Furi%3DCELEX%3A32013R0473%26rid%3D10&usg=AOvVaw04Aff-kyu9rmZUTry3AyEs (zuletzt eingesehen am 23.08.2021).
27. Schoeller, Magnus: "Preventing the eurozone budget: issue replacement and small state influence in EMU". In: *J. of European Public Policy* 28.11 (2021). S. 1727–1747.
28. Sidorova, Elena: „Ot pakta stabil’nosti i rosta k Fiskal’nomu paktu“. In: *Ėkonomičeskie strategii*, 1 (2013), S. 102-111.
29. Statement of Euro Summit meeting, 21. Juni 2019. <https://www.consilium.europa.eu/en/press/press-releases/2019/06/21/statement-of-the-euro-summit-21-june-2019/> (zuletzt eingesehen am 24.08.2021).
30. Steržneva, Marina: *Ėkonomičeskij I valjutnyj sojuz v Evrope: problemy ěffektivnosti I legitimnosti*. Moskva 2018.



31. Treaty on stability, coordination and governance in the Economic and Monetary Union,
1. Februar 2012. https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/DOC_12_2 (zuletzt
eingesehen am 23.08.2021).



V. Die Herausgeberinnen und Herausgeber



12. Die Herausgeberinnen und Herausgeber

Dr. Martin Beisswenger (PhD) ist Assistant Professor an der School of History der National Research University Higher School of Economics (HSE) in Moskau. Er promovierte 2009 an der University of Notre Dame und ist seit 2013 an der HSE tätig. Martin Beisswenger wurde 2014 bis 2018 und 2020 mit dem Best Teacher Award der HSE ausgezeichnet.

Dr. Christian Fröhlich ist Assistant Professor an der School of Sociology der National Research University Higher School of Economics (HSE) in Moskau und akademischer Leiter des dortigen Masters-Programms Comparative Social Research. 2014 Promotion an der Universität Leipzig, und seit dem gleichen Jahr an der HSE tätig.

Dr. Dirk Meissner ist Distinguished Professor an der HSE Universität, Professor am Institute for Statistical Studies and Economics of Knowledge, leitet Laboratory for Economics of Innovation und das Master-Programm Governance of Science, Technology and Innovation. 2001 Promotion an der TU Dresden, seit 2011 an der HSE tätig.

Prof. Dr. Evgenija Uspenskaja ist Professorin an der School of Foreign Languages der National Research University Higher School of Economics (HSE) in Moskau. Promotion im Fach Pädagogik am Herzen State Pedagogical Institute in Leningrad, seit dem Jahr 2000 an der HSE.

Dr. Julia Pasko ist Associate Professor an der School of Foreign Languages der National Research University Higher School of Economics (HSE) in Moskau. 2011 Promotion im Fach Germanic Languages an der Moscow State Pedagogical University, seit 2010 an der HSE, Förderung im Young Faculty Support Program (Group of Young Academic Professionals). In den Jahren 2012 bis 2014 und 2021 wurde Dr. Julia Pasko mit dem Best Teacher Award der HSE ausgezeichnet, 2016 erhielt sie den Golden HSE Award für ihre Verdienste um die Higher School of Economics.

Dr. Petr Rezvykh ist Associate Professor an der School of Philosophy der National Research University Higher School of Economics (HSE) in Moskau und Leading Research Fellow am Poletayev Institute for Theoretical and Historical Studies in the Humanities. 1996 Promotion im Fach 133 Philosophie an der Moskauer Staatlichen Lomonossov-Universität MGU, seit 2009 an der HSE. Dr. Petr Rezvykh wurde seit 2011 jedes Jahr mit dem Best Teacher Award der ausgezeichnet.



Erinnerung, Streetart und alternative Energien

Layout und Satz: Elisaveta Sidorova

ISSN: 2587-8697

Moskau, 2022

Copyright © 2022 für Satz und Layout: Elisaveta Sidorova, Dr. Julia Pasko

Copyright © 2022 für die Texte: Die Autorinnen und Autoren

Copyright © 2022 für das Titelfoto: Dr. Tim Jäkel

Alle Rechte der Übersetzung, Speicherung und Verarbeitung
in elektronischen Systemen, sonstige Vervielfältigungen und der
Verbreitung durch Print- und elektronische Medien vorbehalten.

